



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 75 – April 2006

Die Ukraine unter Präsident Juschtschenko
Auf der Suche nach politischer Stabilität

Herausgegeben von
Heiko Pleines

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 75: Heiko Pleines (Hg.):

Die Ukraine unter Präsident Juschtschenko. Auf der Suche nach politischer Stabilität

April 2006

ISSN: 1616-7384

Alle hier abgedruckten Beiträge stammen aus den „Ukraine-Analysen“, die von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit finanzieller Unterstützung der Otto-Wolff-Stiftung herausgegeben werden. Die Analysen werden auf Anforderung (an fsopr@uni-bremen.de) unentgeltlich per Email als pdf-Datei versandt. Sie sind außerdem im Internet unter www.ukraine-analysen.de archiviert.

Wir möchten der Otto-Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung danken, ohne die die Ukraine-Analysen nicht möglich wären.

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-3687

Fax: +49 421 218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Inhaltsverzeichnis

I. DIE POLITISCHE STIMMUNG NACH DER „ORANGENEN REVOLUTION“

David Lane

Was kommt nach der Orangen Revolution?.....8

Taras Kuzio

Die politische Landschaft vor den Parlamentswahlen 14

II. DIE PARLAMENTSWAHL IM MÄRZ 2006

Thomas Stiglbrunner

Die wichtigsten Parteien im Portrait.....18

Kerstin Zimmer

Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt24

Taras Kuzio

Die freien Wahlen in der Ukraine und der Kamikaze-Präsident28

Pressestimmen zu den Wahlen.....30

Sarah Whitmore

„Damit müssen wir leben“: Das neue Parlament und das neue Regierungssystem der Ukraine.....35

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006.....39

III. DER ERDGASSTREIT MIT RUSSLAND

Heiko Pleines

Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen44

Roland Götz

Die wirtschaftliche Seite des Gaskonflikts47

Julia Kuszniir

RosUkrEnergo53

Josephine Bollinger-Kanne

Liefermonopol versus Transitmonopol. Russische und ukrainische Argumentationen im Erdgasstreit55

Julia Kuszniir

Der russisch-ukrainische Erdgasstreit von Juni 2005 bis Februar 200658

Julia Kuszniir

Streitpunkte zwischen Russland und der Ukraine.....62

IV. WESTORIENTIERUNG IN DER AUSSENPOLITIK ALS STABILITÄTSANKER?

Eberhard Schneider

Die Ukraine und die Europäische Union66

Steven Pifer, F. Stephen Larrabee, Jan Neutze und Jeffrey Simon

**Die Euro-atlantischen Ambitionen der Ukraine. Entwicklung einer effektiven
Politikkoordination73**

Jan Zofka

**Tödliche Wirtschaftsblockade oder transparente Zollregelung? Die neue Zollverordnung
der Ukraine und der Transnistrien-Konflikt79**

Wilfried Jilge

**Die Zollregelung an der ukrainisch-moldauischen Grenze: Ein wichtiger Schritt zur
Bekämpfung von Schmuggel, Betrug und grenzüberschreitender Kriminalität.....84**

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....90

Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa92

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.....94

Vorwort

Die Ukraine steht politisch an einem Wendepunkt. Innenpolitisch haben die Parlamentswahlen vom März 2006 erneut die Zerstrittenheit des orangenen Lagers verdeutlicht. Außenpolitisch ist die Ukraine zwischen einer Westorientierung mit Anbindung an die EU und einer Ostorientierung mit Integration in die von Russland dominierte GUS gespalten. Es ist noch unklar, ob die orangene Revolution zu einer deutlichen Annäherung an die EU führen wird. Gleichzeitig kommt es regelmäßig zu Konflikten mit Russland, wie im Januar 2006 im Rahmen der Eskalation des Streites um Erdgaslieferungen.

Um bei der Beurteilung dieser Prozesse behilflich zu sein, geben die Forschungsstelle Osteuropa und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde mit finanzieller Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung Hintergrundanalysen heraus. Diese Ukraine-Analysen sollen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und interessierte Öffentlichkeit verfügbar machen.

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem zweiten und vierten Dienstag im Monat. Sie werden auf Anforderung unentgeltlich per E-Mail als pdf-Datei versandt. Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort Ukraine-Analysen in der Betreffzeile an fsopr@uni-bremen.de. Ein Archiv der Ukraine-Analysen findet sich unter www.ukraine-analysen.de

Das vorliegende Arbeitspapier enthält die Beiträge der ersten sieben Ausgaben der Ukraine-Analysen. Der Otto-Wolff-Stiftung, ohne deren finanzielle Unterstützung die Ukraine-Analysen nicht möglich wären, möchten wir in diesem Zusammenhang noch einmal herzlich danken.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Matthias Neumann, Heiko Pleines

*I. Die politische Stimmung nach
der „Orangen Revolution“*

Was kommt nach der Orangen Revolution?

Die ukrainische Bevölkerung steht sowohl der gesellschaftlichen Entwicklung als auch der Politik sehr skeptisch gegenüber. Ein Jahr nach der Orangen Revolution ist diese Einstellung erneut dominant. Die Haltung gegenüber den Protesten ist gespalten. Die Enttäuschung über die neuen politischen Eliten ist groß. Es gibt deshalb weiterhin ein erhebliches Protestpotential in der Bevölkerung. Ein Kristallisationspunkt für dieses Potential ist allerdings nicht in Sicht. Anstelle einer erneuten „Revolution“ ist deshalb eher mit anhaltender Frustration und Politikverdrossenheit zu rechnen.

Der ukrainische Kapitalismus

Der Zusammenbruch des Kommunismus ist in den meisten Ländern des ehemaligen sozialistischen Blocks relativ friedlich verlaufen. Eigentum ist weitgehend entstaatlicht worden und ein marktwirtschaftliches System für Konsumgüter, Arbeit und Grundbesitz ist eingeführt worden. „Oligarchen“ und „Clans“ sind die üblichen Bezeichnungen für die Eliten der neuen Kapitalistenklasse, die durch die oftmals korrupte Privatisierung des Staatsvermögens entstanden ist. Diese Klasse ist nicht nur in ihren Heimatländern aktiv, sondern tritt auch mehr und mehr in die Vorstandsetagen von westlichen Firmen ein. Aus der Ukraine hat es in dieser Hinsicht keine wirklich spektakulären Übernahmen gegeben, obwohl Ukrainer Dunafer (Ungarns größtes Stahlwerk) erworben haben und System Capital Management aus Donezk sich bei Lemman Commodities S.A., einer Schweizer Metallhandelsfirma, eingekauft hat. Ukrainisches Kapital ist im Ausland nicht so offensichtlich präsent, da es größere Kontrollen auf Kapitalexporte aus der Ukraine gibt und die Zurschaustellung von Reichtum im Ausland nicht akzeptabel wäre.

Die Mehrheit ohne Vermögen scheint in ihr Schicksal ergeben, trotz des sinkenden Lebensstandards während der 1990er Jahre und der durch die Marktwirtschaft bedingten Unsicherheiten, insbesondere der Arbeitslosigkeit. Innenpolitische Stabilität – auch wenn sie von Verbitterung und Enttäuschung begleitet wird – ist typisch für den „Umschwung zum Markt“. Die Oppositionsparteien, meistens mit Kommunisten und „Nationalisten“ an der Spitze, bleiben im Hintergrund, äußern Kritik, führen aber keinen bedeutenden öffentlichen Protest an. Es hat keine Massenstreiks gegeben, die auch nur annähernd dem Bergarbeiterstreik in Großbritannien [1984–1985] oder den häufigen Arbeitskämpfen und Demonstrationen in Frankreich ähnelten. Westliche Kommentatoren und Politikberater haben sich gegenseitig ein weiteres Mal zum „Ende der Geschichte“ gratuliert, d.h., zum Ende einer Politik des aggressiven Klassenkampfes.

Ist die Ukraine anders? Nach Russland ist die Ukraine die zweitgrößte mittel- und osteuropäische Gesellschaft. Wie Russland hat sie nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems einen beträchtlichen Wirtschaftsabschwung durchgemacht. In der Weltrangliste der sozialen Entwicklung ist die Ukraine dramatisch abgestürzt. 1987 war die UdSSR an 29. Stelle dieser Weltrangliste. In der neuesten Rangliste des UNDP liegt die Ukraine auf Platz 78 und Russland auf Platz 62. Relative Armut ist weit verbreitet. Die Lebensbedingungen haben sich für eine Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert.

Skeptische Bevölkerung

Eine Umfrage, die im März 2005 vom Institut für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften mit 1.800 Respondenten durchgeführt wurde, offenbarte eine Reihe beunruhigender Tatsachen über das Ausmaß der sozialen und politischen Desillusionierung der ukrainischen Bevölkerung. Der Umfrage zufolge glauben nur 23%, dass sie „die Fähigkeit haben, unter den neuen sozialen Bedingungen zu leben“, 51% meinten, dass ihre Gesundheitsfürsorge „unzureichend“ ist; 44% waren vollkommen oder ziemlich unzufrieden mit ihrem Leben insgesamt. Die Wirkungen der Transformation werden allgemein negativ gesehen: Nur 11% unterstützten diejenigen, „die den Kapitalismus entwickeln wollen“. Furcht vor Arbeitslosigkeit wird von 67% der Bevölkerung erwähnt und 78% fürchten die Folgen einer unkontrollierten Inflation.

Desillusionierung mit der Politik ist weit verbreitet. Nur 12% glaubten, dass ihr Parlamentsabgeordneter ihre Interessen vertreten könnte, und gerade 30% waren der Meinung, dass „die Ukraine ein Mehrparteiensystem nötig hat“. 36% meinten hingegen, dass dies nicht nötig wäre. Die Beteiligungsrate an „zivilgesellschaftlichen“ Vereinigungen ist eine der niedrigsten in Europa. 84% der Bevölkerung waren 2005 in keiner Vereinigung Mitglied. Im Herbst 2004 war die Ernüchterung auch in Bezug auf das Staatsoberhaupt groß: Der damalige Präsident Leonid Kutschma erhielt ein Rating von nur 2,7 auf einer Zehn-Punkte-Skala – Russlands Präsident Putin hingegen bekam von der ukrainischen Bevölkerung 6 Punkte.

Die Einschätzung der Orangen Revolution

Dies war der Hintergrund für die Proteste, die im November 2004 in Kiew begannen und sich in andere Teile der Ukraine ausbreiteten. Diese Ereignisse wurden dann als „Orangene Revolution“ bekannt und führten zur Wahl von Wiktor Juschtschenko in das Amt des Präsidenten. Die Erwartung des Volkes, dass es zu Veränderungen kommen würde, wurde durch die Rhetorik der Protagonisten und deren Deutung als Anfang einer neuen Ära für die ukrainische Nation angefeuert. Vor allem im Westen der Ukraine war die Meinung weit verbreitet, dass sich die Ukraine jetzt in Richtung auf ihren angemessenen Platz in Europa bewegen würde. Die EU würde, so die damalige Wahrnehmung, ihre Arme für ein Land öffnen, das bald von der Korruption und Stagnation des Kutschma-Regimes befreit sein würde. Sofort nach Juschtschenkos Wahl wurden Gefühle wie Hoffnung (38% der Respondenten), Befriedigung (27%) und Freude (19%) ausgedrückt.

Diesen Gefühlen waren jedoch auch pessimistische Empfindungen beigemischt. Befragt, wie das Image der heutigen Ukraine beschrieben werden könnte, sahen es 29% als eine Gesellschaft des „Elends“ an, 28% nannten „Chaos“, 20% sprachen von einer Gesellschaft des „Zusammenbruchs“ und 18% von einer „Konfrontationsgesellschaft“.

Das Image der Orangen Revolution als spontane Protestbewegung wird zunehmend in Frage gestellt. Ein Drittel der Ukrainer erklärte in einer landesweiten Umfrage, dass die Orangene Revolution eine „vollständig organisierte Aktion“ war und weitere 24% meinten, dass sie „mehr organisiert als spontan“ war. Nur 12% sahen die Orangene Revolution als „spontanen“ öffentlichen Protest. Auf die Frage, wie die Revolution politisch zu definieren sei, meinten 24%, sie sei mit „der Unterstützung des Westens durchgeführt worden“ und 12% waren der Ansicht, die Orangene Revolution sei „von der politischen Opposition vorbereitet worden“.

Dies ist jedoch nicht die ganze Wahrheit. Viele derjenigen, die in Zelten auf dem Maidan im Zentrum Kiews protestierten, gehörten zu der Gruppe, von der ein weiteres Drittel der Bevölkerung meinten, sie beteiligten sich an einem „Kampf von Bürgern zum Schutz ihrer Rechte“. Es waren viele Studenten in dieser Gruppe (40%). Sie erwarteten, dass die Wahl Juschtschenkos zum Präsidenten die negativen Trends, die vom vorherigen Regime in Gang gesetzt worden waren, umkehren würde.

Die politischen Ansichten verschiedener Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich sehr voneinander, vor allem in Hinblick auf die Präsidentschaft Juschtschenkos und auf das Wesen der Orangen Revolution. Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt Antworten aus der Westukraine, die für die EU und für Juschtschenko ist, im Vergleich zur Ostukraine, die für Janukowitsch und pro-russisch ist. Im Osten sehen so nur 9% die Orangene Revolution als bewussten Kampf der Bürger für ihre Rechte, während die Hälfte von einem Staatsstreich mit westlicher Unterstützung spricht. (Der Einfachheit halber wurden die Mitte und der Süden des Landes nicht in die Tabelle aufgenommen) Die vollständigen Zahlen finden sich in Tabelle 2 auf Seite 13.

Ein Jahr nach der Orangen Revolution beträgt Juschtschenkos Rating auf der oben erwähnten Zehn-Punkte-Skala 5,6 im Gegensatz zu Kutschmas 2,7. Juschtschenko wird damit von der ukrainischen Bevölkerung aber immer noch schlechter bewertet als Präsident Putin und sogar als Alexander Lukaschenko, Präsident des Nachbarlandes Belarus.

Um die öffentliche Meinung genauer einzuschätzen, habe ich zusammen mit dem Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der Ukraine fünf Fokusgruppen (Gruppendiskus-

Regionale Variationen bei der Bewertung der Orangen Revolution

	Westukraine (Prozentzahl, die der Aussage zustimmt)	Ostukraine (Prozentzahl, die der Aussage zustimmt)
Staatsstreich (<i>perevorot</i>), durchgeführt mit Unterstützung aus dem Westen	5,5%	50,5%
Ein bewusster Kampf von Bürgern, die sich zur Verteidigung ihrer Rechte zusammengetan haben	60,4%	8,8%

sionen) von politischen Aktivisten organisiert. Meine Idee war, politische Aktivisten von der Basis, die in Kiew wohnen und die unterschiedliche Haltungen zur Transformation der ukrainischen Gesellschaft haben, zusammen zu bringen. Ich behaupte nicht, dass diese Meinungen wirklich repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind, sie verleihen unserem Verständnis für die ukrainische Politik aber eine qualitative Dimension.

Ihre Meinungen spiegeln die Spaltungen in der ukrainischen Gesellschaft wider. Sogar Reformanhänger waren über die Amtsführung des kürzlich gewählten Präsidenten Juschtschenko enttäuscht. Die allgemeine Ansicht unter den Teilnehmern war, dass keine Revolution stattgefunden hatte, auch wenn dies anfangs geglaubt wurde.

Viele Linksaktivisten sahen dies als Teil eines längeren Prozesses revolutionärer Veränderung: es war der erste Schritt einer Revolution, die bestimmt kommen wird. Ein Teilnehmer sah eine Analogie zur russischen Februarrevolution von 1917. „Die Oktoberrevolution kommt noch und sie wird kommen!“ In diesen Diskussionen wurde besonders das revolutionäre Potenzial betont, das durch die Orangene Revolution geweckt wurde, auch wenn die Revolution von oben arrangiert worden sei.

Andere kritisierten jedoch Juschtschenkos Führung; sie sahen die Ereignisse nicht als Revolution und meinten, dass sie nirgendwo hinführten. „Niemand war damals zufrieden mit der Regierung. Gleichzeitig hatte Juschtschenko die finanziellen und technischen Mittel (Medien), um weit verbreiteten Protest zu schüren. ... Es war ein Tausch; es ließ sie neue Kraft schöpfen.“ Desillusionierung wurden von einem weiteren Aktivisten so ausgedrückt: „Es war Betrug. Viel wurde versprochen. Jetzt warten die Menschen darauf, dass die Versprechen gehalten werden“.

Ausblick

Welche Aussichten gibt es denn für Veränderungen? Wie wahrscheinlich ist es, dass die Ukraine sich in Richtung des bevorzugten westlichen Modells eines stabilen kapitalistischen Landes bewegt, mit Mitgliedschaft in der NATO und der EU? Offensichtlich wird viel davon abhängen, wie sich die Wirtschaft entwickelt, um die Auswirkungen von Armut, niedrigen Einkommen sowie Inflationsdruck abzuschwächen und ob es gelingt, die weit verbreitete Korruption merkbar zu reduzieren, um dem Regime teilweise Legitimität zu verleihen. Wenn diese Probleme nicht erfolgreich bewältigt werden, wird es wahrscheinlich eine weitere Runde öffentlicher Demonstrationen geben.

Wenn das wirklich passiert, könnte öffentlicher Protest dann zu einer wirklichen Revolution führen, im Sinne eines von der Bevölkerung getragenen Systemwechsels? Es deutet einiges darauf hin, dass die Unzufriedenheit im Volke immer noch groß ist. Die Stimmung ist weiterhin „gespannt“. Dieses Wort wurde am häufigsten von Respondenten gewählt, um die politische Lage zu beschreiben. Ein „Index für destabilisierendes Protestpotenzial“, der von Kiewer Soziologen entworfen wurde, war 2005 so hoch wie nie zuvor und ist seit 2004 um 77% gestiegen.

Es gibt Anzeichen, dass einige der Vorbedingungen für eine revolutionäre Situation existieren. Das Wirtschaftssystem ist generell nicht in der Lage, die Erwartungen der Menschen zu erfüllen. Loyalität zu der und Vertrauen in die Regierung, die Unterstützung für das Regime insgesamt sind erheblich zurückgegangen: Juschtschenko hat die Erwartungen nicht erfüllt. Es gibt eine Legitimitätskrise des „Systems“. Ein weiterer entscheidender Faktor ist jedoch nötig, damit aus einer revolutionären Situation eine Revolution wird. Es muss eine Gegenelite mit Massenanhängerschaft geben. Juschtschenko hatte beides.

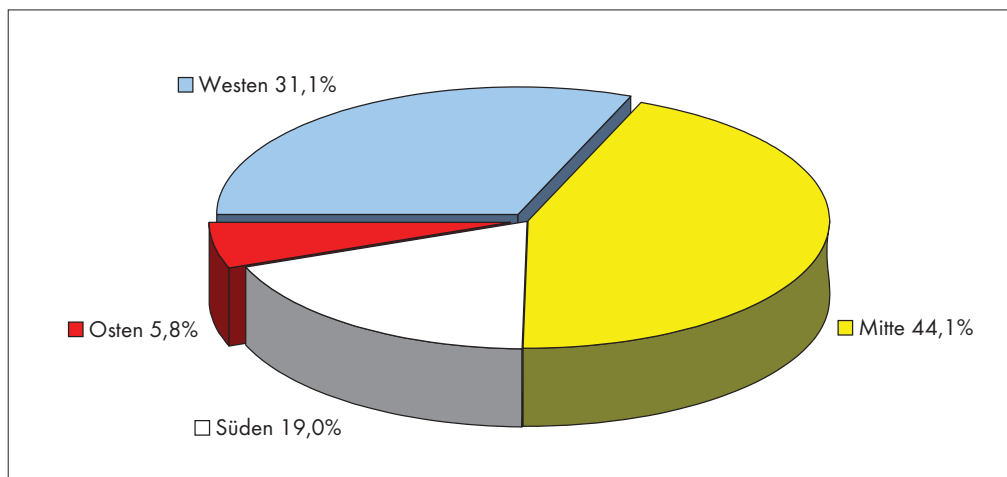
Er präsentierte aber nur eine andere Führungsmannschaft als die des Kutschma-Regimes. Wie es einer meiner Respondenten formulierte: Es gab einen Ämterwechsel, der durch die Orangene Revolution manipuliert wurde. Es gibt ganz offensichtlich keine revolutionäre Führung. „Ich werde jemandem folgen, den ich als Führer ansehe, jemandem, der Macht im Staate ausüben kann. Er muss Führungsqualitäten haben. Um einen Machtwechsel durchzuführen, gibt es zurzeit niemanden, der eine Alternative anbieten kann“. Ein anderer: „Gehen wir doch auf die Straße und sehen, was dann passiert. Wir brauchen einen Führer oder einen Chef oder so jemanden“.

Befürworter des „Endes der Geschichte“ können etwas aufatmen. Die Vision einer revolutionären Strategie und einer alternativen Ideologie, geschweige denn ein Führer, der die Massen elektrisieren kann, scheinen nicht in Sichtweite zu sein. Zumindest noch nicht.

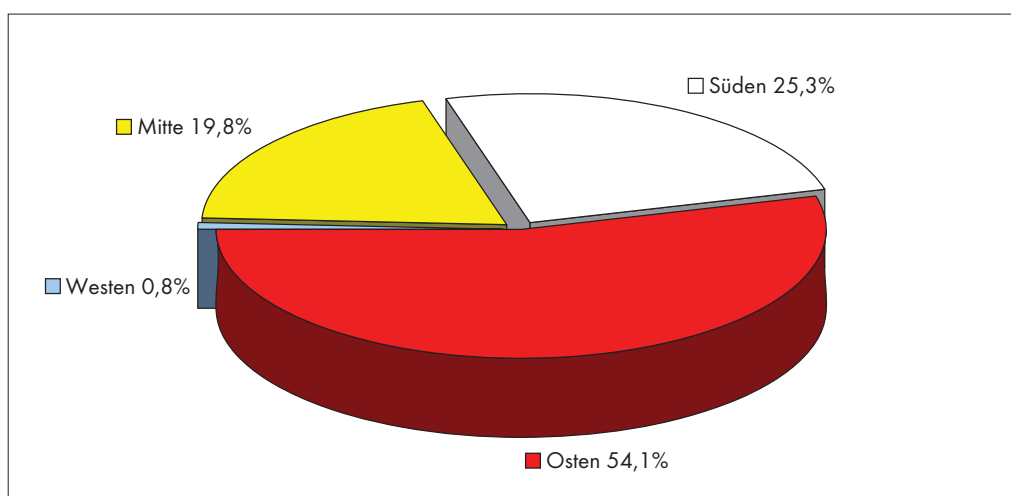
Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Ergebnisse repräsentativer Umfragen

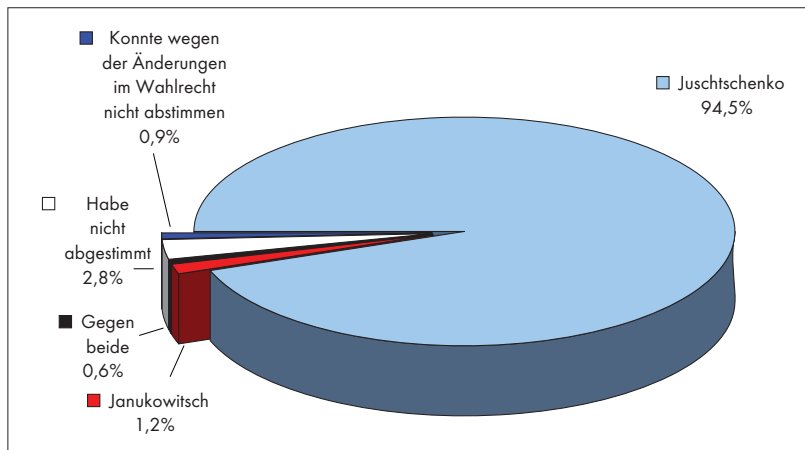
Die regionale Verteilung der Juschtschenko-Wähler
(Letzte Runde der Präsidentenwahlen 2004)



Die regionale Verteilung der Janukowitsch-Wähler



Das Wahlverhalten in der Westukraine



Das Wahlverhalten in der Ostukraine

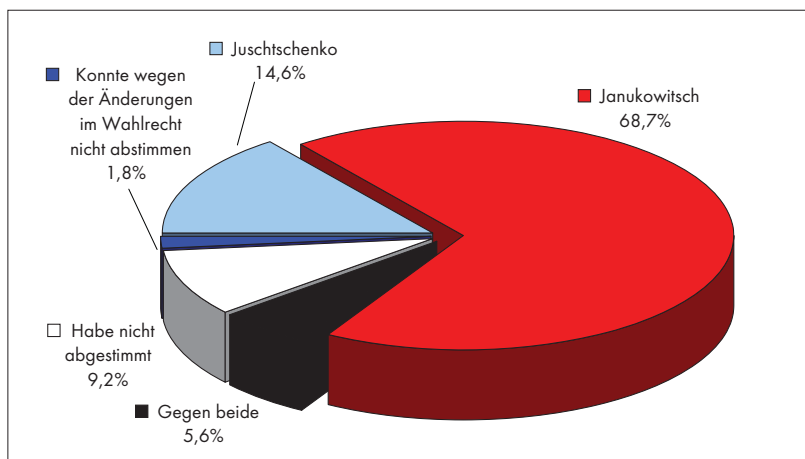


Tabelle 1: Bekundetes Wahlverhalten bei der letzten Runde der Präsidentschaftswahlen 2004 (in %)

Region	Juschtschenko	Janukowitsch	Gegen beide	Habe nicht abgestimmt	Konnte wegen der Änderungen im Wahlrecht nicht abstimmen	Insgesamt
Westen	94,5	1,2	0,6	2,8	0,9	100
	31,1	0,8	2,0	5,6	10	18,3
Mitte	69,1	15,5	6,0	7,8	1,6	100
	44,1	19,8	37,6	30,2	33,3	35,5
Süden	43,7	29,1	9,1	15,8	2,3	100
	19,0	25,3	38,6	42	33,3	24,2
Osten	14,6	68,7	5,6	9,2	1,8	100
	5,8	54,1	21,8	22,2	23,3	21,9
Insgesamt	55,7	27,9	5,7	9,1	1,7	N= 1777
	100	100	100	100	100	

Quelle: Umfrage des Instituts für Soziologie, Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, März 2005.
Kreuztabelle von N. Panina.

Was war Ihrer Meinung nach die Orangene Revolution?

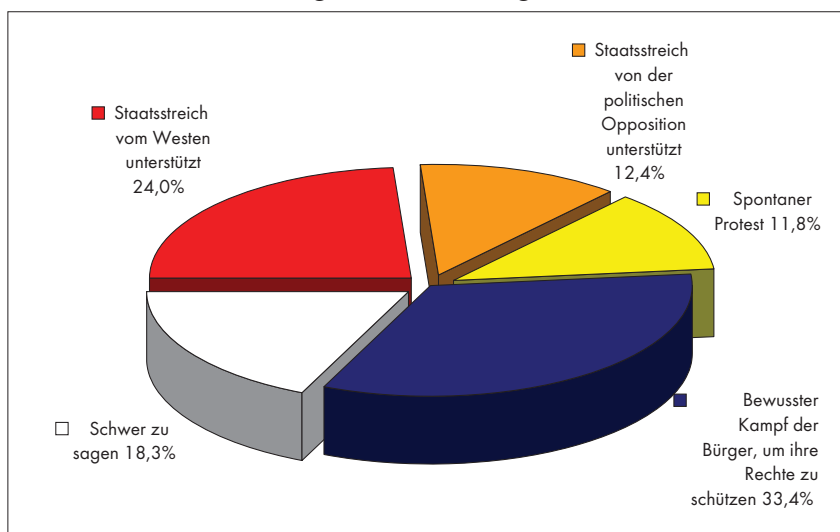


Tabelle 2: Was war Ihrer Meinung nach die „Orangene Revolution“? (in %)

Antwort nach Region	Staatsstreich, vom Westen unterstützt	Staatsstreich, von der politischen Opposition unterstützt	Spontaner öffentlicher Protest	Bewusster Kampf der Bürger, um ihre Rechte zu schützen	Schwer zu sagen	Insgesamt
Westen	5,5	7,1	17,8	60,4	9,2	100
	4,2	10,3	27,4	32,8	9,1	18,2
Mitte	17,6	11,9	14,9	37,7	17,8	100
	26,0	34,1	44,8	40	34,3	35,5
Süden	22,8	15,4	8,1	29,5	24,2	100
	23,0	30,0	16,5	21,3	31,9	24,2
Osten	50,5	14,3	6,0	8,8	20,4	100
	46,7	25,6	11,3	5,8	24,6	22,2
Insgesamt	24,0	12,4	11,8	33,4	18,3	N=1704
	100	100	100	100	100	

Quelle: Umfrage des Instituts für Soziologie, Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, März 2005.
Kreuztabulation von N. Panina.

Tabelle 3: Vertrauen in die drei zentralen Politiker, Mehrfachnennungen möglich (Dezember 2005)

	Juschtschenko	Timoschenko	Janukowitsch
Westen	58,8%	58,3%	7,7%
Zentrum	46,5%	52,6%	14,0%
Süden	18,9%	20,2%	46,5%
Osten	8,9%	11,0%	72,1%
Insgesamt	33,5%	36,0%	34,2%

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kyiv International Institute of Sociology (KIIS),
<http://www.kiis.com.ua/txt/doc/press-relise2005dec.doc>

Taras Kuzio

Die politische Landschaft vor den Parlamentswahlen

Das orangene Lager

Die Koalition, die Juschtschenko während der Orangen Revolution im November und Dezember 2004 zur Macht verhalf, hatte eine breite Basis. Sie reichte von liberalen Geschäftsleuten, die sich in *Unsere Ukraine* (jetzt *Volksunion – Unsere Ukraine* (NS-NU) zusammengeschlossen hatten, und der *Partei der Industriellen und Unternehmer* (PPPU) bis zu radikalen Populisten (Julia Timoschenko), Sozialisten und anti-russischen Nationalisten.

Hinzu kamen politische Parteien, die offiziell die Kandidatur von Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch während der Präsidentenwahlen 2004 unterstützten, sich tatsächlich aber nicht festlegen wollten. Diese „dritte Kraft“ hat sich um den Sprecher des Parlaments Wolodimir Litwin formiert. Er war unter Präsident Kutschma Leiter der Präsidialverwaltung und während der Parlamentswahlen 2002 Spitzenkandidat des Pro-Kutschma-Wahlblockes „Für die Einheit der Ukraine“. Somit waren die Protagonisten der Orangen Revolution eine labile Mischung aus Pragmatikern und radikalen Populisten. Präsident Juschtschenko versuchte diese beiden Gruppierungen auszubalancieren, indem er den Radikalen (Julia Timoschenko) die Regierung und den Pragmatikern (Petro Poroschenko) den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat (NRBO) übergab.

Im September 2005 versagte dieser Kompromiss, als Korruptionsvorwürfe gegen den pragmatischen Flügel des Juschtschenko-Lagers gerichtet wurden. Präsident Juschtschenko entließ die Beschuldigten und ersetzte darüber hinaus Timoschenko mit Ministerpräsident Juri Jechanurow. Seit September 2005 sind somit sowohl Regierung (Jechanurow) als auch der NRBO (Anatoli Kinach) unter der Kontrolle von Pragmatikern. Der radikale Flügel der Revolution (Timoschenko) wurde aus der Regierung ausgeschlossen.

Die beiden Timoschenko-Parlamentsfraktionen stimmten zusammen mit der Opposition gegen den Staatshaushalt für 2006 und sprachen der Regierung Jechanurow am 10. Januar 2006 das Misstrauen aus. Die Sozialisten, zusammen mit NS-NU und PPPU, sind in der Regierung Jechanurow verblieben und stimmten gegen das Misstrauensvotum.

Die Opposition

Die Opposition hat sich um den geschlagenen Präsidentschaftskandidaten Wiktor Janukowitsch gebildet, der die *Partei der Regionen* anführt. Auf der Wahlliste seiner Partei stehen viele ehemalige hochrangige Mitglieder der Kutschma-Administration. Andere Kräfte der Opposition wie die *Kommunistische Partei* haben Wählerstimmen an die *Partei der Regionen* abgegeben. Die *Vereinigte Sozialdemokratische Partei* (SDPUo), die den Wahlblock „Nicht auf diese Art!“ gebildet hat, war unter Kutschma eine bedeutende Kraft, wird aber mit einem voraussichtlichen Stimmenanteil von unter 1% kaum in das neue Parlament einziehen.

Einer der Hauptslogans der Orangen Revolution lautete „Banditen ins Gefängnis!“. Nichtsdestotrotz hat die Staatsanwaltschaft 2005 erfolgreich alle Anklagen gegen hochrangige Beamte der Kutschma-Administration abgeblockt. Diese Beamten werden parlamentarische Immunität erhalten, wenn sie auf der Wahlliste der *Partei der Regionen* ins Parlament gewählt werden.

Die bevorstehenden Parlamentswahlen

Die Wahlen im März 2006 werden die ersten in der Ukraine sein, die mit einem reinen Verhältniswahlrecht durchgeführt werden, und mit der niedrigen Sperrklausel von 3%. Umfragen zeigen, dass von den mehr als 50 Wahlblöcken, die an der Wahl teilnehmen, nur sechs eine realistische Chance haben, die 3%-Hürde zu überwinden.

Die Opposition hat sich um Janukowitsch und die *Partei der Regionen* vereinigt, wodurch die *Kommunisten*, die *Progressiven Sozialisten* (PSPU) und die SDPUo ihre Bedeutung verloren ha-

ben. Im Gegensatz dazu ist das Lager der Orangen Revolution zwischen fünf politischen Kräften zersplittert. Diese sind: die NS-NU von Juschtschenko, der Timoschenko-Block, der Block „Reformen und Ordnung – Pora“ von Finanzminister Wiktor Pinsenik, der Block von Juri Kostenko und Leonid Pljuschtsch (der auf der *Ukrainischen Volkspartei* basiert) und die *Patriotische Partei* unter Oleksandr Sintschenko (der im September 2005 als Leiter des präsidentialen Sekretariats zurücktrat, nachdem er Geschäftspartner von Juschtschenko der Korruption beschuldigt hatte). Nur die ersten zwei oder drei dieser Blöcke der Orangen Revolution haben eine Chance, die 3%-Schwelle zu überschreiten, sodass die Stimmen der anderen Blöcke verloren sind.

Unter den sechs politischen Kräften, die voraussichtlich in das neue Parlament einziehen werden, werden eingefleischte Anti-Juschtschenko-Gruppierungen sein, wie die *Partei der Regionen*, die höchstwahrscheinlich die größte Fraktion stellen wird, und die *Kommunisten*; die übrigen vier Blöcke werden NS-NU, Timoschenko, die Sozialisten und der Litwin-Block sein. Der Litwin-Block, der sich als „dritte Kraft“ positioniert, ist eine Wechselfraktion. Obwohl er mit der Regierung für den Staatshaushalt von 2006 stimmte, unterstützte er das Misstrauensvotum gegen die Regierung.

Die Verfassungsreform vom Januar 2006 schreibt vor, dass innerhalb von einem Monat nach den Wahlen im Parlament eine Koalition gebildet werden muss, die eine Regierung vorschlägt. Eine mehrheitsfähige Koalition wird aus zwei der drei großen Fraktionen (NS-NU, Timoschenko, *Partei der Regionen*) bestehen müssen. Die Kluft zwischen Juschtschenko und Timoschenko ist seit dem Misstrauensvotum tiefer geworden. Timoschenko wird eine Koalition nur eingehen, wenn sie wieder zur Ministerpräsidentin ernannt wird. Wenn NS-NU mit Timoschenko keinen Kompromiss erreichen kann, wird die Partei einen solchen mit der *Partei der Regionen* aushandeln oder eine Minderheitsregierung ohne Timoschenko oder der *Partei der Regionen* bilden müssen.

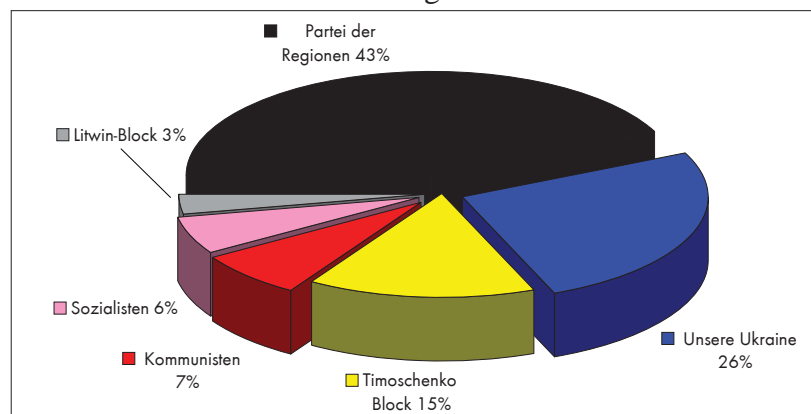
Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Wahlabsichten der ukrainischen Bevölkerung (Januar 2006)

Partei der Regionen	38%
Unsere Ukraine	23%
Timoschenko-Block	13%
Kommunistische Partei	6%
Sozialistische Partei	5%
Litwin-Block	3%
Sonstige Parteien (keine über der 3%-Hürde)	12%
Wahlbeteiligung	82%

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kyiv International Institute of Sociology (KIIS)
<http://www.kiis.com.ua/txt/doc/09022006/press09022006.doc>

Resultierende Stimmenverteilung im Parlament



*II. Die Parlamentswahl im
März 2006*

Die wichtigsten Parteien im Portrait

Nach kurz vor der Wahl durchgeführten Umfragen haben sechs Parteien eine Chance, bei den Wahlen am 26. März 2006 die 3%-Hürde zu überwinden und in das Parlament einzuziehen. Dies sind die Partei der Regionen des ehemaligen Ministerpräsidenten und erfolglosen Präsidentschaftskandidaten Viktor Janukowitsch, Unsere Ukraine des amtierenden Präsidenten Viktor Juschtschenko, und der Timoschenko-Block von Julia Timoschenko, der ehemaligen Ministerpräsidentin und Verbündeten von Juschtschenko. Hinzu kommen mit den Kommunisten, den Sozialisten und dem Litwin-Block drei weitere Parteien, die alle deutlich unter 10% liegen. Alle sechs Parteien werden im folgenden in Kurzportraits vorgestellt.

Wahlabsichten der ukrainischen Bevölkerung (3. März 2006)

Partei der Regionen	33%
Unsere Ukraine	21%
Timoschenko-Block	16%
Sozialistische Partei	7%
Litwin-Block	5%
Kommunistische Partei	4%
Sonstige Parteien (keine über der 3%-Hürde)	14%
Wahlbeteiligung	70%

Quelle: Repräsentative Umfrage von FOM-Ukraina,
http://bd.fom.ru/report/map/projects/fom_ukraine/fomukr090306

Partei der Regionen (Viktor Janukowitsch)

Gründung	2001
Spitzenkandidaten	Viktor Janukowitsch, Nina Karpatschewa, Georgi Skudar
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	11,8%
Sitze im Parlament	60
Im Internet	http://www.partyofregions.org.ua/

Entwicklung

Die Partei der Regionen wurde im März 2001 gegründet und war ein Teil des Blocks „Für eine Vereinte Ukraine“. Dieser Block erreichte bei den Wahlen 2002 insgesamt 102 Sitze. Die Partei unterstützte den Ex-Präsidenten Kutschma und gruppierte sich um den ehemaligen Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch. Die Mehrheit der Wähler kommt aus den industriellen Regionen des Ostens (Donbas).

Vor den Präsidentschaftswahlen 2004 schwenkte die Partei auf einen „populistischeren“ Kurs ein, um die Wahlchancen ihres Kandidaten für die Präsidentschaftswahl Viktor Janukowitsch zu verbessern. Nach der Orangen Revolution unterlag der ursprünglich zum Sieger erklärte Janukowitsch im dritten Wahlgang im Dezember 2004 Gegenkandidat Viktor Juschtschenko. Ende 2005 trat die Partei der Regionen aus dem Block Für eine Vereinte Ukraine aus und tritt bei den Parlamentswahlen alleine an.

Politische Ausrichtung

Die Wirtschafts- und Außenpolitik ist primär auf Russland ausgerichtet. So ist ein wichtiger Punkt des Parteiprogramms die Einführung von Russisch als zweiter Amtssprache. Gleichzeitig wird durch eine sozial orientierte Wirtschaftspolitik versucht, Wähler aus dem kommunistischen

Lager abzuwerben. Ihre Rolle als Oppositionspartei hat die Partei der Regionen gut genutzt, um von der sinkenden Popularität der Organisatoren der Orangen Revolution zu profitieren. Im Parteiprogramm wird verstärkt an das Wirgefühel appelliert und eine Politik für alle Regionen versprochen.

Spitzenkandidaten

Viktor Janukowitsch (geb. 1950), Arbeit als Autoschlosser und Mechaniker, wurde 1967 und 1970 wegen Raub und Körperverletzung angeklagt und musste eine Gefängnisstrafe absitzen, 1980 – Abschluss des Polytechnischen Instituts in Donezk, Aufstieg zum Leiter des Transportunternehmens „Donbasstransremont“, 1997 – 2002 Gouverneur von Donezk, ab 2003 Parteivorsitzender, 2002 – 2005 Ministerpräsident.

Nina Karpatschewa (geb.1957), Jura-Abschluss an der Kiewer Universität, seit 1994 Sitz im Parlament und Arbeit als Juristin, seit 1998 Vorsitzende der Parlamentskommission für Menschenrechte.

Georgi Skudar (geb. 1942), 1960 Abschluss des Metallurgischen Technikums, 1971 Ausbildung zum Spezialisten für Maschinen und Technik, seit 1988 in der Wirtschaft tätig, seit 2002 Sitz im Parlament für die Partei der Regionen.

Block Unsere Ukraine (Viktor Juschtschenko)

Gründung	2001
Spitzenkandidaten	Juri Jechanurow, Anatoli Kinach, Boris Tarasjuk
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	23,6%
Sitze im Parlament	41
Im Internet	http://www.razom.org.ua/

Entwicklung

Im Sommer 2001 entstand unter der Leitung von Viktor Juschtschenko ein Block von mehr als 10 Parteien, der „Unsere Ukraine“ getauft wurde. Dieser Block war bei den Wahlen 2002 die stärkste Fraktion und hatte mehr als 100 Sitze im Parlament. Nach der Orangen Revolution wurde Anfang 2005 der Parteienblock „Volksunion für die Ukraine“ geschaffen, in dem die Partei Juschtschenkos die größte Partei war. Nach dem Zerfall der Orangen Koalition tritt Unsere Ukraine mittlerweile wieder allein an.

Politische Ausrichtung

„Unsere Ukraine“ ist vor allem auf die Westhälfte der Ukraine und Kiev ausgerichtet. Außenpolitisch wird eine Integration in NATO und EU angestrebt. In ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik spricht die Partei vor allem die Wählerschicht an, die man als bürgerliche Mittelschicht zusammenfassen könnte. In ihrer Programmatik steht die Partei für marktwirtschaftliche Reformen, den Kampf gegen die Korruption und einen wirtschaftlichen Aufbau der Ukraine. Dabei wird auch auf ausländische Investoren gesetzt. Weitere Ziele sind eine ausgewogene Verteilung des neuen Reichtums und eine Berufsarmee.

Spitzenkandidaten

Juri Jechanurow (geb. 1948), Abschluss am Kiewer Technikum 1967 und am Institut für Staatliche Wirtschaft 1973, zwischen 1967 und 1991 Arbeit im Bauunternehmen, zwischen 1992 und 1994 Tätigkeit in der Abteilung für Wirtschaftspolitik der Administration der Stadt Kiew, 1994–1997 Leiter des Staatlichen Vermögensfonds, 1997–1998 Leiter des Staatlichen Komitees für die Entwicklung des Unternehmertums, 1999–2001 stellvertretender Premierminister, seit 2002 Sitz im Parlament, 2000 Minister für wirtschaftliche Entwicklung, April–September 2005 Leiter der Administration des Gebietes Dnepropretrowsk, seit September 2005 Ministerpräsident der Ukraine.

Anatoli Kinach (geb. 1954), Abschluss am Leningrader Schiffsbauinstitut 1978, Dienst auf verschiedenen Schiffen, 1990–92 Sitz im Parlament, Mitglied der Kommission für Fragen der wirtschaftlichen Reform, 1995–1998 Vizepremierminister für Industriefragen, 1998–2001 Sitz im Parlament und in der Kommission für Industriefragen, 1999 Erster Stellvertretender Ministerpräsident, 2001–2002 Ministerpräsident, ab 2002 Sitz im Parlament, 2005 stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Timoschenko, ab September 2005 Sekretär für Nationale Sicherheit und Verteidigung.

Boris Tarasjuk (geb. 1949), Abschluss in internationalen Beziehungen und internationalem Recht an der Universität Kiew 1975, zwischen 1975 und 1994 verschiedene Posten im Außenministerium, 1998–2000 Außenminister der Ukraine, seit 2002 Sitz im Parlament und seit September 2005 Außenminister.

Block Julia Timoschenko

Gründung	2001
Spitzenkandidaten	Julia Timoschenko, Aleksandr Turtschynow, Mykola Tomenko
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	7,2%
Sitze im Parlament	42
Im Internet	http://www.tymoshenko.com.ua

Entwicklung

2001 löste das Verschwinden des Journalisten Georgi Gongadze einen großen politischen Konflikt in der Ukraine aus. Die Opposition beschuldigte den damaligen Präsidenten Leonid Kutschma direkt in Verbindung mit der Entführung und Ermordung zu stehen. Es entstand die Initiative „Ukraine ohne Kutschma“, die von Julia Timoschenko nach ihrer Entlassung als stellvertretende Ministerpräsidentin mit angeführt wurde. Im selben Jahr gründete sie dann das „Nationale Rettungsforum“ mit dem vorrangigen Ziel, Präsident Kutschma durch ein Amtsenthebungsverfahren zu stürzen. Im November 2001 wurde der Block Julia Timoschenko geschaffen, der zu den Parlamentswahlen 2002 antrat. Seitdem ist der Block im Parlament vertreten.

Politische Ausrichtung

Die Politik des Blocks ist auf die charismatische Spitzenkandidatin Timoschenko zugeschnitten. Gegenüber der Persönlichkeit gerät die Programmatik in den Hintergrund. Die Partei versucht sich volksnah zu präsentieren, was oft populistische Züge annimmt. Der Block ist eine Koalition aus Nationalisten und Demokraten. Dem Parteiprogramm zufolge ist die Politik des Blocks gegen die Oligarchen gerichtet, auf eine Verbesserung des Haushalts, für eine größere Demokratisierung des Landes, für eine Verbesserung der Menschenrechte und antirussisch. Die Partei pocht auf nationale Souveränität und auf eine klare Regelung des Grenzstreits mit Russland.

Spitzenkandidaten

Julia Timoschenko (geb. 1960), Abschluss in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Dnjepropetrowsk 1984, Arbeit in der Wirtschaft, 1991–1995 Generaldirektorin der Firma „Ukrainisches Benzin“, 1995–98 Präsidentin der Finanz-Industrie Gruppe „Einheitliches Ukrainisches Energiesystem“, seit 1996 Sitz im Parlament, Arbeit im Finanzausschuss, 1999–2001 Energieministerin, 2001 entlassen, seit 2001 erneut Sitz im Parlament, 2005 Ministerpräsidentin, September 2005 entlassen.

Alexander Turtschinow (geb. 1964), Abschluss am Dnjepopetrowsker Metallurgischen Institut, 1993 Berater von Ministerpräsident Leonid Kutschma in mikroökonomischen Fragen, 1994–96 Generaldirektor des Instituts für wirtschaftliche Reformen, seit 1998 Sitz im Parlament.

Mykola Tomenko (geb. 1964), Soldat im Afghanistankrieg 1983–85, 1989 Abschluss als Historiker an der Kiewer Universität, 1993–94 Berater der Regierung für Nationalitäts- und Migrations-

fragen, seit 1998 Direktor des Instituts für Politik in Kiew, 2002–05 Sitz im Parlament, Minister für humanitäre Fragen in der Regierung Timoschenko.

Sozialistische Partei (Alexander Moros)

Gründung	1990 (1994 aufgespalten in 2 Parteien)
Spitzenkandidaten	Alexander Moros, Walentina Semenjuk, Stanislaw Nikolajenko
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	6,9%
Sitze im Parlament	30
Im Internet	http://www.spu.org.ua/

Entwicklung

1990 wurde die Sozialdemokratische Partei ins Leben gerufen und zur gleichen Zeit auch die Vereinigte Sozialdemokratische Partei. 1992 vereinigten sich diese beiden Parteien zur Sozialdemokratischen Partei der Ukraine. 1994 zerbrach die Koalition und beide Teile reklamierten für sich den Namen SDPU. Aus dem einen Teil ging die Sozialdemokratische Partei der Ukraine hervor und aus dem anderen Teil bildete sich die jetzige Sozialistische Partei, die vom Parlamentssprecher Alexander Moros geleitet wird.

Politische Ausrichtung

Die Partei versucht sich derzeit im politischen Spektrum links der Mitte zu positionieren und stellt sich in ihrem Parteiprogramm vor allem als Partei des Volkes dar, die gegen die Interessen der „imperialistischen finanz-ökonomischen Zentren“ in Zeiten der Globalisierung die Interessen des Volkes wahrt. Dazu sollen marktwirtschaftliche Reformen nur mit einer sozialen Komponente realisiert werden. Die Programmatik der Sozialdemokraten ist vor allem auf die Innenpolitik ausgerichtet. Die Partei besitzt aber über ihre Mitgliedschaft in der Dachorganisation der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien Europas auch internationale Kontakte. Die sozialistische Partei ist an der aktuellen Regierungskoalition beteiligt und stellt mehrere Minister.

Spitzenkandidaten

Alexander Moros (geb. 1944), 1965 Ausbildung zum Agraringenieur und Mechaniker sowie als Politologe an der Parteischule des ZK der KPU, danach Professor für Agro-Mechanik, 1966–1990 Arbeit in verschiedenen Komitees der KPU, 1991 Gründer der sozialistischen Partei, seit 1998 Sitz im Parlament, 2002 Kandidatur für das Präsidentenamt.

Walentina Semenjuk (geb. 1957), Abschluss der Ausbildung zur Agrarmanagerin 1982, 1999 Abschluss der juristischen Akademie, seit 1982 Arbeit als Buchhalterin für verschiedene Organe des ZK der Ukraine, ursprünglich Mitglied der KPU, seit 1998 der Sozialistischen Partei, seit 1994 auch Sitz im Parlament, seit 2005 Leiterin des Fonds für Staatsvermögen.

Stanislaw Nikolajenko (geb. 1956), 1978 Ausbildung zum Ingenieur-Mechaniker sowie 1991 Abschluss eines Politikstudiums, 1988–90 Funktionär der Kommunistischen Partei, 1991–94 Dozent am Institut für Politologie in Cherson, seit 1998 Sitz im Parlament, seit 2005 Minister für Bildung und Wissenschaft.

Volksblock Litwin (Wolodimir Litwin)

Gründung	Oktober 2005
Spitzenkandidaten	Wolodimir Litwin, Sofia Jewdokymenko-Rotaru, Leonid Kadenjuk
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	Nicht teilgenommen
Sitze im Parlament	22
Im Internet	http://www.narodnybloklytvyna.com.ua/

Entwicklung

Der Litwin Block wurde von Wolodimir Litwin, der als Parlamentssprecher zu den einflussreicheren ukrainischen Politikern gehört, erst zu den Parlamentswahlen geschaffen. Litwin war unter Präsident Kutschma Mitglied im präsidentennahen Block, verhielt sich aber während der Orangen Revolution weitgehend neutral. Die Mehrheit der Spitzenkandidaten des Blocks ist parteilos.

Politische Ausrichtung

Der Litwin Block sieht sich selbst als Vermittler zwischen dem „Blauen“ und dem „Orangen“ Lager und könnte bei Koalitionsverhandlungen das berühmte Zünglein an der Waage werden. In seinem Parteiprogramm erklärt der Block, die Menschenrechtssituation verbessern zu wollen und Demokratie und Wirtschaft zu stärken. Gleichzeitig soll die Wirtschaftspolitik sozial ausgewogen sein. Hier wird auch dezidiert die Herausbildung einer Mittelklasse als Ziel angesehen. Ebenso wird die Einheit der verschiedenen Völker in der Ukraine betont.

Spitzenkandidaten

Wolodimir Litwin (geb. 1956), 1978 Abschluss des Geschichtsstudiums an der Kiewer Universität, zwischen 1978 und 1994 Arbeit an der Kiewer Universität, 1989–91 Berater des ZK der KPU, 1994–2002 Berater des Präsidenten, seit 2002 Sitz im Parlament als Mitglied des Blocks „Einheit für die Ukraine“, Wahl zum Parlamentspräsidenten.

Sofia Jewdokymenko-Rotaru (geb. 1947), 1968 Abschluss des Kiewer Instituts für Kunst, Solistin in vielen Orchestern, Mitwirkung in zahlreichen Musikfilmen.

Leonid Kadenjuk (geb. 1951), Abschluss der Armeeflugschule in Tschernigow 1971, Ausbildung zum Piloten und Flugzeugtechniker, 1983 Ausschluss vom Kosmonautenprogramm wegen seiner Scheidung, 1995 Annahme der ukrainischen Staatsbürgerschaft, 1997 Flug mit einer Mission der NASA, seit 2002 Sitz im Parlament.

Kommunistische Partei der Ukraine (Petro Simonenko)

Gründung	1993 (Neugründung nach dem Verbot der Partei 1991)
Spitzenkandidaten	Petro Simonenko, Adam Martinjuk, Iwan Gerasimov
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	20,0%
Sitze im Parlament	56
Im Internet	http://www.kpu.net.ua/Main/

Entwicklung

Nach ihrem Verbot wurde die Kommunistische Partei der Ukraine im Juli 1993 neu gegründet. Sowohl im politischen Programm wie beim Parteaufbau gibt es Kontinuitäten, aber auch Brüche. So befinden sich in den Reihen der orthodoxen Kommunisten auch einige, die als Leiter von Betrieben („Rote Direktoren“) gearbeitet haben und somit in der angefeindeten Marktwirtschaft tätig sind. Prorussische Agitatoren befinden sich unter den Reihen der Kommunisten ebenso wie Vertreter, die auf die ukrainische Souveränität pochen.

Politische Ausrichtung

Die Wähler sind meist ältere Leute, die das Wohlfahrtssystem der Sowjetzeit vermissen. Die Politik der kommunistischen Partei ist anti-amerikanisch, pro-russisch und gegen eine freie Marktwirtschaft. Zielgruppe der Partei sind damit zum einen Rentner, die auf das staatliche Wohlfahrtssystem angewiesen sind und zum anderen Personen, die eine Annäherung an Russland (aus wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen) wünschen. Im Wahlkampf 2006 verlor die Partei mehr und mehr Stimmen an die Partei der Regionen.

Spitzenkandidaten

Petro Simonenko (geb. 1952), Abschluss als Ingenieur am Polytechnischen Institut in Donezk 1974, zwischen 1975 und 1988 Funktionär in der Kommunistischen Partei, 1991–93 leitender Manager in einem staatlichen Maschinenbauwerk in Donetsk, seit 1994 Leiter der Kommunistischen Partei, seit 1994 Sitz im Parlament. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999 erhält er im zweiten Wahlgang 37,8% der Stimmen.

Adam Martinjuk (geb. 1950), Abschluss in Sozialwissenschaften an der Universität Lwiw 1976, 1981–88 Lektor in Lwiw und Funktionär in der Kommunistischen Partei, 1991–94 Verantwortlicher für die Agrarreformen in der Region Lwiw, Redakteur der Zeitungen „Towarisch“ und „Kommunist“, seit 1998 Sitz im Parlament, seit 2003 Erster Stellvertreter des Parlamentsvorsitzenden.

Iwan Gerasimow (geb. 1921), seit 1938 im Militärdienst, 1966–75 Kommandant der Panzertruppen in der DDR, danach der Panzertruppe in der Region Kiew, anschließend bis zur Pensionierung Truppeninspekteur, seit 2002 Sitz im Parlament, stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Fragen der Rentner-, Veteranen- und Behindertenpolitik.

Kerstin Zimmer

Eine Region und ihre Partei.

Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt

Nach kurz vor der Wahl durchgeführten Umfragen wird die Partei der Regionen bei den Parlamentswahlen am 26. März zur stärksten Kraft werden. Dieser Erfolg erscheint erstaunlich, denn nach der verlorenen Präsidentschaftswahl erschien die Partei demoralisiert und war von internen Streitigkeiten geplagt. Die Rolle einer „Oppositionspartei“ war den Funktionären und den Strippenziehern im Hintergrund völlig ungewohnt. Seit dem Sommer 2005 und seitdem die neue Regierung auf immer mehr Probleme stößt, hat sie sich jedoch intern konsolidiert und nach außen ihre Präsenz und Popularität gestärkt.

Einleitung

Das Wählerpotenzial der Partei der Regionen liegt vorwiegend im Osten und Süden der Ukraine, jedoch gewinnt sie auch im Zentrum und Westen des Landes Anhänger hinzu. Diese Entwicklung ist nicht unbedingt der programmatischen Attraktivität der Partei geschuldet, sondern resultiert aus der Enttäuschung der Bevölkerung über die Leistungen der ukrainischen Regierung und die Zerstrittenheit des „orangenen“ Lagers.

In programmatischer Hinsicht positioniert die Partei der Regionen sich in Opposition zu Juschtschenko und Timoschenko. Sie fordert, die russische Sprache zur zweiten Staatssprache zu machen, ein föderalistisches System einzuführen und verspricht eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Russland. Der Schwerpunkt liegt auf wirtschaftlichen Aspekten, ohne dass jedoch konkrete Pläne für Reformen vorgelegt würden.

Es ist mehr als offensichtlich, dass die Partei die Interessen einer einzigen Gruppe vertritt: Die Kandidatenliste der Partei der Regionen wird dominiert von Wirtschaftsakteuren aus dem stark industrialisierten Osten des Landes. Etwa 50 der ersten 90 Kandidaten, die sich ihres Einzugs ins Parlament sicher sein können, stammen aus der Region Donezk und die Liste liest sich wie das „Who ist Who“ der Donezker Wirtschaftselite. Die größte „Sensation“ ist die Kandidatur von Rinat Achmetow, dem Kopf des so genannten Donezker Clans, der auf Platz 7 der Liste steht.

Entwicklung der Partei

Ein Blick auf die Entwicklung der politischen Landschaft in der Region Donezk zeigt, dass bis 2001 die meisten wichtigen regionalen Akteure parteilos waren. Jahrelang schien das Motto „Politik wird in Kiew gemacht und Geld im Donbass“ die dominante Strategie der regionalen Akteure zu beschreiben. Die regionale „Partei der Macht“ war ein eher informeller Kreis, der konkurrierende Parteien, Wirtschaftsakteure und Bürokraten umfasste und sich um die staatliche Regionalverwaltung gruppierte, die von 1997 bis 2002 von Viktor Janukowitsch geleitet wurde. Mit seinem Amtsantritt begann die regionale Machtgruppe sich zu konsolidieren. Sie schuf festere interne Strukturen und erhielt ein politisches Antlitz in Form der Partei der Regionen der Ukraine, die sich zu einer Art „Zwangverband“ für viele regionale Akteure entwickelte.

Parteien hatten in der Region bis Ende 2001 relativ wenige Mitglieder. Jedoch traten vor den Parlamentswahlen 2002 ganze Belegschaften regionaler Betriebe der Partei der Regionen bei. Die Partei selbst behauptete 2002, sie habe mehr als eine halbe Million Mitglieder, was sie zur stärksten Partei in der Ukraine machte.

Zum Parteivorsitzenden wurde der Leiter der Nationalen Steuerbehörde, Nikolai Asarow, gewählt. Noch vor den Parlamentswahlen 2002 gab er den Posten auf. Von 2002 bis 2003 war der damalige Stellvertretende Premierminister Wladimir Seminoschenko Vorsitzender. 2003 wurde – nicht ganz überraschend – Premierminister Viktor Janukowitsch zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Sein erster Stellvertreter wurde Andrei Kljuew, ehemaliger Stellvertretender Gouverneur von Donezk und von 2002 bis Anfang 2004 Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Energiefragen. In der Regierung Janukowitsch war er der für Energiefragen

zuständige Stellvertretende Premierminister.

Im März 2001 bildete sich zudem eine neue Parlamentsfraktion mit dem Namen Regionen der Ukraine, deren Mitglieder zumeist starke politische und wirtschaftliche Bindungen in der Region Donezk hatten. Während der Parlamentswahlen 2002 gehörte die Partei dem Kutschma-treuen Wahlblock Für eine Geeinte Ukraine an. Dem Wahlblock gelang es, fast alle Direktmandate aus der Region zu gewinnen. Nach den Wahlen zerfiel dieses Bündnis und danach stellte die Partei der Regionen eine eigene Fraktion im Parlament – Regionen der Ukraine, die bis heute von Raisa Bogatirewa aus Donezk geleitet wird.

Im November 2003 veränderte sich die Führung der Partei auf der regionalen Ebene in Donezk. Vorsitzender wurde Boris Kolesnikow, Vorsitzender des Regionalparlaments und enger Vertrauter Achmetows. Es kam innerhalb der Partei zu einem Generationswechsel, denn die „Roten Direktoren“ und ehemalige Nomenklatura-Mitglieder verschwanden gänzlich aus den regionalen Führungsgremien. Dieser Wechsel hing zusammen mit der Vorbereitung der regionalen Kräfte auf den Präsidentschaftswahlkampf 2004.

Trotz des Aufbaus von Parteistrukturen bleibt die politische Entscheidungsfindung im eigentlichen Sinne „apolitisch“ und findet von der Bevölkerung entfernt statt. Regionale „Beamte“ betrachten Politik als „Business“ und sehen sich selbst als tatkräftige Manager, die unmittelbar für die Leitung der regionalen Wirtschaft verantwortlich sind, und sie haben den Slogan „unsere wichtigste Politik ist Wirtschaft“ zu ihrer Maxime gemacht.

Wer ist Rinat Achmetow?

Rinat Achmetow wurde 1966 als Sohn einer Bergarbeiterfamilie geboren und ist tatarischer Abstammung. Spätestens seit 1999 nehmen ihn ukrainische und internationale Medien als den Kopf des Donezker Clans wahr. Als der angebliche Donezker Verbrecher-Boss Achat (Alexander) Bragin 1995 getötet wurde, übernahm Achmetow 1996 dessen Aufgaben, sowohl als Chef der Firma Ljuks als auch als Präsident des Fußball-Clubs Schachtjor Donezk. Im Jahr 1995 gründete Achmetow die Donezker Stadtbank. Die Herkunft seines Startkapitals bleibt im Dunkeln, es stammt jedoch vermutlich aus Glücksspiel und Erpressung.

Zu dieser Zeit befand sich der Donezker Clan auf dem Tiefpunkt. Mehrere starke „Autoritäten“ waren gewalttätigen Auseinandersetzungen zum Opfer gefallen, einige der ehemals mächtigen Roten Direktoren hatten an Einfluss verloren und der Gouverneur Wolodimir Schtscherban war gerade von Kutschma entlassen worden. Folglich bestand ein Autoritäts- und Machtvakuum in der Region. Achmetow erwies sich in dieser Situation unverkennbar als durchsetzungsfähiger Organisator, der angeblich gute Kontakte zu Janukowitsch hatte, welcher damals Stellvertretender Gouverneur war und 1997 zum Gouverneur ernannt wurde.

Obwohl Achmetow dies immer wieder leugnete, war er einflussreich in der finanzindustriellen Gruppe Industrial Union of Donbass, dem wichtigsten Gasverteiler der Region, der auch im Kohle- und Stahlsektor tätig ist. Achmetows Einfluss dehnt sich aber auf zahlreiche andere regionale Firmen aus, und zwar durch intransparente Eigentumsverhältnisse und vermachtete Märkte sowie die Kontrolle strategischer Unternehmen. In Interviews gab er bis 2003 keinerlei Auskunft darüber, an welchen Firmen er tatsächlich beteiligt war.

Im Januar 2003 gab Achmetow dann bekannt, Hauptaktionär einer im Jahr 2000 gegründeten Firma mit dem Namen System Capital Management (SCM) zu sein, die Mehrheitsanteile an verschiedenen metallverarbeitenden Fabriken, Kokereien, dem Stahl-Giganten Azovstal' und der Charzysker Röhrenfabrik, lebensmittelverarbeitenden Betrieben, der Zeitung Segodnja, dem Fernsehsender TRK Ukraina und dem Mobilfunk-Unternehmen DCC hält. Außerdem ließ Achmetow Donbass Palace, das einzige Fünf-Sterne-Hotel der Ukraine, im Zentrum von Donezk errichten. SCM besitzt und kontrolliert mindestens 90 Unternehmen in der Region, von denen einige zuvor zur Industrial Union of Donbass gehörten, und beschäftigt mehr als 160.000 Menschen. Im Jahr 2003 begann Achmetow, öffentlich mehr Transparenz in Geschäftsfragen zu verlangen. Er engagierte verschiedene ausländische Berater und Auditing-Firmen, die den Fußballverein sowie neu aufgekaufte Firmen beraten, und ihn als Partner für internationale Geschäftstätigkeit qualifizieren sollen.

Die polnische Zeitung Wprost schätzte im August 2003 Achmetows Vermögen auf 1,9 Mrd. US-Dollar, was ihn zum reichsten Mann der Ukraine machte. 2004 lagen die Schätzungen bereits bei mehr als 3 Mrd. US-Dollar. Die ukrainische Rating-Agentur Gvardija Bisnesa schätzte Ende 2005 alle Anlagewerte Achmetows (inklusive Offshore-Firmen) auf etwa 12 Mrd. US-Dollar und listete ihn bei den einflussreichsten Personen des Landes an fünfter Stelle. In der aktuellen Forbes-Liste der Milliardäre (März 2006) wird Achmetow als reichster Ukrainer mit einem Vermögen von 1,7 Mrd. US-Dollar aufgeführt.

Achmetow als Schlüsselfigur von Donezk

Achmetows Stellung in der Region ist nicht nur wirtschaftlicher Macht sondern auch seinem inzwischen ausgeprägten Mäzenatentum geschuldet. Als Hauptsponsor und Präsident des Fußball-Clubs Schachtjor Donezk gründete er ein Internat für junge Fußballtalente und ließ das modernste Trainingszentrum Osteuropas errichten. Außerdem ließ er das marode Stadion renovieren und lässt zurzeit für mehr als 150 Millionen Dollar ein neues Fußballstadion bauen. Seine große symbolische Bedeutung für die regionale Bevölkerung macht den Fußballclub zu einem hervorragenden Mittel der „Öffentlichkeitsarbeit“. Achmetows Firmen finanzieren regelmäßig große Feste in der Stadt, und zu besonderen Anlässen wie Weihnachten und St. Valentinstag beschenkt Achmetow Kinder und Veteranen der Region. Allein im Jahr 2005 unterstützte Achmetow wohltätige Organisationen mit etwa 3 Mio. US-Dollar.

Bis vor wenigen Monaten präsentierte sich Achmetow nie als Politiker, wohl aber übte er erheblichen (informellen) Einfluss auf die Politik aus, um ökonomische Ziele zu erreichen. Dieses Verhalten ähnelte jenem der Anführer russischer finanzindustrieller Gruppen in den Jahren 1997–98, unterschied ihn jedoch von den meisten anderen ukrainischen Oligarchen, die selbst die politische Bühne betraten. Während der Parlamentswahlen 1998 unterstützte Achmetow, wenn auch zurückhaltend, die Partei der Moslems, während der Wahlen 2002 unterstützte er offiziell keine Partei. Sein Verhältnis zur politischen Führung der Region beschrieb Achmetow im Jahr 2000 folgendermaßen:

Ich begegne ihnen allen mit großem Respekt, und es hat nie Meinungsverschiedenheiten zwischen uns gegeben. ... Für uns sollte die folgende Ansicht grundlegend sein: „Starke Betriebe, starker Staat“ ... Ich bin froh, dass sich hier ein Team gleichgesinnter Unternehmer gebildet hat, für welche die Zukunft der Region nicht nur aus Worten besteht.

Seine zur Schau gestellte Politikferne hat Achmetow inzwischen aufgegeben. Für die Änderung seiner Strategie waren mehrere Ereignisse entscheidend.

Achmetow und die Orangene Revolution

Im Präsidentschaftswahlkampf 2004 unterstützte Achmetow unausgesprochen Viktor Janukowitsch, obwohl er bis heute abstreitet, dessen Wahlkampf finanziert zu haben. Die Unterstützung Janukowitschs zahlte sich zunächst aus. In mehreren Privatisierungsverfahren großer Staatsunternehmen erhielt Achmetow den Zuschlag, so auch – zusammen mit Kutschmas Schwiegersohn Viktor Pintschuk – bei der Privatisierung des Stahlgiganten Krivoroschstal, obwohl mehrere ausländische Firmen bessere Angebote unterbreitet hatten.

Eigentlich hatte Achmetow Janukowitsch bereits vor dem letzten Wahlgang am 26. Dezember 2004 fallen gelassen. Nach der Niederlage Janukowitschs wurde es zunächst still um die Donezker Wirtschaftselite. Um seine eigene Position und Vermögenswerte zu sichern, suchte Achmetow die Annäherung an die neue Regierung unter Juschtschenko, was aber nicht wirklich gelang. Achmetow betonte, mit jeder Regierung zusammenarbeiten zu können, solange sie professionell sei. Sowohl Timoschenko als auch Juschtschenko besuchten noch im Dezember 2004 und Januar 2005 Donezk. Timoschenko traf mit Achmetow zusammen und trat sogar in Achmetows Fernsehsender TRK Ukraina auf. Die Veränderung der Lage vor Ort war deutlich. Noch im Oktober 2003 war eine Versammlung von Unsere Ukraine in Donezk mit Hilfe der staatlichen Verwaltung verhindert worden. Auch während des Präsidentschaftswahlkampfs 2004 wurde Juschtschenko mehrfach der Zugang zu Wahlkampfveranstaltungen im Osten des Landes verwehrt.

In vielerlei Hinsicht erwies sich die Politik der neuen Regierung als problematisch für Achme-

tow. Es sah so aus, als ob dem ostukrainischen Oligarchen das Rückgrat gebrochen werden sollte. Erste Vergleiche mit Chodorkowskij in Russland wurden gezogen. Drei Schlüsselereignisse folgten.

Die neue Regierung hatte versprochen, die „illegalen“ Privatisierungen des Kutschma-Regimes zu revidieren. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde die Zahl der „Reprivatisierungen“ jedoch eingeschränkt. Ganz oben auf der Liste stand allerdings Krivoroschstal, das nach mehreren gerichtlichen Auseinandersetzungen im Sommer 2005 tatsächlich an den Staat zurückfiel und im Herbst erneut verkauft wurde.

Boris Kolesnikow, ein enger Vertrauter Achmetows, Vorsitzender des Regionalparlaments und Anführer der separatistischen Bewegung, die sich Ende 2004 formierte, wurde der Erpressung im Zusammenhang mit Anteilsverkäufen an einem Donezker Kaufhaus beschuldigt und im April 2005 verhaftet. Außerdem durchsuchten die Steuerbehörden Achmetows Firmen und schließlich wurde Achmetow im Zusammenhang mit der Untersuchung von Mordfällen Ende der 1980er Jahre vorgeladen, wobei nicht wirklich klar wurde, ob er als Beschuldigter oder Zeuge auftrat. Achmetow blieb den Befragungen fern, ohne dass dies ernsthafte Konsequenzen gehabt hätte. Während dieser Zeit hielt sich Achmetow für längere Zeit in Russland und Monaco auf, angeblich auf Dienstreise und Urlaub.

Diese Ereignisse machten deutlich, dass es nicht genügt, nur informellen Einfluss auszuüben, sondern dass ein formeller Status, zum Beispiel als Parlamentsabgeordneter, der Immunität bietet, von Vorteil sein kann.

Der Einstieg in die Politik

Angeblich überlegte Achmetow im Herbst 2005, eine andere Partei zu unterstützen. Aber offenbar wollte er die Popularität, die Janukowitsch bei Teilen der Bevölkerung genießt, für sich nutzen. Das Übereinkommen zwischen Janukowitsch und Juschtschenko im Herbst 2005, in dem vereinbart wurde, künftig keine „politischen Gegner mehr zu verfolgen“, schaffte Sicherheit für Achmetow, der wieder in die Ukraine zurückkehrte. Die Anklagen gegen Boris Kolesnikow wurden im August 2005 ebenfalls fallen gelassen. Damit wurde die Hoffnung der Anhänger der Orangenen Revolution zerstört, dass nun die „Banditen ins Gefängnis“ kommen, wie Juschtschenko es angekündigt hatte.

Durch diese Ereignisse änderte sich Achmetows Strategie deutlich. Er betrat die politische Bühne, um seine ökonomischen und persönlichen Interessen sicherzustellen. Als im Dezember 2005 die Kandidaten der Partei der Regionen gekürt wurden, erschien Achmetows Name auf einem sicheren Listenplatz. Damit wird er in Zukunft die Immunität eines Abgeordneten genießen.

Während seines ersten offiziellen Treffens mit dem „Wahlvolk“ (allerdings waren es ausgewählte Gäste, die sich im Donezker Theater einfanden) im Februar 2006 hielt er eine lange Rede, die jedoch keine programmatischen Aussagen enthielt. Achmetow zog Parallelen zwischen privatwirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Erfolg, wodurch die oben ausgeführte Vorstellung von Politik als „Business“ einmal mehr bestätigt wird. In einem Interview, das landesweit übertragen wurde, wies er darauf hin, dass die Ukraine eine Regierung brauche, die Wirtschaftswachstum garantiere. Den Rückgang des Wachstums von 12% im Jahr 2004 auf etwa 5% im Jahr 2005 wertete er als Zeichen der Unfähigkeit der Regierung. Achmetow verlangt von einer neuen Regierung, nicht nur Macht sondern auch Verantwortung zu übernehmen. Achmetow präsentierte sich und die Partei der Regionen als Retter der Nation vor wirtschaftlichem Kollaps. Koalitionsaussagen hat die Partei bislang keine gemacht.

In verschiedenen ukrainischen Zeitungen wird Achmetow als zukünftiger Premierminister gehandelt und Vergleiche zu Italiens Berlusconi werden gezogen. Dieses Ziel bestreitet er jedoch und gibt an, eine Tätigkeit als Abgeordneter anzustreben. Nach Einschätzung ukrainischer Experten wird er das Amt des Premierministers tatsächlich nicht übernehmen, sondern eher einen „Technokraten“ fördern, den er gut kontrollieren kann.

Eine mögliche Koalition zwischen Unsere Ukraine und der Partei der Regionen werten einige ausländische Beobachter – so Anders Aslund – und ukrainische Politiker – zum Beispiel Alexander Moros – positiv, da sie die Spaltung des Landes in Ost und West überwinden helfe. Allerdings wäre sie für den Fortgang der Demokratisierung in der Ukraine weniger vorteilhaft.

Taras Kuzio

Die freien Wahlen in der Ukraine und der Kamikaze-Präsident

Die vierten Parlamentswahlen in der Ukraine wurden am 26. März 2006 in einer Atmosphäre abgehalten, die sich völlig von derjenigen der vorhergehenden Wahlen unterschied. Präsident Juschtschenko verdient Anerkennung dafür, dass diese Wahlen die ersten fairen und freien Wahlen waren, seitdem die Ukraine im Januar 1992 ein unabhängiger Staat wurde. Der demokratische Durchbruch, der durch die Orangene Revolution von 2004 initiiert wurde, ist gefestigt worden.

Dieses stellt einen völligen Kontrast zum benachbarten Belarus dar: Die Präsidentenwahlen, die dort eine Woche früher stattfanden, haben gezeigt, dass das Regime von Aleksandr Lukaschenko die letzte Diktatur in Europa ist. Russland hat das Wahlergebnis in Belarus anerkannt, während EU, OSZE und die USA es abgelehnt haben. Im Falle der Ukraine verhält es sich genau umgekehrt: Russland hat die Wahlen als „unfair“ bezeichnet, während die EU, OSZE und die USA sich positiv, sogar begeistert geäußert haben.

Das Wahlergebnis

Im Vergleich zu den drei Runden der Präsidentenwahlen 2004 hat sich das Abstimmungsverhalten nicht sehr geändert. Damals wie jetzt waren der Westen und die Mitte pro-Orange (also pro-Juschtschenko und pro-Timoschenko), während der Osten und Süden pro-Blau (also pro-Janukowitsch) sind. Es gibt aber zwei wesentlich Unterschiede.

Erstens haben 2006 im Gegensatz zur Präsidentenwahl am 26. Dezember 2004 nicht noch einmal 44% für Janukowitsch gestimmt, sondern gerade einmal 30%. Zweitens war die Wahlbeteiligung 2006 in der gesamten Ukraine, insbesondere aber im Osten, sehr viel niedriger.

Die Kommunisten erlitten eine vernichtende Niederlage und erhielten von den Parteien, die den Sprung ins Parlament schafften, die geringste Stimmenanzahl. Ihr Niedergang von 102 Sitzen 1998 auf 20 im Jahre 2006 ist dramatisch. Zwei der ukrainischen Oligarchen-Parteien werden nicht im Parlament vertreten sein: Ne Tak! (Nicht So!), die von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei des Kiewer Clans angeführt wird, und die Arbeiterpartei der Ukraine, die den Dnipropretrowsker Clan vertritt. Das ehemalige Kutschma-Lager hat für die Partei der Regionen gestimmt.

Es stand immer außer Zweifel, dass nur 5 oder 6 politische Kräfte in das Parlament einziehen würden, obwohl die Sperrklausel mit 3% sehr niedrig ist. Von diesen Kräften sind drei die „Big players“ – Partei der Regionen, der Block Unsere Ukraine und der Block Julia Timoschenko. Jede parlamentarische Koalition müsste aus zwei dieser drei Kräfte gebildet werden. Da Juschtschenko der Ehrenvorsitzende von Unsere Ukraine ist, wird sein Block auf jeden Fall einer der Partner einer Koalition sein.

Mögliche Koalitionen

Somit gibt es zwei Möglichkeiten für eine Koalitionsregierung: Unsere Ukraine und Timoschenko oder Unsere Ukraine und Partei der Regionen. Höchstwahrscheinlich wird die neue parlamentarische Koalition, die Regierung und Premierminister stellen wird, eine Neuauflage der Orangenen Koalition aus Unsere Ukraine, Timoschenko und den Sozialisten (SPU) sein. Timoschenko hat sich in ihrer Wahlkampagne ausdrücklich für eine Orangene Koalition ausgesprochen und vor den Gefahren eines Bündnisses mit Janukowitsch gewarnt.

Zwei Faktoren sprechen für eine Orangene Koalition. Erstens wäre ein Bündnis mit der Partei der Regionen für Juschtschenko politischer Selbstmord. Es würde als „Verrat“ an der Orangenen Revolution gesehen werden und die Unterstützung für Juschtschenko würde zusammenbrechen. Die Popularitätswerte von Unsere Ukraine brachen ein, nachdem die Partei Ende September 2005 ein strategisch nutzloses Memorandum mit der Partei der Regionen unterzeichnete, welches Juschtschenko selber im Januar 2006 verwarf.

Janukowitsch ist kein Reformpolitiker und seine Partei der Regionen sandte ebenso wie die Kommunisten Glückwünsche an Lukaschenko zu seinem „Sieg“ (Juschtschenko und das ukrainische Außenministerium schlossen sich der Position des Westens an und verweigerten eine Anerkennung der Wahlen in Belarus). Janukowitsch hat seine Wahlniederlage 2004 bis heute nicht eingestanden, sondern beharrt immer noch darauf, dass er die Wahl gewann, aber vom damaligen Präsident Kutschma „verraten“ wurde. Während der Wahlen verurteilte die Partei der Regionen die Legitimität der Orangen Revolution weiterhin als „illegalen Coup“ und verunglimpfte ihre Anhänger als „Orangene Ratten“.

Die Partei der Regionen ist für Wirtschaftsreformen, da sie von Oligarchen und Geschäftsleuten dominiert wird. Trotzdem stimmte sie 2005 gegen Gesetze zum ukrainischen WTO-Beitritt. Die Partei der Regionen ist gegen eine Mitgliedschaft in der NATO, für eine Vollmitgliedschaft im Einheitlichen Wirtschaftsraum der GUS und befürwortet die Aufwertung des Russischen zur zweiten Amtssprache.

Außerdem würde eine Allianz zwischen Juschtschenko und der Partei der Regionen EU und NATO signalisieren, dass sich die Orangene Revolution auf dem Rückzug befindet. Die EU ist jetzt schon passiv in ihrer Haltung gegenüber der Ukraine und ein Bündnis mit der Partei der Regionen würde diejenigen in der EU bestärken, die gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine sind. Darüber hinaus würde ein Bündnis mit einer politischen Partei, die keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wünscht, dazu führen, dass die NATO ihr Angebot an die Ukraine, an einem „Aktionsplan zur Mitgliedschaft“ (Membership Action Plan, MAP) teilzunehmen, bei dem Gipfel im November in Riga zurückstellen würde.

Timoschenko hat eine günstige Stellung, da sie an zweiter Stelle steht und die Anzahl der Parlamentssitze ihres Blockes im Vergleich zu 2002 vervierfacht hat. Im Gegensatz dazu ist Unsere Ukraine weit abgeschlagen an dritter Stelle und hat weniger Sitze als 2002.

Kräfteverschiebung im Orangen Lager

Warum hat Unsere Ukraine so schlecht abgeschnitten, wenn doch ihr Ehrenvorsitzender der Präsident der Ukraine ist, der durch den Willen des Volkes in sein Amt gelangt ist? Juschtschenko ist ein „Kamikaze-Präsident“. Er hat 2005 zahllose Fehler gemacht, beispielsweise indem er die Regierung Timoschenko entließ und das Orangene Lager spaltete, indem er das oben erwähnte Memorandum zusammen mit Janukowitsch unterschrieb, indem er den Erdgaskonflikt mit Russland auf intransparente Weise handhabte und indem er den Staatsanwalt Swjatoslaw Piskun bis Oktober im Amt beließ und somit gegen hochrangige Beamte keine Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Auch hat Juschtschenko das Jahr, in dem er als Präsident noch die von Kutschma übernommenen beträchtlichen Vollmachten hatte, verschwendet und es nicht vermocht, dem Land seinen Stempel aufzudrücken.

Timoschenko ist auf dem zweiten Platz gelandet, da die Orangen Proteststimmen gegen Juschtschenkos „Kamikaze-Fehler“ an sie gegangen sind und nicht an „Pora-Reformen und Ordnung“. Unsere Ukraine hat sich als arrogant herausgestellt, sowohl gegenüber Orangen Wählern als auch gegenüber Juschtschenko selbst. Orangene Geschäftsleute, die der Korruption bezichtigt werden, weigerten sich im September, auf eine Kandidatur in Unserer Ukraine zu verzichten und ignorierten damit Juschtschenkos Rat. Auch weigerten sich die politischen Parteien in Unserer Ukraine, sich zu einer einzigen pro-präsidentialen Partei zusammenzuschließen. Juschtschenko hat es nicht vermocht, die vielleicht wichtigste Motivation für die Orangene Revolution zu verstehen: die weit verbreitete Stimmung gegen Ungerechtigkeit, gegen Machtmissbrauch, Korruption und gegen die „Banditen“, die die Ukraine regieren. Premierminister Juri Jechanurow hat dieses Gefühl völlig verkannt, als er im Oktober die Oligarchen der Ukraine zu einem Treffen einlud, bei dem er sie als die „nationale Bourgeoisie der Ukraine“ bezeichnete. Die Rechtsstaatlichkeit kann in der Ukraine keine Fortschritte machen, wenn die folgenden Probleme aus der Vergangenheit nicht juristisch aufgearbeitet werden: der Wahlbetrug 2004, Korruption auf hoher Ebene, der Mord an dem Journalisten Georgi Gongadze und der Anschlag auf Juschtschenko.

Ausblick

Timoschenko wird Premierministerin oder Parlamentssprecherin werden. Vieles von dem, das sich Juschtschenko bzw. Unsere Ukraine im Bereich der Wirtschaft als Verdienst anrechnen, wurde unter ihrer Regierung in Gang gesetzt. Die Besorgnisse von ausländischen Investoren über Besitzrechte werden beruhigt werden müssen. Die freien Wahlen 2006 und eine daraus resultierende Orangene Koalition zeigen, dass sich der demokratische Fortschritt in der Ukraine nach der Orangenen Revolution gefestigt hat. Es ist jedoch zweifelhaft, ob das ukrainische Parlament die volle Amtszeit von fünf Jahren durchhält. Die internen Widersprüche in der Partei der Regionen zwischen Geschäftsleuten und pro-russischen, ehemals kommunistischen Wählern werden dazu führen, dass sie implodiert, was vorzeitige Wahlen zur Folge haben wird.

Pressestimmen zu den Wahlen

Kommersant – Ukraina (Kiew), 28.03.2006

Die durch eine Liste verbunden sind

Der Korrespondent von Kommersant *Roman Kostriza* beobachtete die Arbeit in einigen Wahllokalen im Gebiet Kiew, wonach er zu dem Schluss kam, dass, wenn die Bürger ihre Stimme auch frei und demokratisch abgaben, die Zustände danach doch einigermaßen anarchisch waren. Es wurde keine einzige Klage registriert. Darunter waren Klagen wie z.B.: die Unterschrift der Leiter des Wahllokales fehlten auf der Quittung für den Empfang der Stimmzettel, Beobachter wurden nach der Öffnung des Wahllokales nicht eingelassen, Stimmzettel wurden aus dem Wahllokal entfernt und die Zahl der ausgegebenen Stimmzettel und der Bürger, die ihre Stimme abgegeben hatten, stimmte nicht überein. In das Schlussprotokoll kam nur die Angabe, dass 50 Stimmzettel fehlten. Hier wurden die Stimmzettel nicht wie vorgeschrieben im verplombten Safe gelagert, sondern in einfachen Kartons. Der Leiter des Wahllokales weigerte sich, Klagen der Beobachter anzunehmen.

Regionalzeitung „Donbass“ (Donezk), 28.03.2006

„So weit ist es nun gekommen“

Die Wahlen 2006 werden in die Geschichte eingehen als die Wahlen mit den längsten Schlangen. Manchen gingen die Nerven durch und sie zerrissen die Stimmzettel vor den Augen der erstaunten Wahlkommission, obwohl der Leiter der Zentralen Wahlkommission Jaroslaw Davydowitsch den Journalisten den ganzen Tag über versicherte, dass alles unter Kontrolle sei und nach Plan gehe.

Es war aber kaum Teil des Planes, dass es ellenlange Schlangen, nicht ausreichend Stimmzettel oder Wahlurnen gab, oder dass manche das Know-how hatten, um ihren Stimmzettel für diejenige Partei, die gezahlt hatte, mit der Kamera ihres Handys aufzunehmen, um die Bezahlung für die „richtige“ Wahl zu erhalten. Auch gab es feuergefährliche Mischungen in den Wahllokalen, oder verschlossene Türen, die durch Beamte des Ministeriums für Katastrophen-schutz geöffnet werden mussten. [...]

Ein Handel mit Stimmzetteln wurde in Tscherkassi festgestellt. Der dortigen Abteilung des Komitees der Wähler der Ukraine zufolge konnte ein Stimmzettel für 5 Grivna gekauft werden. Aktivisten des Komitees der Wähler der Ukraine des Gebietes Tscherkassi versichern, dass die „Organisation einen Stimmzettel für die Wahlen zum Rat des Sosnowskij-Rajons in Tscherkassi erhalten“ habe.

Ukrainska Prawda (Kiew), 27.03.2006

Die zweite Chance der Orangenen

Alexander Palij

Ein halbes Jahr harter politischer Auseinandersetzungen zwischen den einstigen und heutigen Verbündeten hat dazu geführt, dass Janukowitsch' Revanche wieder bedroht wird und die Lage des September 2005 wiederhergestellt ist. Das ukrainische Volk hat den Orangenen im Wesent-

lichen eine zweite Chance gegeben. Dies bestätigt das Wahlergebnis. Wenn die Politiker des demokratischen Lagers aus diesem Wahlkampf keine Lehre ziehen, wird sie eine dritte Chance sehr viel kosten. Die jetzt erhaltene Mehrheit ist, nach der orangenen Revolution, die zweite Möglichkeit, für immer eine Seite im Buch der Geschichte umzublättern, die viel mit der Mentalität der Eliten des untergegangenen sowjetischen und russischen Imperiums zu tun hat. Der Präsident muss die Hauptlehre aus der Abstimmung ziehen. Die Wahlen haben gezeigt, dass er sich auf völlig farblose Menschen stützt, deren Loyalität ihm gegenüber nicht existent ist und die deswegen die Wahlen verloren haben. [...]

Das Volk, nicht nur in der Ukraine, sondern überall, liebt keine emotionslosen Menschen. Das Volk liebt es, wenn es geliebt wird. Dies ist der Schluss, den man aus den Stimmen für Julia Timoschenko und gegen die graue, respektable Liste von Unsere Ukraine ziehen muss.

Korrespondent.net (Kiew), 27.03.2006

Die Politiker haben mehr als 1 Mrd. \$ für den Wahlkampf ausgegeben

Die fünf politischen Schwergewichte der Ukraine sind, den Analytikern zufolge, Unsere Ukraine, die Partei der Regionen, der Block Timoschenko, der Block Litwin und die Sozialistische Partei. Am meisten wurde für Reklame ausgegeben, ungefähr 230 Mio. US-Dollar. An zweiter Stelle steht die Bezahlung für die Wahlkampfhelfer vor Ort, mehr als 220 Mio. US-Dollar und an dritter Stelle folgt die Bezahlung der Helfer in den Parteibüros, 127 Mio. US-Dollar. Informationen über Ausgaben für Reklame sind am zuverlässigsten. Es wurden Rekordsummen in die Massenmedien gesteckt. Schätzungen zufolge wurden 17 Mio. US-Dollar für Fernsehwerbung ausgegeben, 6 Mio. für Wahlplakate und 2 Mio. für die Presse.

Kommersant (Moskau), 28.03.2006

Die Partei der Nicht-Sieger

Ein Modell, bei dem es keinen absoluten Sieger gibt. Ein solches Modell kann auf den ersten Blick instabil erscheinen, den Anlass für Regierungskrisen und zu endlosen Koalitionskonflikten und -neubildungen geben (die übrigens für viele europäische Demokratien der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts typisch sind); allerdings ist der Einfluss dieser Krisen auf das Leben im Land nicht so dramatisch. Aus diesem Grund verletzt ein Regierungs- und Koalitionswechsel nicht das Grundprinzip: das Nichtvorhandensein eines absoluten Siegers. Gerade dies macht das System beständig.

Natürlich ist es noch zu früh, in der Ukraine die Bildung eines stabilen Zwei- oder Dreiparteiensystems im Parlament auszumachen, das ukrainische Wahlergebnis ist aber zweifellos für die postsowjetischen Länder ein Novum. Bei diesen Wahlen führt der Block von Wiktor Janukowitsch, siegt Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko bildet die regierende Koalition.

Rossijskaja gaseta (Moskau), 27.03.2006

„Ja prischow – meine ne ma“¹

Ivanna Gorina

Das hauptsächliche Problem der ukrainischen Wahlen ist, dass nicht alle Wähler ihre Stimme abgeben konnten, da es Fehler in den Wählerlisten gab und da die Anzahl der Blöcke und Parteien so groß war.

Nach den Worten von Journalisten „begegnet man auf Schritt und Tritt Fehlern bei der Übersetzung von Nachnamen aus dem Russischen in das Ukrainische“.

„In Lugansk hat diese Verwirrung zu spontanen Protestversammlungen geführt - die Menschen versammelten sich vor den Wahllokalen und beschuldigten die neue Regierung, dass sie sie des Stimmrechtes beraubt hätte. Wie der Vorsitzende des Politischen Rates der Partei der Regionen, Nikolai Asarow, der Rossijskaja gaseta mitteilte, seien die Wählerlisten absichtlich in das Ukrainische übersetzt worden, um der Wählerbasis von Janukowitsch die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben, zu nehmen“.

¹ „Ich bin gekommen, aber mich gibt es nicht“ (Zitat aus einem bekannten ukrainischen Lied).

Journalisten stellen auch fest, dass die Mehrheit der Parteibezeichnungen, die in den Stimmzetteln aufgeführt werden, „den Wählern völlig unbekannt sind, die am 26. März vier Stimmzettel in die Hand gedrückt erhielten: ein 78 Zentimeter langer für die Parlamentswahl und drei jeweils 50 Zentimeter lange Rollen für die Wahlen zu den Stadträten“.

Gazeta Wyborcza (Warschau), 27.03.2006

Die Revolution ist nicht verloren

Marcin Wojciechowski

Die Parlamentswahlen am Dnjepr diesen Sonntag stellen einen Erfolg dar. Anderthalb Jahre nach der orangenen Revolution kann in der Ukraine wieder frei gewählt werden. Das ist wesentlich wichtiger, als unsere Sorgen darum, wer über den Dnjepr herrschen wird, auch wenn es letztendlich enttäuschend ist, mit anzusehen, wie die orangene Revolution ihre Kinder frisst. Falls die orangenen Kräfte sich auf der Oppositionsbank wieder finden sollten, oder gezwungen sein sollten mit den „Blauen“ von Janukowitsch die Macht zu teilen, ist das kein ausreichender Grund sich zu beklagen.

Frankfurter Rundschau-Online (Frankfurt/M.), 28.3.2006

Zweite Chance für Orange

Thomas Roser

Trotz aller Ernüchterung seit der Revolution in Orange will die Mehrheit den Reformparteien eine zweite Chance geben, aber das Kräfteverhältnis im orangefarbenen Lager hat sich kräftig verschoben. Die herbe Schlappe für Präsident Wiktor Juschtschenko ist die Quittung für seine unentschlossene Führung und die ihm angelastete Spaltung der Bewegung. [...] [Julia Timoschenkos] Comeback dürfte weder Russland noch in- und ausländischen Industriekapitänen behagen. Doch erfolgreich hat sie sich als Hüterin einstiger Revolutionsideale zu profilieren verstanden. Einer Rückkehr in die Sowjet-Vergangenheit haben die Ukrainer im Westen und Zentrum des Landes eine Abfuhr erteilt, doch im russischsprachigen Osten und Süden liegt weiterhin die eher nach Moskau orientierte Partei der Regionen von Ex-Premier Wiktor Janukowitsch vorn. Dennoch ist der vermeintliche Sieger einer der Verlierer, dem die Mehrheit für die erhoffte blaue Gegenrevolution verwehrt bleibt.

Tageszeitung (Berlin), 28.03.2006, S. 2

Zwei Herren und eine kompromisslose Lady

Barbara Oertel

[Dass] Juschtschenko und Timoschenko zu einer Neuauflage ihres Bündnisses in der Lage sind, scheint umso zweifelhafter, wenn Timoschenko - vorausgesetzt, sie bleibt mit ihrer Partei zweitstärkste Kraft - den Posten der Regierungschefin beansprucht. Bislang ist „Lady Ju“ nicht durch Kompromissbereitschaft aufgefallen.

Die zweite Variante wäre eine große Koalition zwischen „Nascha Ukraina“ und der „Partei der Regionen“ des ehemaligen Regierungschefs Wiktor Janukowitsch. Ausgeschlossen ist das nicht, zumal die ehemaligen Erzfeinde nach dem Rauswurf Timoschenkos im vergangenen September bereits ein Memorandum über eine Zusammenarbeit unterzeichnet haben. Über die Frage, welche Variante die bessere wäre, gehen die Meinungen auseinander.

Handelsblatt (Düsseldorf), 28.03.2006, S. 8

Tiefe Risse

Mathias Brüggmann

Weil Juschtschenko keinen einzigen Wahlfälscher zur Rechenschaft gezogen und nur eine der vielen dubiosen Privatisierungen aufgerollt hat, bekam „Unsere Ukraine“ bei der Parlamentswahl am Sonntag einen klaren Denkkzettel verpasst. Das gute Abschneiden der „Jeanne d'Arc der Ukraine“ ist für Juschtschenko (also) ein Dilemma: Das persönliche Verhältnis zwischen ihm und Timoschenko soll derart zerrüttet sein, dass er sie möglicherweise nicht erneut als Premier an seiner Seite haben will.[...] Der Ukraine drohen über Wochen hinweg Intrigen und innerparteiliche Kämpfe.

The Guardian (Manchester), 27.03.2006
Die Zukunft bleibt Orange

Gwendolyn Sasse

So wie die Euphorie und die Erwartungen des Jahres 2004 in der Ukraine und im Westen unrealistisch waren, so missversteht das gegenwärtige Gefühl der Ungläubigkeit die ukrainische Politik. Die unmittelbaren Errungenschaften der Revolution in Orange bleiben erhalten. [...] Ohne Zweifel hat sich die Umstellung vom Aktivismus der Straße auf das Klein-Klein normaler Politik als schwierig herausgestellt, wie Rivalitäten und Uneinigkeiten der orangenen Allianz über das vergangene Jahr gezeigt haben. Aber es ist Zeit die Tatsache zu feiern, dass keine der Parteien und keiner der Wahlbeobachter von Fälschung spricht. [...] Es ist irreführend von Janukowitsch' „Comeback“ zu sprechen. Die Kontrolle über seine stabile Basis an Unterstützern im Südosten der Ukraine hat er zu keinem Zeitpunkt verloren.

Allerdings ist Janukowitsch' Partei der Regionen alles andere als geeint. Sie stellt eher eine lose Koalition oder ein Interessenkonglomerat mit regionalem Fokus auf Donezk dar. Insgesamt ist die einzige Überraschung der gestrigen Wahl das schlechte Abschneiden von Juschtschenkos Unsere Ukraine. [...] Die größte Enttäuschung ist, dass der Wahlkampf trotz des Wechsels zu einem vollständigen Verhältniswahlrecht eben so personalisiert und populistisch geführt worden ist wie bei den Wahlen zuvor.

Financial Times Europe (London), 27.03.2006
Timoschenko bekundet ihren Machtanspruch

Stefan Wagstyl, Tom Warner

Timoschenko hat ihren ehemaligen Verbündeten im Zentrum der Ukraine, insbesondere in der Region Kiew geschlagen, und konnte auch im Osten punkten. Mit ihrem Glamour, rednerischem Talent und ihrer klaren Anti-Korruptionshaltung hat sie es geschafft den traditionellen Ost-West-Gegensatz der Ukraine zu überbrücken. Die beiden Führer teilen das Orange Erbe, die Festlegung auf eine Integration in die EU und eine Skepsis gegenüber der Politik des Kremls. [...] Im Vordergrund stehen jedoch persönliche Animositäten und die Uneinigkeit in Wirtschaftsfragen. Timoschenko ist bereit die Sozialausgaben zu erhöhen und das Großkapital anzugreifen. [...] Der Kurs Juschtschenko's ist weniger eindeutig. Als ehemaliger Zentralbanker unterstützt er marktorientierte Reformen, versuchte aber in den letzten Jahren durch eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben Stimmen zu gewinnen. [...] Der Präsident wird zunehmend als politischer Pragmatiker gesehen, der möglicherweise die Kooperation mit Mitgliedern der Partei der Reformen, oder gar mit Janukowitsch selbst, einer arbeitsunfähigen Koalition mit Timoschenko vorzieht.

Wall Street Journal Europe (New York), 27.03.2006
Juschtschenko verliert Unterstützung

Guy Chazan

Egal welches Ergebnis sie bringt, kann die Wahl als eine seltene Übung in Sachen Demokratie in einer Region, die in Richtung Autoritarismus tendiert, gesehen werden. [...] Die Wahl in der Ukraine kommt in einer Phase steigender Spannungen zwischen den USA und Russland, das die westliche Unterstützung für oppositionelle Bewegungen in ehemaligen Sowjetrepubliken als Eingriff in seine Sphäre empfindet. Die orangene Revolution wurde als eine schwere außenpolitische Niederlage Moskaus, das Janukowitsch offen unterstützt hat, wahrgenommen. [...] Inzwischen hat Janukowitsch seine russischen Berater durch amerikanische Wahlkampfmanager ersetzt, die ihm dabei geholfen haben, seine Botschaft von Wirtschaftswachstum und Patriotismus unters Volk zu bringen. [...] Dem Ergebnis Juschtschenko's haben die Gräben zwischen ihm und der Populistin Timoschenko sehr geschadet.

New York Times (New York), 27.03.2006

Nach dem Rückschlag für die Regierung versuchen die Reformer eine Koalition zu bilden

Steven Lee Myers

Janukowitsch's Stärke ist weniger eine Reflektion seiner politischen Erfolge, als die Schwäche

von Juschtschenko, dessen Reputation in der Heimat unter einer nicht enden wollenden Kette von Problemen schwer gelitten hat – trotz seines guten Rufes im Ausland als reformorientierter Demokrat. Seine Unfähigkeit die geschwächte Wirtschaft zu stärken und die Abhängigkeit des Landes vom russischen Gas zu mildern, [...] haben ihm schwer geschadet. Auf dem Spiel stehen die erklärten Ziele von Juschtschenko's Politik, inklusive der Integration der Ukraine in EU und NATO. [...] Für viele Wähler lag die Bedeutung der Wahl nicht im Ergebnis, sondern im Prozess. Die Ukraine sei freier und demokratischer geworden, wenn auch schwer zu regieren und nach wie vor gespalten entlang derselben ethnischen, sozialen und politischen Linien wie 2004.

Neue Züricher Zeitung Online (Zürich), 28.03.2006

Das „orange“ Bündnis muss gekittet werden

R. M.

Gewiss spielen enttäuschte Erwartungen unter den Wählern [...] eine wesentliche Rolle. Vielleicht waren manche dieser Erwartungen allzu naiv und unrealistisch. Ein Land wie die Ukraine [...], kann nicht in ein, zwei Jahren zu einer perfekt funktionierenden Demokratie mutieren. Doch Juschtschenko [...] ist nicht unschuldig an der weitverbreiteten Ernüchterung über seine bisherige Amtszeit als Staatschef. [...] Und schliesslich hat sein offenes Zerwürfnis mit [...] Julia Timoschenko dem Präsidenten offenbar stärker geschadet als der populistischen Rivalin. Jetzt aber sind Juschtschenko und Frau Timoschenko es ihren Wählern und den Interessen einer demokratisch sich weiter entwickelnden Ukraine schuldig, ihre persönlichen Eifersüchteleien hintanzustellen und sich zu einem neuen politischen Bündnis zusammenzuraufen.

Zusammenstellung und Übersetzungen: Matthias Neumann

Sarah Whitmore

„Damit müssen wir leben“: Das neue Parlament und das neue Regierungssystem der Ukraine

Aufgrund der dieses Jahr in Kraft getretenen Verfassungsänderungen wird zum ersten Mal in der Ukraine das Parlament eine Regierungskoalition bilden und die Regierungsposten besetzen müssen. Dieses bedeutet, dass „Einsatz“ und „Beute“ für diejenigen Parteien, die die 3%-Hürde überwinden konnten, potenziell sehr viel größer sind als früher. Und bereits früher hat das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, sich immer schwer getan, die „Beute“ an Posten aufzuteilen.

Die geänderte Verfassung lässt den Abgeordneten einen Monat, um eine Koalition zu bilden und einen weiteren Monat für die Regierungsbildung. Angesichts der neuen Kräftekonstellation in der Rada und der persönlichen und politischen Feindschaften zwischen den Vertretern der größten Parteien, könnte sich die Einhaltung dieser Frist als schwierig erweisen. Während sich die Hauptakteure prinzipiell darauf geeinigt haben, dass eine „Orangene Koalition“ wünschenswert wäre, werden die Verhandlungen über Posten erneut schwierig sein. Noch schwerer wird es dann, eine eventuelle Koalition zusammenzuhalten, nicht nur wegen unvermeidbarer interner Machtkämpfe, sondern auch, weil die geänderte Verfassung die Beziehungen zwischen den einzelnen Gewalten nicht definiert und vielleicht mehr Probleme schaffen könnte als sie löst.

Historische Veränderungen

Der Bedeutung der ukrainischen Parlamentswahlen 2006 steht außer Zweifel, nicht nur weil, sie die ersten international anerkannt freien und fairen Wahlen seit 1994 sind und auch die erste Gelegenheit für das ukrainische Volk darstellen, ein Urteil über die Leistung von Präsident Juschtschenko abzugeben. Es sind auch die weit reichenden Verfassungsänderungen, die im Gefolge der Orangenen Revolution angenommen wurden, in Kraft getreten, wie z.B.: Die Parlamentswahlen werden nach einem vollen Verhältniswahlrecht abgehalten, das auf Parteilisten basiert; das Regierungssystem wird geändert, sodass das Parlament mehr Gewicht erhält, wobei eine Regierungskoalition den Premierminister und andere Schlüsselposten der Regierung ernennt. (Zu den Verfassungsänderungen siehe Kasten)

Zusammenfassung der Verfassungsänderungen vom Dezember 2004

- Eine neue Regierung wird nach Parlaments- (nicht Präsidenten-) Wahlen gebildet. Dieses muss innerhalb von 60 Tagen nach dem Rücktritt der vorherigen Regierung geschehen.
- Die Werchowna Rada muss innerhalb eines Monats nach den Wahlen eine parlamentarische Mehrheit bilden, sonst kann sie vom Präsidenten aufgelöst werden.
- Die parlamentarische Mehrheit bildet die Regierung. Sie bestätigt und entlässt nicht nur den Premierminister, sondern auch individuelle Minister.
- Die Legislaturperiode der Werchowna Rada wird von vier auf fünf Jahre verlängert. Sie wird vollständig auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts mit Parteilisten gewählt.
- Abgeordnete der Rada werden in Zukunft ihren Parlamentssitz verlieren, wenn sie die Fraktion verlassen, auf deren Liste sie gewählt worden sind.
- Der Sprecher der Rada, nicht der Premierminister, nimmt die Amtsgeschäfte des Präsidenten wahr, wenn dieser handlungsunfähig ist oder ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn läuft.
- Die Richter des Verfassungsgerichtshofes werden zu gleichen Teilen von der Rada und dem Präsidenten ernannt.
- Der Generalstaatsanwalt ist für die Überwachung [ohljad] der Menschenrechte und deren Einhaltung durch die Exekutivorgane verantwortlich.

Konsolidierung des Parteiensystems?

Befürworter des vollständigen Übergangs zum Verhältniswahlrecht mit Parteilisten hatten argumentiert, dass die neue Regelung die Konsolidierung des Parteiensystems in der Ukraine begünstigen würde. Gleichzeitig wurde davon ausgegangen, dass die Möglichkeit, einen Abgeordnetensitz zu kaufen, auf ein Minimum reduziert würde (die Logik war in etwa: „Es ist leichter, einen Wahlkreis zu kaufen als eine erfolgreiche Partei.“). Als 45 Parteien zur Parlamentswahl registriert wurden, waren die russischen Medien schnell zur Stelle mit dem Hinweis, wie chaotisch die ukrainische Politik sei. Angeblich sollen die Parteilisten auch einigen Parteiführern Möglichkeiten verschafft haben, an ausreichende Wahlkampffinanzierung zu gelangen, indem sie Listenplätze verkauften.

Tatsächlich hat das neue Wahlsystem trotz einer reduzierten Sperrklausel (jetzt 3% im Vergleich zu 4% bei den Wahlen 1998 und 2002) dazu geführt, dass weniger Parteien und Blöcke in die Rada gelangt sind. 1998 konnten acht Blöcke und Parteien die Hürde überspringen, 2002 ging die Anzahl auf sechs zurück, 2006 waren es nur fünf.

Können wir aber die Wahl als Zeichen für eine Konsolidierung des Parteiensystems ansehen? Wenn wir uns die höhere Anzahl von teilnehmenden Blöcken und die Menge angeblich gleich gesinnter Politiker anschauen, die es nicht geschafft haben, zusammenzuarbeiten, ist die 3%-Hürde offensichtlich als niedrig genug angesehen worden, um auch für kleine Parteien eine individuelle Wahlbeteiligung lohnend erscheinen zu lassen, wenn sie einen Anführer mit Wiedererkennungswert und ausreichende Finanzen hatten.

Man darf auch nicht vergessen, dass Unsere Ukraine und der Block Julia Timoschenko beide ziemlich instabile Koalitionen sind, die mehr durch die Popularität ihrer Anführer als durch gemeinsame Programmatik zusammengehalten werden. Hierarchische Strukturierung prägt nach wie vor für die wichtigsten ukrainischen politischen Kräfte und der „demokratische Zentralismus“ setzt sich bei der Vergabe der Listenplätze für die Wahlen immer noch durch.

Trotzdem scheinen die Wahlen das Ende für zwei bedeutende parlamentarische Akteure des letzten Jahrzehnts zu markieren: die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (SDPUo) (die politische Basis des Kiewer Clans) ist in der Bedeutungslosigkeit verschwunden und die Kommunistische Partei im Parlament marginalisiert. Darüber hinaus ist wohl deutlich geworden, dass neue Parteien wie die Volkspartei von Wolodimir Litwin, PORA, Witsche und viele andere keinen bedeutenden Erfolg bei den Wählern erzielen konnten. Die ukrainischen Wähler, obwohl von der Wahlkampagne sichtlich gelangweilt, gingen in ansehnlicher Zahl zur Wahl (67,7%) und stimmten größtenteils für Parteien oder Koalitionen, die wahrscheinlich den Sprung in das Parlament schaffen würden.

Das Wahlergebnis zeigt auch eine Fortsetzung der schon lange bekannten geographischen Verteilung der Wählerstimmen: Die Partei der Regionen kam in allen 10 Regionen der Ost- und Südukraine auf den ersten Platz, der Block von Julia Timoschenko gewann in 14 Regionen der Zentral- und Westukraine, während Unsere Ukraine sich nur in drei westlichen Oblasten (Transkarpatien, Lwiw und Iwano-Frankiwsk) durchsetzen konnte. (siehe Tabelle 2 auf Seite 41) Diese Stimmenverteilung kann als Bestätigung des Resultates der Präsidentenwahlen von 2004 gewertet werden, wenn auch mit einem wesentlichen Unterschied. Die Teilung des Orangenen Lagers bedeutete, dass Julia Timoschenko aus der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit Juschtschenkos Präsidentschaft erfolgreich Kapital schlagen konnte. Die Sozialisten blieben auf ihr Kerngebiet beschränkt und erhielten trotz ihrer Unterstützung der Orangenen Revolution weniger Stimmen als 2002, als sie 6,9% der für die Parteilisten abgegebenen Stimmen einfuhren. (siehe Grafik 2 auf Seite 40) Wir können also den Schluss ziehen, dass es eine gewisse Kontinuität gibt, wenn es auch zu früh ist, von Konsolidierung zu sprechen.

Mehrheitsbildung im Parlament

Die fünfte Werchowna Rada, die zum ersten Mal für eine Legislaturperiode von 5 Jahren gewählt wurde, wird ihren Vorgängerinnen in sofern ähnlich sein, als es keine einzelne Partei mit einer absoluten Mehrheit (226 Sitze) gibt. Seit der Unabhängigkeit ist der Kampf um eine funk-

tionierende Mehrheit ein herausragendes Merkmal der ukrainischen Politik gewesen. Gesetze sind überwiegend durch *ad-hoc*-Koalitionen verabschiedet worden. Künstliche propräsidentiale Mehrheiten wurden im Januar 2000 und im April 2002 durch eine Kombination aus Erpressung, Bestechung und Aktionen des Präsidenten zusammengebastelt, waren aber von Natur aus instabil und kurzlebig.

Bedingungen für eine relativ stabile parlamentarische Mehrheit zu schaffen, die das Regierungsprogramm durchsetzen könnte, war ein Hauptgrund für die Debatte über eine Verfassungsreform, die auch nach der Annahme der Verfassung 1996 fortgesetzt wurde. Auf den ersten Blick scheint die fünfte Rada strukturierter als ihre Vorgängerinnen zu sein, in denen es im Durchschnitt 13 Fraktionen gab. Die Verfassungsänderungen, die den Abgeordneten verbieten, die Fraktion der Partei oder des Blockes zu verlassen, für die sie gewählt worden sind, bedeuten, dass zumindest formal diese Rada nur fünf Fraktionen haben wird und Bestechungen und „politische Prostitution“, die bezeichnend für frühere Parlamente waren, ausgeschlossen sind.

Während jedoch die formale Fassade der Struktur von fünf Parteien bzw. Blöcken erhalten bleibt, wird es in der Praxis möglicherweise interne Spaltungen in den Fraktionen geben und die Abstimmungsdisziplin schwierig zu erhalten sein, insbesondere, da die Verfahren zur Mandatserhebung im Falle eines Fraktionswechsels keineswegs klar sind.

Die Verfassungsänderungen, die von Präsident Kutschma vorgeschlagen und letztlich auf ziemlich fragwürdige Weise angenommen wurden, als die Orangen Proteste im Dezember 2004 an ihrem Höhepunkt angelangt waren, schreiben vor, dass eine parlamentarische Koalition (die aus mindestens 226 Abgeordneten besteht) 30 Tage nach der ersten Sitzung des Parlamentes gebildet werden muss, wonach das Parlament einen weiteren Monat hat, um die Zusammensetzung der neuen Regierung zu entscheiden. Falls das Parlament innerhalb von 30 Tagen keine Koalition bilden kann, hat der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Diese Bestimmungen sind jedoch vage, und es ist nicht klar, wie sie in der Praxis durchgeführt werden sollen. Zum Beispiel wird weder klar definiert, wie eine Koalition aussehen noch wie sie gebildet werden soll. Vor der Wahl einigten sich die so genannten „Orangenen Kräfte“, Unsere Ukraine, der Timoschenko-Block und die Sozialisten, provisorisch darauf, eine Koalition zu bilden, und dass die dominierende Kraft unter ihnen den Premierminister stellen würde. Während wenigstens Unsere Ukraine damit rechnete, die stärkste Kraft zu werden, gaben die tatsächlichen Ergebnisse dem Block von Julia Timoschenko einen bedeutenden Vorsprung gegenüber Juschtschenkos Block und statteten sie so mit einem guten Anspruch auf das Amt der Premierministerin in jeder „Orangenen“ Koalition aus.

Koalitionspoker

Die Kräfteverteilung in der neuen Rada bedeutet, dass die zwei wahrscheinlichsten Koalitionen eine „Orangene“ (die 243 Sitze haben würde) und eine „Blau-Orangene“ aus Partei der Regionen und Unsere Ukraine (267 Sitze) sind. Das gute Abschneiden von Julia Timoschenko führte dazu, dass Beobachter die „Orangene“ Koalition als wahrscheinlichste Variante prognostizierten und die drei „orangenen“ Parteien haben diese Einschätzung mittlerweile bestätigt.

Das Haupthindernis für Verhandlungen ist jedoch zweifellos der Posten des Premierministers. Timoschenko besteht darauf, die Position wiederzuerhalten, die sie im September 2005 verloren hat, während Unsere Ukraine zu dieser Frage bestenfalls gemischte Gefühle hegt. Teile von Juschtschenkos Partei sehen ein solches Ergebnis als inakzeptabel an. Juschtschenko selbst scheint die Vergabe des Postens der Premierministerin an Timoschenko als Bedrohung für seine Autorität und Popularität anzusehen. Es gibt im Übrigen auch bedeutende ideologische Unterschiede zwischen den drei orangenen Kräften, sodass eine Koalition, die auf dieser Grundlage gebildet würde ziemlich instabil wäre. Dies zeigte sich bei den Konflikten um die Gesetze zum WTO-Beitritt genauso wie bei den gegenseitigen Korruptionsvorwürfen in der Regierung Timoschenko im letzten Jahr. Darüber hinaus würde Julia Timoschenko als Premierministerin potenziell auch Russland gegen die Ukraine aufbringen und westliche Investoren beunruhigen.

Nichtsdestotrotz wäre die beste Option für Juschtschenko vielleicht, Timoschenko Premierministerin werden zu lassen, wenn er sie zynischerweise als Rivalin neutralisieren wollte. Julia

Timoschenko wäre vielleicht gut beraten, die Position der Parlamentssprecherin anzunehmen, in der sie einige Macht hätte und ein ziemlich hohes Profil, aber weniger politische Verantwortung während der nächsten Monate, die mit einer drohenden Haushaltskrise und der Aussicht auf erneute Gasverhandlungen mit Russland wahrscheinlich ziemlich schwierig werden.

Blau-Orange Alternative?

Obwohl eine „Blau-Orangene“ Koalition zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlicher ist, könnte sie aus Sicht einiger Beobachter stabiler und disziplinierter sein, in Anbetracht der Tatsache, dass sowohl Unsere Ukraine als auch die Partei der Regionen weitgehend pragmatische Kräfte sind, die Wirtschaftsinteressen vertreten. Diese Wirtschaftsinteressen sind jedoch ziemlich heterogen. Hinzu kommt, dass Unsere Ukraine der Juniorpartner in einer solchen Koalition wäre. Darüber hinaus sind Juschtschenkos Wähler gegen eine Koalition mit einer politischen Partei, die Unsere Ukraine während der Wahlkampagne ständig als „Kriminelle“ und „Banditen“ gebrandmarkt hatte, sodass eine solche Allianz für die Zukunft von Unsere Ukraine und für Juschtschenko persönlich sehr gefährlich wäre.

Ein blau-oranges Bündnis wird von Beobachtern als Grundlage für eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland gesehen, da praktisch die gesamte russische politische Elite keinen Hehl aus ihrer Präferenz für Janukowitsch macht, den die russische Zeitung *Kommersant Wlast* jüngst „Held Russlands“ titulierte. Andererseits befinden sich die ukrainischen Wirtschaftsinteressen, die hinter der Partei der Regionen stehen, wie Rinat Achmetow und andere Geschäftsleute aus dem Osten der Ukraine in der Regel in einem Konkurrenzverhältnis zu russischen Firmen.

Auch ist zu bedenken, dass es den national-demokratischen Kräften in Unsere Ukraine (Ruch und der Kongress der Ukrainischen Nationalisten) sehr schwer fallen würde, mit der Partei der Regionen zu koalieren, was als Katalysator für eine Fragmentierung von Unsere Ukraine dienen könnte. Obwohl eine Orangene Koalition wahrscheinlich die neue Regierung der Ukraine bilden wird, deutet die Erfahrung von 2005 darauf hin, dass es schwer sein wird, eine solche Koalition zusammenzuhalten. In diesem Falle könnte die Partei der Regionen eine Chance erhalten.

Verfassungsreform als Streitpunkt

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine ist die Werchowna Rada ein instabiles Gremium mit unklaren Strukturen, was dazu geführt hat, dass praktisch alle wichtigen Entscheidungen seit 1991 das Ergebnis von schmerzlichen und unsystematischen Kompromissen gewesen sind. Die Verfassung von 1996 ist der Inbegriff eines solchen Kompromisses. Alexander Moros, der Vorsitzende der Sozialisten, hat immer für eine größere Rolle des Parlaments im politischen System plädiert, das zu mehr Rechenschaftspflicht und mehr „*checks and balances*“ im System führen würde. Leider waren die Verfassungsänderungen vom Dezember 2004 das Ergebnis eines hastigen Kompromisses, der unter außergewöhnlichen Umständen entstand.

Diese Veränderungen haben nicht zu einer klareren Definition der Gewaltenteilung geführt, die in der Verfassung von 1996 festgelegt ist. Im Gegenteil, die Veränderungen können möglicherweise Spannungen zwischen den Gewalten verschärfen, da es in vielen Fällen keine klaren Regeln und Kompetenzabgrenzungen gibt. So ist etwa das Gesetz „Über das Ministerkabinett“ lange überfällig. Gleichzeitig haben die Verfassungsänderungen scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern einer möglichen „Orangenen Koalition“ verursacht. Präsident Juschtschenko hat sich verpflichtet, mit Hilfe eines Referendums und einer Klage vor dem Verfassungsgericht die Verfassungsreform anzufechten. Alexander Moros ist hingegen ein klarer Befürworter der Reform. Julia Timoschenko ist in dieser Frage pragmatischer.

In den 1990er Jahren war der Konflikt zwischen Präsident, Regierung und Parlament typisch für die ukrainische Politik. Präsident Kutschma gelang es dann ab 1999, die Rada stärker seinen eigenen Interessen unterzuordnen. In Anbetracht der Tatsache, dass es im Parlament keine führende Kraft gibt und dass neue Verfassungsregeln verhandelt werden müssen, hängt das Regierungssystem der Ukraine immer noch von den Handlungen des jetzigen Präsidenten ab.

Übersetzung aus dem britischen Englisch: Matthias Neumann

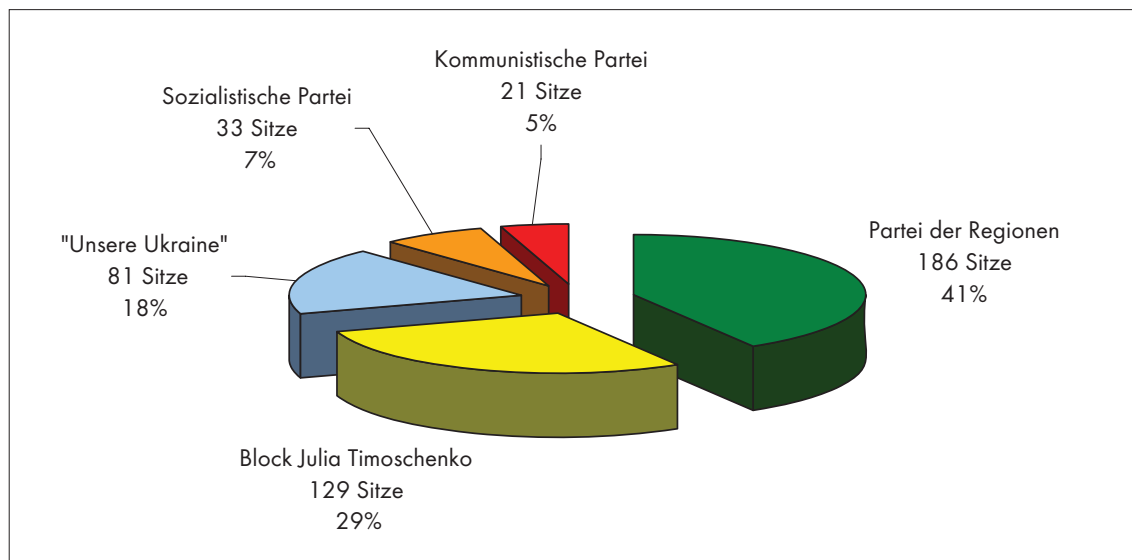
Das vorläufige amtliche Endergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006

Tabelle 1: Das Wahlergebnis

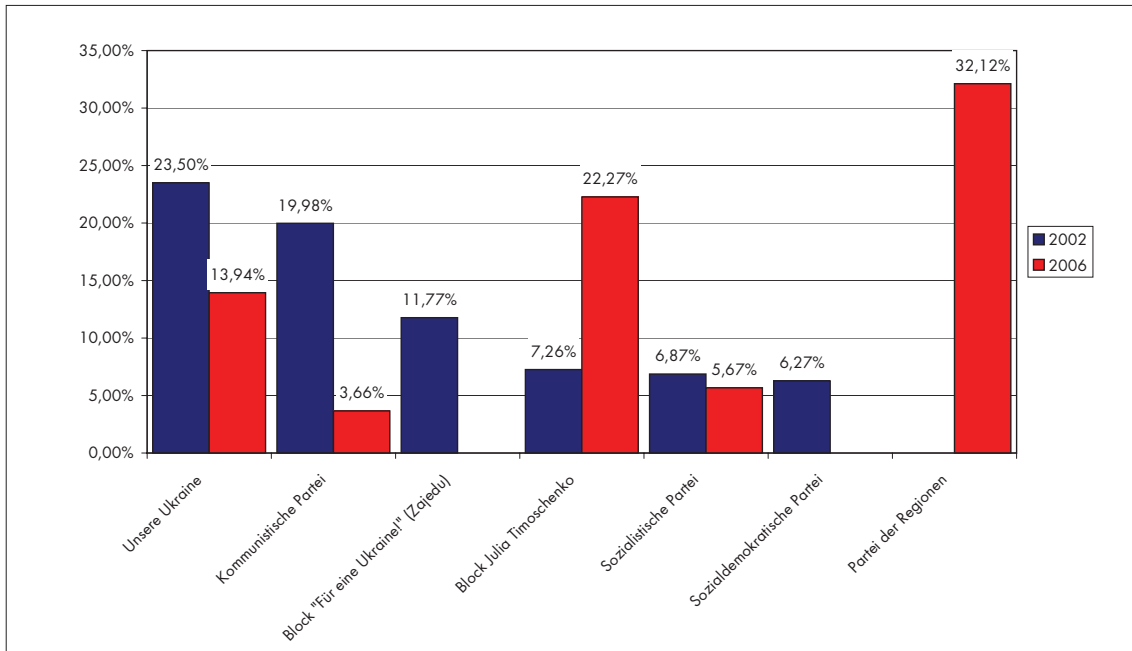
Platz	Partei	Stimmanteil	Stimmen absolut
1	Partei der Regionen	32,14%	8 148 745
2	Block Julia Timoschenko	22,29%	5 652 876
3	Wahlblock „Unsere Ukraine“	13,95%	3 539 140
4	Sozialistische Partei der Ukraine	5,69%	1 444 224
5	Kommunistische Partei der Ukraine	3,66%	929 591
6	Block Natalia Witrenko „Volksopposition“	2,93%	743 704
7	Volksblock Litwin	2,44%	619 905
	Wahlbeteiligung	67,7%	

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/vnd2006/w6p001.html>

Grafik 1: Sitzverteilung im Parlament

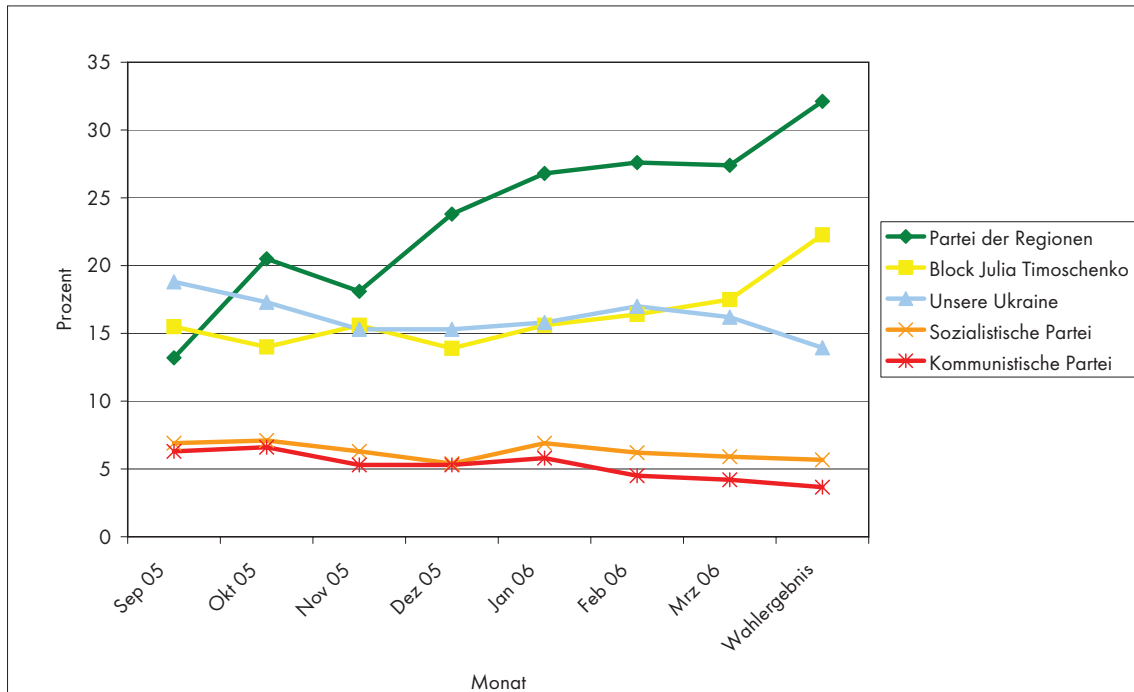


Grafik 2: Wahlergebnisse 2002 und 2006 im Vergleich



Quellen: <http://www.cvk.gov.ua/> und
http://www.forumnetukraine.org/ParlaWahlErgebnisse_31M%C3%A4rz2002.DOC

Grafik 3: Zustimmungswerte der Parteien in der Wahlkampfphase



Quelle: INSI, Kiew; <http://insi.org.ua>

Tabelle 2: Stärkste politische Kraft nach Regionen

Region	Stärkste Partei	Stimmenanteil in %
Oblast Iwano-Frankiwsk	Unsere Ukraine	45,04
Oblast Lwiw	Unsere Ukraine	37,94
Oblast Transkarpatien	Unsere Ukraine	25,77
Oblast Chmelnyzkyj	Block Julia Timoschenko	35,55
Oblast Czernowitz	Block Julia Timoschenko	30,34
Oblast Kiew	Block Julia Timoschenko	44,47
Oblast Kirowohrad	Block Julia Timoschenko	30,12
Oblast Poltawa	Block Julia Timoschenko	26,80
Oblast Riwne	Block Julia Timoschenko	31,30
Oblast Schitomyr	Block Julia Timoschenko	24,91
Oblast Sumy	Block Julia Timoschenko	33,24
Oblast Ternopil	Block Julia Timoschenko	34,49
Oblast Tscherkassy	Block Julia Timoschenko	38,23
Oblast Tschernihiw	Block Julia Timoschenko	33,84
Oblast Winnyzja	Block Julia Timoschenko	33,23
Oblast Wolhynien	Block Julia Timoschenko	43,86
Stadt Kiew	Block Julia Timoschenko	39,22
Autonome Republik Krim	Partei der Regionen	57,92
Oblast Charkiw	Partei der Regionen	51,66
Oblast Cherson	Partei der Regionen	39,14
Oblast Dnipropetrowsk	Partei der Regionen	44,95
Oblast Donezk	Partei der Regionen	73,63
Oblast Luhansk	Partei der Regionen	74,27
Oblast Mykolajiw	Partei der Regionen	50,35
Oblast Odessa	Partei der Regionen	47,48
Oblast Saporischschja	Partei der Regionen	51,23
Stadt Sewastopol	Partei der Regionen	64,25

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/>

Tabelle 3: Ergebnisse nach Regionen

	Partei der Regionen	Block Julia Timoschenko	Unsere Ukraine	Sozialistische Partei	Kommunistische Partei
Ukraine insgesamt	32,12	22,27	13,94	5,67	3,66
Charkiw	51,66	12,67	5,91	2,74	4,56
Cherson	39,14	17,43	9,73	4,81	6,75
Chmelnyzkyj	9,97	35,55	18,28	9,18	3,05
Czernowitz	12,71	30,34	27,04	4,48	1,70
Dnipropetrowsk	44,95	15,02	5,28	3,79	5,65
Donezk	73,63	2,46	1,40	3,74	3,13
Iwano-Frankiwsk	1,94	30,33	45,04	2,27	0,58
Kiew-Region	9,84	44,47	11,59	10,02	2,27
Kiew-Stadt	11,76	39,22	15,84	5,50	2,98
Kirowohrad	20,10	30,12	8,71	9,68	6,07
Krim	57,92	6,53	7,61	1,17	4,52
Luhansk	74,27	3,68	2,04	1,16	4,43
Lwiw	3,01	33,04	37,94	2,17	0,70
Mykolajiw	50,35	11,88	5,59	4,26	5,33
Odesa	47,48	9,84	6,43	6,26	3,17
Poltawa	20,37	26,80	13,16	12,72	5,43
Riwne	7,23	31,30	25,48	6,45	1,86
Saporischschja	51,23	10,89	5,32	2,91	5,33
Schitomyr	17,98	24,91	17,53	8,89	5,34
Sewastopol	64,25	4,53	2,39	0,81	4,76
Sumy	10,90	32,24	19,39	10,54	5,35
Ternopil	2,01	34,49	34,15	3,64	0,44
Transkarpatien	18,62	20,27	25,77	3,64	1,26
Tscherkassy	10,65	38,23	12,17	13,37	4,36
Tschernihiw	15,60	33,84	10,28	12,81	5,45
Wolin	4,49	43,86	20,70	4,02	2,22
Winnycja	8,13	33,23	19,95	14,63	3,43

Quelle: Peter Hilkes, forumNET.Ukraine nach Angaben der Zentralen Wahlkommission

*III. Der Erdgasstreit mit
Russland*

Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen

Die Ukraine ist stark abhängig von russischen Energielieferungen. Gleichzeitig ist die Ukraine aber das wichtigste Transitland für russische Energieexporte. Die gegenseitige Abhängigkeit hat so zu einer Pattsituation geführt und gestaltet die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schwierig. Der aktuelle Streit über den Preis russischer Gaslieferungen ist nur die jüngste Eskalation in einer konfliktreichen Beziehung.

Ukrainische Abhängigkeit

Genau wie zu Zeiten der Sowjetunion ist die Ukraine auch heute auf Energieimporte aus Russland angewiesen. Sie bezieht vor allem Erdöl und Erdgas aus Russland. Die heimische Produktion deckt hier nur 15% bzw. 25% des Bedarfs. Da alle existierenden Öl- und Gaspipelines über russisches Territorium laufen, hat die Ukraine kaum Möglichkeiten, ihre Versorgung zu diversifizieren. Lieferungen aus Zentralasien sind von der Zustimmung der russischen Pipelinebetreiber abhängig. Im Falle von Erdgas ist dies der Monopolkonzern Gazprom, im Falle von Erdöl der staatliche Betrieb Transneft. Der ukrainische Versuch, Erdöl über das Schwarze Meer an Russland vorbei zu importieren, kann als gescheitert betrachtet werden. Daran dürfte auch die im Februar 2006 erneut bestätigte polnische Unterstützung für das Projekt nichts ändern.

Trotzdem hat sich der Erdgashandel im Vergleich zum Erdöl als deutlich problematischer erwiesen. Zum einen ist Gas mit einem Anteil von fast 40% der wichtigste Primärenergieträger in der Ukraine. Zum anderen steht der Ukraine mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom ein starker Verhandlungspartner mit guten Verbindungen zur russischen Regierung gegenüber, der erheblich mehr Druck ausüben kann, als einzelne russische Ölfirmen.

Ukrainische Energieschulden

Mit dem Ende der Sowjetunion begann Russland, von der Ukraine eine „normale“ Bezahlung der Energielieferungen zu verlangen. Bereits seit 1992 muss die Ukraine in US-Dollar bezahlen. Die Preise wurden schrittweise erhöht, bis sie 1995 Weltmarktniveau erreichten. Die Ukraine kam ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach und sah sich deshalb erheblichem russischem Druck ausgesetzt. 1993 wurden Energielieferungen drastisch gekürzt, was in der Ukraine im Winter 1993/94 eine Energiekrise zur Folge hatte. Viele Industriebetriebe mussten die Produktion einstellen, öffentliche Gebäude wurden nicht beheizt, die Straßenbeleuchtung blieb abgeschaltet. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die ukrainischen Schulden für russische Energielieferungen bereits auf 600 Mio. US-Dollar. Da die Ukraine offensichtlich zahlungsunfähig war, verlangte Russland nun Anteile an ukrainischen Energiebetrieben als Kompensation. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen hat die Ukraine aber eine russische Beteiligung an der Gasindustrie in den 1990er Jahren grundsätzlich abgelehnt.

Russische Abhängigkeit

Trotz der hohen Schulden war die Ukraine russischem Druck nicht hilflos ausgeliefert. Im Gegenteil, Russland musste einsehen, dass eine Eintreibung der ausstehenden Zahlungen nur begrenzt möglich ist. Ursache hierfür sind die Pipelines für russische Exporte nach Westeuropa. Mitte der 1990er Jahre gingen 95% der russischen Erdgasexporte und über 50% der russischen Erdölexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Dies erlaubt es der Ukraine zum einen, Engpässe durch illegale Entnahmen zu entschärfen. Zum anderen kann die Ukraine erhebliche Transitgebühren verlangen. (Einen Überblick über die Transitgebühren gibt Grafik 2 auf Seite 50)

Ein erster Kompromiss

Diese Pattsituation führte Mitte der 1990er Jahre zu einem Kompromiss. Es wurde vereinbart, dass die Ukraine über die Hälfte ihrer Erdgasimporte als Transitgebühr erhalten sollte. Zusätzlich wurden die russischen Leasinggebühren für Militärbasen der Schwarzmeerflotte auf der

Krim zur Tilgung ukrainischer Gasschulden verwandt. Außerdem bemühte sich die Ukraine, Gasschulden durch Bartergeschäfte, etwa durch die Lieferung von Kampfbombern an Russland, zu begleichen. Direkte Geldzahlungen erfolgten demgegenüber anscheinend überhaupt nicht mehr. Gazprom akzeptierte dies, um seine Gasexporte nach Westeuropa nicht zu gefährden. Im Ergebnis wuchsen die ukrainischen Gasschulden weiter.

Gleichzeitig gelang der russischen Erdölindustrie über den Erwerb von Beteiligungen an ukrainischen Raffinerien Ende der 1990er Jahre der Eintritt in den ukrainischen Markt. Insbesondere Lukoil und TNK haben, neben Tatneft, seitdem ihren Anteil am Markt für Erdölprodukte kontinuierlich ausgebaut. Da die russischen Investoren gleichzeitig Lieferverpflichtungen übernahmen, wurde die Frage der Erdölimporte weiter entschärft. Die Abhängigkeit von russischen Lieferungen bleibt aber auch beim Erdöl bestehen.

Erneute Eskalation

Anfang 2000 hatte die Ukraine offiziell geliefertes Erdgas für etwa 1,4 Mrd. US-Dollar nicht bezahlt. Gazprom verlangte zusätzlich noch einmal etwa 700 Mio. US-Dollar an Zinsen, Strafen und Entschädigungszahlungen für Gasdiebstähle. Gleichzeitig exportierte Gazprom erstmalig größere Mengen Gas durch die im Herbst 1999 in Betrieb genommene Jamal-Pipeline, die unter Umgehung der Ukraine durch Belarus und Polen verläuft. Der russische Gaskonzern nahm dies zum Anlass, seinen Druck auf die Ukraine erneut zu erhöhen. Zum einen drängte er aggressiver auf eine Lösung der Schuldenfrage und eine Einstellung der Gasdiebstähle, zum anderen forcierte er Pläne zum Bau von weiteren alternativen Exportpipelines, die ukrainisches Territorium umgehen.

Gazprom gelang es so im Herbst 2002, die Ukraine zur Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Gaskonsortium zu zwingen, das die ukrainischen Gaspipelines verwalten soll. Neben Gazprom und ukrainischen Partnern wurde auch der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas in die Verhandlungen einbezogen. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden.

Der zweite Kompromiss

Fortschritte wurden hingegen bei der Schuldenfrage erreicht. Im April 2004 wurde eine Regelung verabschiedet, die der Ukraine erhebliche Zugeständnisse machte. Gazprom reduzierte seine Zahlungsforderung um 200 Millionen US-Dollar und akzeptierte für die übrigen Schulden Eurobonds, deren Auszahlung schrittweise bis 2013 erfolgen sollte. In einer zusätzlichen Vereinbarung im August 2004 wurden die fälligen Eurobondzahlungen gegen Gazproms Transitgebühren bis 2009 verrechnet. Im Ergebnis hatte die Ukraine die Schuldenfrage mit Gazprom gelöst, sollte aber dafür ab 2005 kein Gas mehr als Transitgebühr erhalten. Zusätzlich wurde der Preis für russische Erdgaslieferungen bis 2009 verbindlich und „unabänderbar“ auf 50 US-Dollar für 1.000 m³ festgeschrieben. Dies bedeutete einen erheblichen Nachlass gegenüber dem Preis für Importeure aus der EU. Dieser Nachlass wurde aber im Wesentlichen von Turkmenistan finanziert, das fast zwei Drittel der Erdgasexporte in die Ukraine lieferte.

Der aktuelle Konflikt

Im Herbst 2005, nachdem mit der Vereinbarung zum Bau der Ostsee-Erdgaspipeline die Rolle der Ukraine als Transitland geschwächt erschien, kam es erneut zum Konflikt. Gazprom verlangte eine Erhöhung des Gaspreises auf 160 US-Dollar für 1.000 m³ ab Jahresanfang 2006. Als bis Dezember keine Einigung erzielt werden konnte, erhöhte Gazprom seine Preisforderung auf 230 US-Dollar und stellte zum Jahresbeginn 2006 seine Lieferungen an die Ukraine ein. Es zeigte sich aber erneut, dass die Kontrolle über die Transitpipelines der Ukraine bei Verhandlungen einen Trumpf in die Hand gibt. Um seine Lieferverträge mit west- und mitteleuropäischen Kunden erfüllen zu können, ist Gazprom auf die Ukraine angewiesen. (Einen Überblick über die ukrainischen Transitzkapazitäten gibt Tabelle 2 auf Seite 51.) Der Rückgang des Erdgastransits zum Jahresbeginn, der auf ukrainische Entnahmen zurückzuführen war, zwang Gazprom deshalb zum Einlenken.

Auf dem Weg zu einem neuen Kompromiss

Bereits am 4. Januar 2006 erreichten Gazprom und der staatliche ukrainische Konzern Naftohaz Ukrainy eine vorläufige Einigung. Der Preis für ukrainische Erdgasimporte wurde auf 95 US-Dollar erhöht. Gleichzeitig wurde Gazprom für seine Lieferungen ein Preis von 230 US-Dollar garantiert. Die Vereinbarung ging damit zu Lasten der zentralasiatischen Lieferanten, die weiterhin einen Preis von 50 US-Dollar akzeptieren mussten. Die Lieferungen an die Ukraine sollen über die in der Schweiz registrierte Firma RosUkrEnergio abgewickelt werden. (Zu den Details der Einigung siehe den Beitrag von Roland Götz auf Seite 47–48.)

Diese schnelle Einigung wurde aber im Folgenden in Frage gestellt. Kritisiert wurde, dass der Preis (entgegen erster Aussagen der ukrainischen Seite) nur bis zur Jahresmitte 2006 festgeschrieben wurde. Der Unterschied zwischen dem hohen Kaufpreis für russisches Erdgas und dem deutlich niedrigeren Verkaufspreis in der Ukraine soll von den zentralasiatischen Lieferanten gedeckt werden, die in die Einigung nicht einbezogen wurden. Gleichzeitig wurde kritisiert, dass mit RosUkrEnergio eine Firma beteiligt wurde, gegen die in der Ukraine staatsanwaltschaftliche Ermittlungen liefen und deren Eigentümerstruktur unklar ist. (Zu RosUkrEnergio siehe das Portrait auf Seite 53–54)

Das ukrainische Parlament nahm die Einigung zum Anlass der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Gleichzeitig kam es zu weiteren Spannungen in den ukrainisch-russischen Beziehungen. (Siehe dazu den Überblick auf Seite 62–63). Die Einigung vom 4. Januar entspricht damit eher einem Waffenstillstand. Ein langfristiger tragfähiger Kompromiss muss erst noch gefunden werden.

Resümee

An der grundsätzlichen Pattsituation zwischen Gazprom und der Ukraine wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Derzeit gehen immer noch 80% der russischen Erdgasexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Selbst wenn die Ostsee-Erdgaspipeline wie geplant 2010 in Betrieb sein wird, werden bei unverändertem Lieferumfang noch zwei Drittel der russischen Exporte durch die Ukraine gehen. (Siehe Grafik 3 auf Seite 50) Wenn das Transitgeschäft der Ukraine also durch alternative Pipelines durchaus geschmälert werden kann, so wird die Ukraine doch auf absehbare Zeit das zentrale Transitland für russische Gasexporte nach Europa bleiben. Um seine Lieferverpflichtungen zu erfüllen, wird Gazprom also weiterhin auf ukrainische Transitspipelines angewiesen sein.

Die Frage ist deshalb für die nächsten Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus vor allem, ob der Gastransit durch die Ukraine wie in der Vergangenheit in Form eines "kalten Energiekrieges" erfolgt oder ob – etwa über eine Beteiligung von Gazprom an der ukrainischen Gasindustrie – kooperativere Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Die erneute Eskalation der letzten Monate hat eine konstruktive Kooperation wieder in weitere Ferne gerückt.

Roland Götz

Die wirtschaftliche Seite des Gaskonflikts¹

Der Streit mit Russland über den künftigen Gaspreis für die Ukraine, der am Jahresende 2005 eskalierte, wurde Anfang 2006 mit einem Kompromiss vorläufig beigelegt. Während die russische Gazprom von der getroffenen Vereinbarung finanziell profitiert, wurde Russlands Ansehen als verlässlicher Energielieferant beschädigt. Der Vorgang wirft weitergehende Fragen auf: Welche Strategie verfolgt Gazprom im postsowjetischen Raum? Und kann Russland auf europäische Abnehmer Druck ausüben?

Die wirtschaftlichen Folgen der Einigung vom Januar 2006

Obwohl Russlands Gazprom der Ukraine am ersten Januar 2006 den Gashahn zugekehrt hatte, konnte diese die zunächst verlangte Verfünfachung des Verrechnungspreises für russische Gaslieferungen abwehren, auch weil sich ukrainische Gasentnahmen bis in westeuropäische Gasnetze ausgewirkt hatten. Die Ukraine muss gemäß Vereinbarung vom 4. Januar 2006 nach wie vor weniger für Erdgas bezahlen als alle anderen GUS-Staaten – nur Belarus steht sich besser, musste Gazprom allerdings seine Fernpipelines übereignen. (siehe dazu Tabelle 1 auf Seite 49)

Von der bis 2010 geltenden Vereinbarung profitieren vor allem die russische Gazprom und der Gaszwischenhändler RosUkrEnergo. Gazprom hatte bislang an die Ukraine Gas in natura als Gegenleistung für die Durchleitung seiner Gasexporte geliefert, das 2005 auf dem europäischen Gasmarkt rund 4 Mrd. US-Dollar erbracht hätte. Nun wird Gazprom 2006 und in den Folgejahren nur noch rund 2 Mrd. US-Dollar Transitgebühren zu bezahlen haben. Jegliche Subventionierung der Ukraine durch Gazprom entfällt nunmehr.

Die Gasrechnung der Ukraine steigt von 1,2 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005 auf fast 5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2006 an, weil sie nun an RosUkrEnergo für zentralasiatisches und russisches Gas den Einheitspreis von 95 US-Dollar pro 1000 m³ bezahlen muss. Unter Berücksichtigung der von Gazprom an die Ukraine zu entrichtenden Transitgebühr beläuft sich die jährliche Nettobelastung der Ukraine künftig auf rund 3 Mrd. US-Dollar.

Diese um rund 2 Mrd. US-Dollar gestiegenen Importkosten (bei einem Bruttoinlandsprodukt von rund 60 Mrd. US-Dollar) werden der Ukraine erhebliche wirtschaftliche Probleme bereiten. Ihr verbliebe allerdings der Ausweg, ihre Exportpipelines an Gazprom zu übertragen und die dafür eingenommenen Mittel zur Subventionierung der Gaspreise im Inland bzw. für die Modernisierung veralteter Kraftwerke zu nutzen. Diesen Weg will man in der Ukraine – zumindest bis auf weiteres – jedoch nicht gehen.

Gazproms Strategie im GUS-Raum und deren Folgen

Die ökonomisch-politischen Grundprobleme des postsowjetischen Gas- und Energiemarkts traten in dem Konflikt mit der Ukraine einmal mehr deutlich zutage:

- Gazprom belieferte die GUS-Staaten bislang zu unterschiedlichen Sonderkonditionen, will sich nun aber von der aus Sowjetzeiten überkommenen Subventionierung der GUS-Nachbarn verabschieden. Dies wird deren veraltete und energieintensive Schwerindustrien weithin in den Ruin treiben. (siehe dazu Tabelle 4 auf Seite 52) Russlands industrielle Gaskonsumenten bleiben dagegen durch staatlich festgesetzte Niedrigpreise geschützt. Zwar kann die Verteuerung des Erdgases in den betroffenen GUS-Staaten auch eine Erhöhung der Energieeffizienz und damit eine Modernisierung der Produktion sowie der kommunalen Versorger stimulieren, beides aber wird Jahre dauern und erhebliche Investitionen erfordern. Eher ist zu erwarten, dass die billigere, aber ökologisch bedenkliche Kohle- und Schwerölverbrennung wieder an Bedeutung gewinnt bzw. die Kernkraft ausgebaut wird.
- Da Gazprom nicht nur den russischen Gasmarkt kontrolliert, sondern auch ein Monopol auf die durch Russland führenden Gaspipelines aus Zentralasien besitzt, kann es die unabhän-

¹ Eine frühere Fassung ist erschienen als SWP-Aktuell 2006/03.

gigen russischen Gasproduzenten wie auch die zentralasiatischen Anbieter (Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan) vom direkten Exportgeschäft fernhalten. Wettbewerb auf dem GUS-Gasmarkt wird auf diese Weise weitgehend verhindert.

- Der russische Staat nutzt Gazprom als Instrument seiner Industrie- und Sozialpolitik, indem er den Gaspreis auf dem Binnenmarkt reguliert. Das niedrige Preisniveau von Erdgas bewirkt in Russland dessen breiten Einsatz als industrieller Brennstoff und in der Elektrizitätserzeugung. Obwohl ökologisch vorteilhaft, hat dies wegen des fehlenden Modernisierungsdrucks auch Verschwendung zur Folge. Gazprom muss zwei Drittel seiner Gasförderung (rund 300 Mrd. m³) mit Verlust auf dem Inlandsmarkt absetzen, was seine Investitionskraft beschränkt. Die erforderliche Erschließung der gewaltigen Gasvorkommen im Norden Russlands, auf die Europa setzt, wird infolgedessen verzögert.

Diversifizierung als Instrument der Energiesicherheit

Dass der jüngste Streit mit der Ukraine um den Gaspreis – vorerst – ein rasches Ende fand, mag damit zusammenhängen, dass die russische Staatsführung an dessen raschen Ende interessiert war. Russland möchte sich schließlich 2006 im Rahmen der G-8-Präsidentschaft als respektable Energiemacht mit Weltbedeutung präsentieren. Während der Kreml mit der Gasaffäre sein Image beschädigt hat, gab Gazprom bei nüchterner Betrachtung keinen Anlass zu Zweifeln an seiner Verlässlichkeit als Lieferant. Gerade der Umstand, dass man genötigt war, die Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine schleunigst wieder rückgängig zu machen, macht deutlich, dass das Drehen am Gashahn für Russland keine wirkliche Handlungsoption darstellt. Die russische Seite kann weder die Transitländer noch die europäischen Endkunden ernstlich erpressen, weil sie auf beide elementar angewiesen ist.

Nur scheinbar eröffnen »exklusive« Pipelines, wie die durch das Schwarze Meer an die türkische Nordküste verlegte „Blue Stream“ oder die geplante Ostseepipeline vermehrte Handlungsmöglichkeiten, indem sie Transitländer aussparen. (Einen Überblick über russische Erdgasexportpipelines gibt Tabelle 2 auf Seite 51.) Die geringere Abhängigkeit von Transitstaaten wird nämlich nur gegen eine noch gesteigerte wechselseitige Abhängigkeit von Lieferanten und Abnehmern eingetauscht.

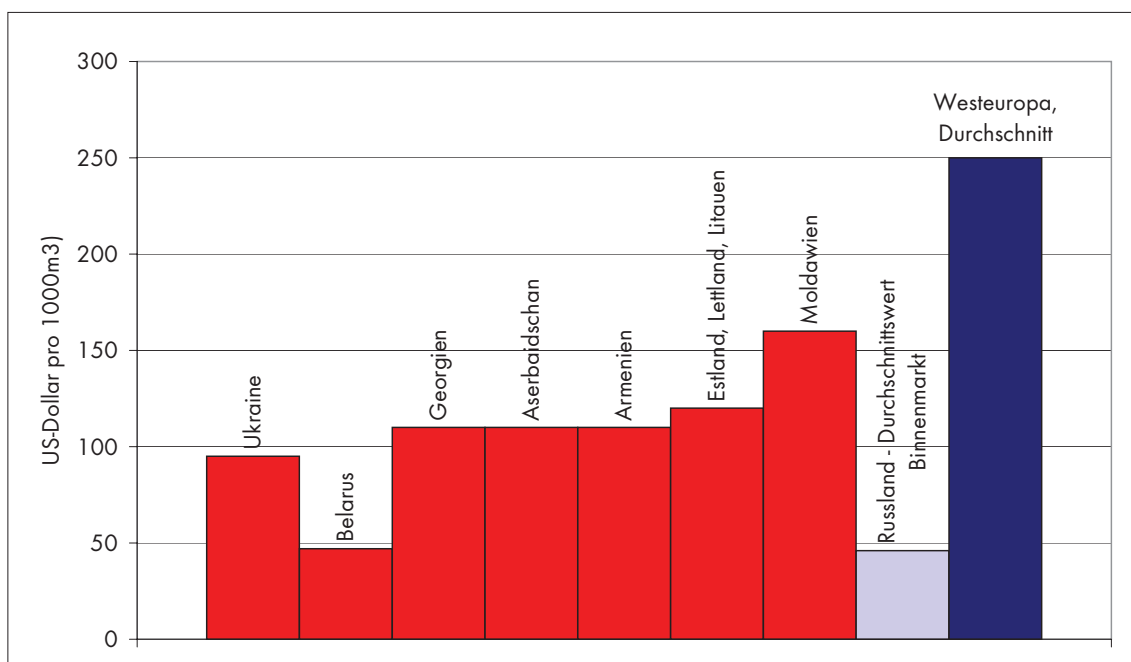
Ein hohes Maß numerischer Abhängigkeit von russischem Erdgas weisen vor allem die GUS-Staaten sowie die osteuropäischen EU-Staaten auf (siehe Tabelle 3 auf Seite 51). Demgegenüber ist die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder vergleichsweise gering. Dennoch sind die Europäer gut beraten, auf eine weitere räumliche Diversifizierung ihrer Energieversorgung zu setzen.

Diesem Zweck werden eine Reihe von neuen Pipelines aus Nordafrika sowie die von der türkischen Ostgrenze nach Südeuropa verlaufende »Nabucco«-Pipeline ebenso dienen wie die Flüssiggastechnologie. Sie wird die Gasversorgung geradezu revolutionieren und den Gasmarkt – wie schon den Erdölmarkt – zu einem Weltmarkt werden lassen. Im Zuge dieser Entwicklungen werden europäischen Gasimporten aus Russland zwar absolut weiter zunehmen, aber relativ zurückgehen, während die Anteile von Erdgas aus Afrika, dem Nahen Osten und dem Kaspischen Raum deutlich ansteigen werden.

Fazit: Perspektiven des östlichen Energiemarkts

Die Strategie von Gazprom läuft darauf hinaus, Wettbewerb auf dem postsowjetischen Gasmarkt zu begrenzen und auf den Auslandsmärkten als alleiniger Anbieter von russischem Erdgas aufzutreten. Diesem Ziel dient auch der Versuch, die Exportpipelines wieder zurück zu gewinnen, die nach dem Ende der Sowjetunion in das Eigentum der Nachfolgestaaten der UdSSR gefallen waren. Diese – aus Unternehmenssicht durchaus rationale – Strategie findet die Unterstützung des Kreml, der Gazprom als Instrument seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch als Eckpfeiler seiner Industriepolitik im Energiesektor versteht und überdies an die Schaffung einer »Gas-OPEC« denkt, die unter Führung Russlands den Gasmarkt Europas beherrscht. Ob diese Strategie allerdings im recht verstandenen Interesse Russlands ist, muss bezweifelt werden. Denn hier entsteht ein intransparenter, dem Wettbewerb nur auf Auslandsmärkten ausgesetzter Großkonzern, der aufgrund seiner halb privaten, halb staatlichen Natur weder seinen Aktionären noch staatlichen Kontrollgremien wirklich verpflichtet ist.

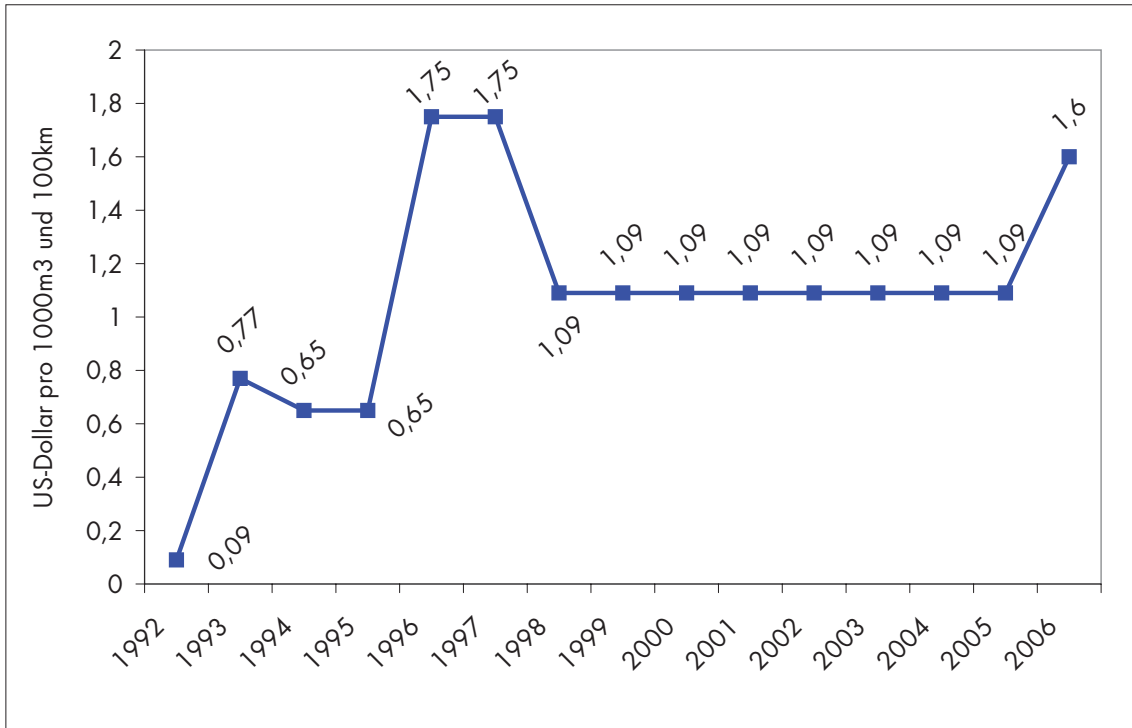
Grafik 1: Importpreise für russisches Erdgas 2006

Tabelle 1: Importpreise für russisches Erdgas 2005 und 2006 (US-Dollar pro 1000m³)

	2005	2006
Ehemalige Sowjetunion		
Ukraine	50	95
Belarus	47	47
Georgien	68	110
Aserbaidschan	60	110
Armenien	56	110
Estland, Lettland, Litauen	85–95	120–125
Moldawien	80	160
Russland		
Durchschnittswert Binnenmarkt	38	46
Fernes Ausland		
Westeuropa, Durchschnitt	174	250
Deutschland	200	k.A.
Polen	120	k.A.
Türkei	75	k.A.

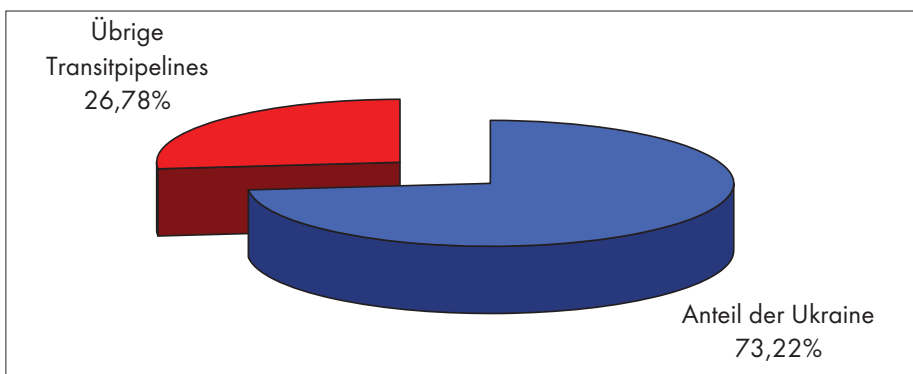
Quelle: Roland Götz, SWP-Aktuell 03/2006, www.swp-berlin.org

Grafik 2: Preise für den Erdgastransit durch die Ukraine 1992–2006
(US-Dollar pro 1000m³ und 100km)



Grafik 3: Anteil der Ukraine an Transitpipelines für russisches Erdgas

2005



2010

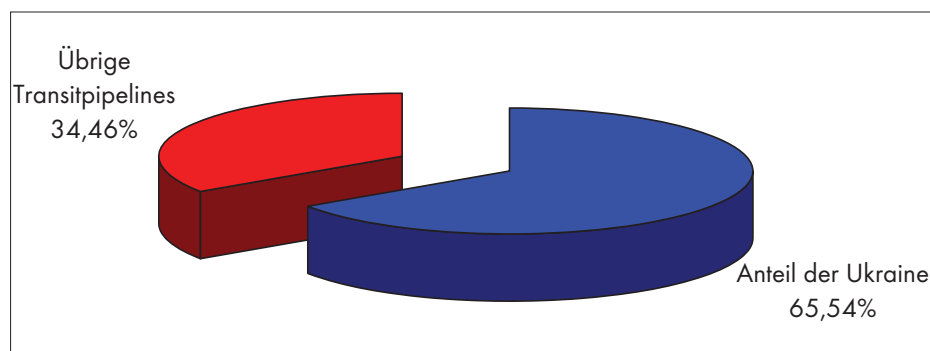


Tabelle 2: Pipelinekapazitäten für russische Erdgasexporte

Pipeline	Verlauf	Kapazität 2005	Kapazität 2010
Bruderschaft/Union (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³
Polarlicht (sowjetisches Netz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³
Transbalkan (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Balkan	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Finland Connector (sowjetisches Netz mit Erweiterung von 1999)	Russland – Finnland	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Jamal (Inbetriebnahme 1999)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28 Mrd. m ³	28 Mrd. m ³
Blue Stream (Inbetriebnahme 2002)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³
Ostsee (NEGP, voraussichtliche Inbetriebnahme 2010)	Russland – Ostsee – Deutschland	–	28 Mrd. m ³
Gesamt		239 Mrd. m³	267 Mrd. m³

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa – Eigene Zusammenstellung.

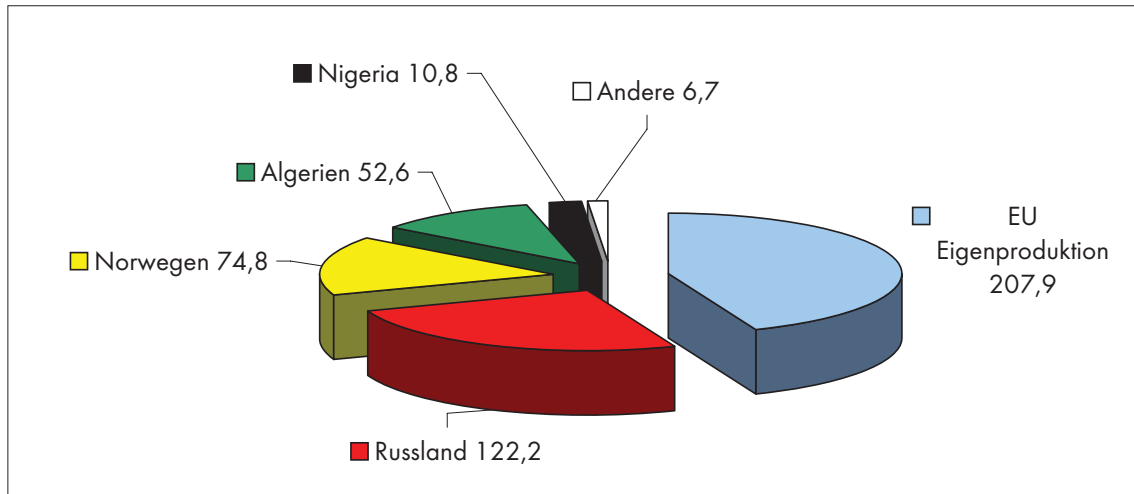
Tabelle 3: Anteil Gazproms an der europäischen Erdgasversorgung (2004)

Land	Anteil Russlands an der Erdgasversorgung
EU	
Estland, Finnland, Lettland, Litauen	100%
Slowakei	99%
Griechenland	80%
Tschechien	73%
Ungarn	72%
Österreich	55%
Polen	53%
Slowenien	50%
Deutschland	35%
Frankreich	28%
Italien	27%
Niederlande	6%
Belgien	1%
Übrige EU-Mitgliedsstaaten	0%
Durchschnitt EU-25	25%
Andere europäische Länder	
Bulgarien	100%
Türkei	60%
Rumänien	22%
Schweiz	8%

Anmerkung: Die Erdgasversorgung umfasst sowohl den Import als auch heimische Produktion. Erfasst werden nur russischen Lieferungen und nicht durch Russland gelieferte Exporte aus Zentralasien.

Quelle: Roland Götz, SWP-Aktuell 03/2006, www.swp-berlin.org

Grafik 4: Erdgasaufkommen in der EU-25 (2004)



Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2005, S. 27–28; eigene Berechnungen

Tabelle 4: Die ukrainische Energieintensität im Vergleich (pro genutzter Energieeinheit produziertes BIP (US\$ Kaufkraftparität pro kg Erdöläquivalent))

Peru	10,7
Hongkong	10,6
Uruguay	10,0
Italien	8,5
Schweiz	7,8
Großbritannien	6,2
Deutschland	6,2
Frankreich	5,8
USA	4,4
Russland	1,9
Ukraine	1,8
Kasachstan	1,8
Turkmenistan	1,4
Usbekistan	0,8

Quelle: UNDP Human Development Report 2005, S. 289–290

Julia Kusznir

RosUkrEnerg

Das Unternehmen RosUkrEnerg wurde am 22. Juli 2004 in Zug (Schweiz) gegründet. Das Unternehmenskapital von RosUkrEnerg belief sich auf 100.000 Schweizer Franken. Im Januar 2005 beschloss die Aktionäre das Unternehmenskapital auf 7.200.000 Schweizer Franken zu erhöhen.

Zu den Hauptaktionären gehört mit 50% der Aktien die in der Schweiz registrierte Arosgas Holding AG, eine 100%-ige Tochterfirma der Gazprombank. Zum Zeitpunkt der Gründung von RosUkrEnerg war der russische Erdgasmonopolist Gazprom alleiniger Eigentümer der Gazprombank. Im Dezember 2005 erwarb allerdings die Dresdner Bank ein Aktienpaket von 33,3% an der Gazprombank. Gazprom entschloss sich daraufhin den 50%-igen Anteil der Gazprombank an RosUkrEnerg in den Mutterkonzern zu integrieren.

Die restlichen 50% der Aktien an RosUkrEnerg werden von der in Österreich registrierten Centragas Holding AG gehalten. Sie ist eine Tochterfirma der Raiffeisen Banking Group, die eine Gruppe von anonymen Investoren vertritt. Unter Bezugnahme auf einen Finanzbericht von PricewaterhouseCoopers berichteten russischen Medien im April 2006, dass Centralgas Holding zu 90% dem ukrainischen Unternehmer Dmitrij Firtasch gehört, der auch an der Vorgängerfirma von RosUkrEnerg im ukrainischen Erdgasimportgeschäft, EuralTransGas, beteiligt war. Die übrigen 10% an RosUkrEnerg werden vom ukrainischen Geschäftsmann Ivan Fursin gehalten, dem Besitzer der Mistro-Bank in Odessa und Hauptaktionär der Filmstudios Odessa.

Seit Januar 2005 ist RosUkrEnerg – in der Nachfolge von Itera und EuralTransgas – verantwortlich für den Transit von Gaslieferungen aus Zentralasien durch Russland. Das Unternehmen liefert vor allem Erdgas aus Turkmenistan in die Ukraine. (siehe Tabelle rechts)

Für den Transit durch Russland hat RosUkrEnerg einen Vertrag mit Gazprom geschlossen, der bis 2028 läuft. Außerdem dient RosUkrEnerg als Zwischenhändler für den Verkauf russischen Erdgases an die ukrainische Naftohaz Ukrainy.

Bei Einnahmen von etwa 3 Mrd. US-Dollar belief sich der Unternehmensgewinn 2005 auf etwa 700 Millionen US-Dollar. Dabei soll das Unternehmen nur 12 Mitarbeiter besitzen, die

Handelsaktivitäten von RosUkrEnerg 2005

	Menge (in Mrd. m ³)	Preis (US-\$ pro 1000 m ³)
Kauf		
Turkmenistan	39,1	43
Usbekistan	4,3	43
Kasachstan	2,2	43
Russland	1,4	80–93
Verkauf		
Ukraine	37 (zuzüglich 1,5 in Gasspeichern)	50
Polen	2,3	k.A.
Slowakei	3,9	k.A.
Estland	0,2	k.A.

Vertraglich vorgesehene Handelsaktivitäten von RosUkrEnerg 2006

	Menge (in Mrd. m ³)	Preis (US-Dollar pro 1000 m ³)
Kauf		
Turkmenistan	41	65
Usbekistan	7	60
Kasachstan	8	60
Russland	17	230
Verkauf		
Ukraine	58	95
Andere europäische Länder	15	k.A.

jeweils eine Handelsvertretung in Turkmenistan und der Ukraine betreiben.

Aufgrund seiner Rolle als Zwischenhändler war RosUkrEnerg einer der Vertragspartner beim Abkommen vom 4. Januar 2006, das den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine beilegte. Im Rahmen des Abkommens und aufgrund laufender Verträge wird RosUkrEnerg sein Erdgasgeschäft im Jahre 2006 ausweiten. (siehe Tabelle links)

Für die geplanten Gaslieferungen in der Ukraine wurde nach langen Verhandlungen am 2. Februar 2006 zwischen Naftohaz Ukrainy und den Vertretern von RosUkrEnerg das joint venture UkrGazEnerg in Form einer

geschlossenen Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 1 Mio. US-Dollar gegründet. Allerdings sind die Details, wie die Preisregulierung für Erdgas, das durch RosUkrEnergo geliefert wird, bis jetzt nicht endgültig geregelt.

Nach einer ersten Absprache soll UkrGazEnergo 2006 für den ukrainischen Markt 34 Mrd. m³ Erdgas für 115 US-Dollar pro 1000 m³ liefern. UkrGazEnergo wird vor allem Industrieunternehmen in der Ukraine mit Gas versorgen. UkrGazEnergo soll an der russisch-ukrainischen Grenze das Gas von RosUkrEnergo für 95 US-Dollar pro 1000 m³ kaufen und noch zusätzlich 5 US-Dollar für den Transport von jedem 1000 m³ pro 100 Kilometer durch die Gaspipelines zu den Verbrauchern zahlen. Dabei soll das joint ventures pro 1000 m³ 15 US-Dollar Gewinn machen.

Während die ukrainische Seite forderte, die Lieferpreise für Gas von RosUkrEnergo für die nächste fünf Jahre auf der Höhe von 95 US-Dollar pro 1000 m³ festzuschreiben, erklärte sich die russische Seite dazu nur bis zum 1. Juli 2006 bereit. Gazprom erklärte, dass zurzeit keine festen Vereinbarungen mit Turkmenistan über weitere Lieferungen und Preise getroffen wurden.

Nicht nur wegen der fehlenden Zusage für stabile Erdgaspreise ist RosUkrEnergo in der Ukraine umstritten. Bereits seit Juli 2005 ermittelt die ukrainische Staatsanwaltschaft gegen EuralTransgas und RosUkrEnergo wegen Betruges beim Transit und Verkauf zentralasiatischen Erdgases in die Ukraine. Die Unternehmen sollen die ukrainische Staatskassen um 1 Mrd. US-Dollar geschädigt haben. Im Verlauf der Ermittlung wurde auch die Rolle von Naftohaz Ukrainy in diesen Geschäften untersucht.

In der ukrainischen Politik wird zusätzlich die intransparente Eigentümerstruktur von RosUkrEnergo kritisiert. Am 14. Januar 2006 haben Abgeordnete des ukrainischen Parlaments gefordert, dass die ukrainische Regierung die Zusammensetzung der Aktionäre und die Finanzen von RosUkrEnergo kläre. Das Parlament setze außerdem einen Untersuchungsausschuss ein, der die Finanzen und Personalpolitik von Naftohaz Ukrainy und die Regelung der Erdgasversorgung behandeln sollte.

Die Regierung erklärte mehrfach, dass der ukrainische Staat keine Anteile an RosUkrEnergo halte, unternahm aber keine weitergehenden Bemühungen zur Aufdeckung der Eigentümerstruktur. Das Antimonopolkomitee genehmigte so etwa das joint venture von RosUkrEnergo mit Naftohaz Ukrainy ohne das weitere Angaben über RosUkrEnergo öffentlich wurden. Der ukrainische Ministerpräsident setzte sich jedoch im Februar in einem Schreiben an seinen russischen Amtskollegen dafür ein, RosUkrEnergo aus dem bilateralen Erdgashandel auszuschließen.

Josephine Bollinger-Kanne

Liefermonopol versus Transitmonopol. Russische und ukrainische Argumentationen im Erdgasstreit

Zur Jahreswende 2005/2006 schlugen die Wellen in den Verhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation in Sachen Erdgas wieder einmal hoch. Die beteiligten Akteure aus Politik und Wirtschaft auf russischer und ukrainischer Seite traten dabei im jüngsten Konflikt im Vergleich zu vorangehenden Verhandlungsgängen mit ihren Positionen und Argumenten besonders unversöhnlich auf. Der Beitrag gibt einen Überblick über die von den beiden Seiten im Verlauf des Streits bezogenen Positionen.

Russlands Positionen im Gasstreit

Am 7. Juni 2005 hielten der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des russischen Erdgasgiganten Gazprom, Alexander Medwedjew, und Gazproms Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, Alexander Rjasanow, eine öffentliche Pressekonferenz ab über „die Entwicklung der Zusammenarbeit Gazproms mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion im Bereich der Erdgaswirtschaft“. Zentral in ihren Ausführungen und den Antworten auf die Fragen der anwesenden Journalisten war die geplante Anhebung der Gaspreise auf europäisches Niveau bis zum Jahr 2007, von der nicht nur die Ukraine betroffen ist, sondern abgesehen von Belarus sämtliche GUS-Staaten. Dies begründete Rjasanow mit steigenden Kosten für Explorationen, Investitionen ins Pipelinennetz zum Ausbau der Lieferkapazitäten und nicht zuletzt mit den in den letzten Jahren stark gestiegenen Weltmarktpreisen für Energieträger. Um den Übergang für die betroffenen Staaten zu mildern, präsentierte er ein Dreijahresprogramm zur Preiserhöhung, das eine etappenweise Preisanpassung vorsah.

Für die Ukraine ebenfalls von großer Bedeutung ist die Transitfrage. Übliche Praxis mit Transitländern des „nahen Auslandes“, also der GUS, war nach Rjasanow bis dato die Gaslieferung zu Vorteilspreisen gegen Verrechnung der Transitzkosten. So erhielt die Ukraine 2004 im Gegenzug für den Transit von immerhin 80% der russischen Erdgasexporte nach Europa Erdgaslieferungen zu einem Preis von 50 US-Dollar pro 1000 m³, wobei die Transitzgebühren mit 1,09 US-Dollar pro 1000 m³ und 100 km angesetzt wurden. Um zu einer reinen Geldbezahlung für geliefertes Erdgas überzugehen, sollten – so Rjasanow – Gazproms Lieferungen an die Ukraine heruntergefahren und durch zentralasiatisches Gas ersetzt werden. Gazprom hätte so größere Mengen für den Export zu europäischen Preisen zur Verfügung. Gleichzeitig könnten im Handel mit der Ukraine Exportzölle minimiert werden, die für zentralasiatische Erdgaslieferungen im Unterschied zu russischen Exportlieferungen nicht anfallen.

Die Preis- und Transitverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine spitzten sich zum Jahresende 2005 immer mehr zu. Gazprom wollte den Gaspreis für die Ukraine zum Jahresanfang 2006 auf 160 US-Dollar erhöhen. Am 29. November 2005 teilte Rjasanow schließlich der Presse mit, dass Gazprom im Gegenzug eine Transitzgebührenerhöhung von 1,5 bis 1,75 Dollar akzeptieren wolle und ohne Vereinbarung ab Januar kein Gas in die Ukraine liefern werde. Anschließend Treffen zwischen russischen und ukrainischen Unternehmens- und Regierungsvertretern blieben ohne durchschlagenden Erfolg.

In einem Interview mit dem Fernsehsender Russia Today am 13. Dezember 2005 bekräftigte der Vorstandsvorsitzende der Gazprom Alexej Miller offiziell die Drohung eines Lieferstopps, falls die Verhandlungen bis zum 1. Januar 2006 nicht abgeschlossen seien und brachte zum Ausdruck, dass eine etappenweise Preiserhöhung nicht annehmbar sei. Gleichzeitig zeigte er sich kompromissbereit, sofern die Ukraine bereit wäre, Russland am Erdgaspipelinennetz zu beteiligen. Einen Tag später beklagte Alexander Medwedjew in seinem Auftritt beim großen russischen Fernsehsender NTV den Zeitverlust durch die fruchtlosen Verhandlungen und setzte die bis dahin diskutierte Preisforderung von 160 auf 220–230 US-Dollar herauf, die nach seinen Worten keinen Festpreis darstellten, sondern sich nach den Gegebenheiten des Weltmarktes richteten.

Rückendeckung bekam Medwedjew von Finanzminister Alexej Kudrin, der die Preiserhöhung

für die Ukraine in diesem Umfang für gerechtfertigt hielt. In der Folgezeit trat der Minister für Industrie und Energie, Wiktor Christenko, der gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied von Gazprom ist, entschieden für die Preiserhöhung ein. Präsident Putin unterstützte die Argumente Gazproms ebenfalls in öffentlichen Stellungnahmen und verwies auf die gestiegene Zahlungsfähigkeit der Ukraine im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs.

Nachdem Gazprom seine Preisforderungen nicht durchsetzen konnte, stellte das Unternehmen in Abstimmung mit der russischen Regierung am 1. Januar 2006 die Lieferungen an die Ukraine ein, was mit Lieferrückgängen für mittel- und westeuropäische Abnehmer einherging. Dafür machte Gazprom die Ukraine verantwortlich, die sich unberechtigterweise Gas von den Transitlieferungen nach Europa abzapfte. Ministerpräsident Michail Fradkow und Industrie- und Energieminister Christenko wandten sich nachfolgend an die Europäische Union, damit diese vermittelnd tätig werde und wenn nötig auf die Ukraine einwirke. Die EU lehnte das Ansuchen jedoch ab.

Am 4. Januar 2006 kam es dann zwischen Gazprom, Naftohaz Ukrainy und RosUkrEnergo „zum Abkommen über die Regulierung der Beziehungen im Erdgasbereich“, zu der Präsident Putin Gazpromchef Miller und Minister Christenko im russischen Fernsehen beglückwünschte. Neben den Abkommen wurden sechs Ergänzungen zu geltenden Verträgen vorgenommen und am 2. Februar 2006 ein Liefervertrag unterzeichnet.

Im Ergebnis erhöht sich für die Ukraine der Lieferpreis auf 95 US-Dollar pro 1000 m³ und die Transitgebühr auf 1,6 US-Dollar pro 1000 m³ und 100 km. Lieferpreis und Transitgebühren sind dabei entsprechend der Forderung von Gazprom nun formal völlig getrennte Bereiche. Dreh- und Angelpunkt der neuen Regelungen ist die Gründung einer Gemeinschaftsfirma von Naftohaz Ukrainy und RosUkrEnergo, die den Vertrieb der von RosUkrEnergo bezogenen russischen und turkmenischen Lieferungen in der Ukraine abwickeln soll.

Obgleich mit dem Abkommen vom 4. Januar 2006 eine gewisse Beruhigung unter den streitenden Parteien eintrat, verliefen die Verhandlungen bis zur Gründung der Gemeinschaftsfirma Ukgaz-Energo mit Alexander Rjasanow als Unternehmenschef und der Unterzeichnung des Liefervertrags zwischen RosUkrEnergo und Ukgaz-Energo am 2. Februar 2006 nicht konfliktfrei. Die Gazpromführung beschuldigte die Ukraine in der zweiten Januarhälfte mehrfach nicht vereinbarter Gasentnahmen, die die Lieferungen nach Europa beeinträchtigen würden und Putin wies in einem Zeitungsinterview am 7. Februar 2006 darauf hin, dass die ukrainische Hälfte von RosUkrEnergo ein „gaunerisches Schattendasein“ führe.

Die Argumente im Gasstreit aus ukrainischer Sicht

Den Vertretern der ukrainischen Regierung und der staatlichen ukrainischen Holding Naftohaz war daran gelegen, an der alten Regelung im Erdgasgeschäft festzuhalten. Dabei beriefen sie sich auf die „Ergänzung Nr. 4 vom 9. August 2004 zum Vertrag über Liefer- und Transitbedingungen russischen Erdgases über ukrainisches Territorium für den Zeitraum von 2003 bis 2013 vom 21. Juni 2002“, in der die Preise und Transitgebühren bis 2009 festgeschrieben worden waren.

Auf dem Treffen mit Vertretern Gazproms am 6. Dezember 2005 erklärten sie dementsprechend, dass der Übergang zur Verrechnung gegen Cash und die von Gazprom verlangten Preiserhöhungen nicht rechtens seien. Darauf hielten ihnen die Gazpromvertreter entgegen, dass die „Protokolle zum zwischenstaatlichen Abkommen über Liefer- und Transitbedingungen russischen Erdgases durch ukrainisches Territorium vom 4. Oktober 2001“ hinsichtlich Festsetzung der Preise und Tarife jährlich unterschrieben werden und die Unterschrift für das Protokoll 2006 noch ausstehe. Präsident Juschtschenko versuchte nach den gescheiterten Gesprächen in einem Telefonat mit Putin eine Einigung zu erzielen. Durchschlagende Ergebnisse erzielten Juschtschenko und Putin hier nicht, einigten sich aber darauf, den Erdgashandel „nicht zu politisieren“.

Aus Anlass eines weiteren Treffens zwischen russischen und ukrainischen Regierungs- und Unternehmensvertretern am 12. Dezember 2005 im russischen Industrie- und Energieministerium in Moskau, signalisierte Juschtschenko Bereitschaft, Gaslieferungen etappenweise innerhalb einer Übergangsfrist an Marktpreise anzugleichen. Gazproms erneut erhöhte Preisforderung be-

zeichnete der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Andrej Lopuschanski als für die Ukraine nicht annehmbar.

Die von Miller und Medwedjew angebotene Verrechnung der Erdgaslieferungen gegen Anteile am ukrainischen Pipelinenetz über das ins Stocken geratene internationale Konsortium hat Brennstoff- und Energieminister Iwan Platschkow im Sinne Juschtschenkos ausgeschlagen.

Auch der ukrainische Ministerpräsident Juri Jechanurow zeigte sich nach einem erfolglosen Gespräch in Moskau unversöhnlich und forderte seine Regierung auf, alle Dokumente für eine Klage gegen die russische Seite beim Stockholmer Internationalen Schiedsgericht vorzubereiten. Kurz zuvor hatte Medwedjew seinerseits mit der Anrufung des Internationalen Stockholmer Schiedsgerichtes durch Gazprom gedroht, sollte von der Ukraine Gas entwendet werden.

Gleichzeitig schlug Minister Platschkow beim „runden Tisch“ in Kiew eine stufenweise Preiserhöhung von 80 US-Dollar pro 1000 m³ für das erste Halbjahr bzw. Vierteljahr und eine Transitgebühr von 1,75 US-Dollar pro 1000 m³ Gas und 100 km vor. Als Begründung für die Übergangsfrist führte er an, dass an der russisch-ukrainischen Grenze keine Gaszähler angebracht seien, deren Montage Zeit in Anspruch nehme. Nachdem Platschkow den Eindruck vermittelt hatte, sein Vorschlag sei von der russischen Seite akzeptiert worden, dementierte Christenko dies und bestand auf den Preisforderungen im vollen Umfang.

Dem Vorwurf Gazproms, die Ukraine hätte während des Lieferstopps unerlaubt Gas entwendet, das für westeuropäische Abnehmer bestimmt sei, hielt Naftohaz Ukrainy entgegen, dass die reduzierten Liefermengen auf den Druckabfall im Pipelinenetz zurückzuführen seien. Genau wie Russland bat auch die Ukraine die EU um Vermittlung.

Das Abkommen vom 4. Januar wertete die Regierung der Ukraine dann als Erfolg, der die Erdgasversorgung der Ukraine langfristig zu annehmbaren Preisen sichere. Das ukrainische Parlament reagierte auf diese Einschätzung hingegen mit einem Misstrauensvotum.

In einem Interview, das am 13. Januar 2006 in der Financial Times erschien, legte Juschtschenko seinen Standpunkt dar. Zum Misstrauensvotum führte er aus, dass dieses aus formalen Gründen nicht rechtskräftig sei und die Regierung folglich bis zu den Parlamentswahlen Ende März 2006 im Amt bleibe. Als wichtigstes Ergebnis des Gaskonfliktes führte er den Gaspreis von 95 US-Dollar pro 1000 m³ an der ukrainischen Grenze an. Zudem unterstrich er die Transitstärke der Ukraine und erklärte, dass das Pipelinesystem der Ukraine gehöre und dies auf Seiten der Ukraine nicht zur Disposition stünde.

Putins Erklärung, dass die Ukraine 50% an RosUkrEnergo halte, wiesen sowohl Ministerpräsident Jechanurow als auch der Leiter von Naftohaz, Alexej Iwtschenko, zurück. Auch Juschtschenko hatte bereits im oben genannten Interview betont, dass die Ukraine in keiner Weise irgendwelche Beziehungen zu RosUkrEnergo habe.

Fazit

Die Verhandlungen in Sachen Erdgas gehen nach wie vor mit einem harten Schlagabtausch weiter. Im Kreuzfeuer der Kritik steht die Zwischenhändlerfirma RosUkrEnergo. Sprach sich Premier Jechanurow in einem Brief an seinen russischen Amtskollegen Fradkow am 14. Februar 2006 dafür aus, diese Firma durch eine andere Mittlerfirma zu ersetzen, plädierte zwei Tage später der russische Energieminister Christenko für den Verbleib von RosUkrEnergo. Gleichzeitig kam es im Verlauf des Erdgasstreites zu weiteren Konflikten in den russisch-ukrainischen Beziehungen. (siehe dazu den Überblick auf Seite 62–63)

Der russisch-ukrainische Erdgasstreit von Juni 2005 bis Februar 2006

7.6.2005	Die stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, Alexander Medwedew und Alexander Rjasanow, erklären auf einer Pressekonferenz, dass die Erdgaspreise für GUS-Staaten auf europäisches Niveau angehoben werden sollen. Um den Übergang für die betroffenen Staaten zu mildern, präsentieren sie ein Dreijahresprogramm zur Preiserhöhung, das eine etappenweise Preisanpassung vorsieht
15.8.2005	Im Zusammenhang mit der Abwicklung von Erdgasimporten aus Turkmenistan 2003 ordnet die ukrainische Staatsanwaltschaft die Durchsuchung der Büros von Naftohaz Ukrainy in Kiew an, um die Beziehung zwischen Naftohaz und Zwischenhändler RosUkrEnergo zu klären. Es werden Dokumente beschlagnahmt und Mitarbeiter vernommen.
20.8.2005	Im Moskau findet die erste Verhandlungsrunde zur Neubestimmung der Erdgaspreise zwischen dem russischen Minister für Industrie und Energie, Viktor Christenko, und seinem ukrainischen Amtskollegen, Iwan Platschkow, statt. Die ukrainische Delegation stimmt einer Erhöhung der russischen Lieferpreise grundsätzlich zu und kündigt ihrerseits eine Erhöhung der Transitgebühren für russisches Erdgas an. Die Details sollen im Folgenden zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy geklärt werden.
1.9.2005	Gazprom erklärt in den Verhandlungen mit Naftohaz Ukrainy, den Erdgaspreis zum Jahresbeginn 2006 von 50 US-Dollar auf 160 US-Dollar pro 1000 m ³ erhöhen zu wollen.
30.9.2005	Der neue ukrainische Ministerpräsident, Juri Jechanurow, besucht Moskau und führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen, Michail Fradkow. Jechanurow wird auch von Präsident Putin empfangen. Zentrales Thema sind die Erdgaspreise.
3.10.2005	Die Gespräche in Moskau enden ergebnislos und werden auf Ende Oktober vertagt.
17.10.2005	Das ukrainische Parlament fordert Ministerpräsident Jechanurow auf, sich sofort persönlich um die Verhandlungen über Erdgasimporte aus Russland und Turkmenistan zu kümmern.
26.10.2005	Beim Besuch des ukrainischen Ministerpräsidenten Jechanurow erklärt der turkmenische Präsident, Saparmurat Nijasow, dass die Ukraine ihre Zahlungsmoral verbessern solle und dass die Frage der ukrainischen Gasversorgung in trilateralen Gesprächen gemeinsam mit Russland erörtert werde.
23.11.2005	Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexander Medwedew, kritisiert die Ukraine heftig. Unter anderem erklärt er, dass Naftohaz Ukrainy „darauf abziele, Gas aus den Transitpipelines zu stehlen“.
28.11.2005	Der Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Ukrainy erklärt, dass ein Vorschlag ausgearbeitet worden sei, der die Bezahlung von Erdgas im Wert von über 1 Mrd. US-Dollar durch die Lieferung ukrainischer Rüstungsgüter an Russland vorsehe.
29.11.2005	Gazprom erklärt, für den Transit durch die Ukraine „europäische Preise“ zahlen zu wollen. Dies entspräche einer Erhöhung von 1,09 auf etwa 2,5 US-Dollar pro 1000 m ³ und 100 km. Gazprom erklärt, die von der ukrainischen Seite verursachten Verzögerungen würden für 2006 die Versorgung der europäischen Abnehmer gefährden.
29.11.2005	Russland lehnt das ukrainische Angebot ab, Gaslieferungen mit Rüstungsgütern zu bezahlen. Der russische stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Sergei Ivanow erklärt, dass Bartergeschäfte der Vergangenheit angehörten.
8.12.2005	Die Präsidenten von Russland und der Ukraine, Wladimir Putin und Viktor Juschtschenko, kommen zu keiner Einigung über die Gaslieferungen und übergeben die Verhandlungen wieder an die verantwortlichen Minister.
14.12.2005	Gazprom droht mit einer Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine zum Jahresbeginn, falls bis dahin keine Einigung über die Preiserhöhung erzielt worden sei. Da die Ukraine „ihre Chance nicht genutzt habe“, soll der Preis für russische Erdgaslieferungen jetzt bei 230 US-Dollar und nicht mehr bei 160 US-Dollar liegen.

15.12.2005	Naftohaz lehnt eine Beteiligung Gazproms an den ukrainischen Transitpipelines ab. Beide Seiten drohen mit der Anrufung des Internationalen Schiedsgerichts in Stockholm, das im derzeit gültigen Vertrag als Entscheidungsinstanz vorgesehen ist.
16.12.2005	Der ukrainische Energieminister Platschkow erklärt, dass ein joint venture mit Gazprom zum Vertrieb von Erdgas in der Ukraine möglich sei. Der Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, Anatoli Kinach, bekundet Bereitschaft zur Gründung eines internationalen Konsortiums zur Verwaltung der ukrainischen Transitpipelines. Gazprom äußert sich skeptisch. Der russische Präsident Putin erklärt bei einem Treffen mit seinem belarussischen Amtskollegen, Lukaschenko, dass Belarus weiterhin russisches Erdgas für weniger als 50 US-Dollar pro 1000 m ³ erhalten wird.
19.12.2005	Der ukrainische Ministerpräsident Jurij Jechanurow trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Michail Fradkow zusammen, um über die Preise für Gaslieferungen zu verhandeln. Ergebnisse werden keine bekannt.
23.12.2005	Ein Treffen zwischen dem ukrainischen Energieminister Platschkow und dem turkmenischen Präsidenten Nijasow bleibt ebenfalls ergebnislos.
29.12.2005	Erneute Verhandlungen zwischen dem russischen und ukrainischen Energieminister, Christenko und Platschkow, bringen keinen Fortschritt. Der ukrainische Präsident Juschtschenko erklärt, dass maximal 95 US-Dollar pro 1000 m ³ akzeptabel seien.
29.12.2005	Präsident Putin kritisiert im Fernsehen die Verhandlungspartner in den Erdgas-Gesprächen und wirft ihnen vor, sie hätten eine Krisensituation geschaffen, die nicht nur den Energiesektor, sondern die gesamten Beziehungen zwischen den beiden Ländern betreffe.
30.12.2005	Der Vorstandsvorsitzende Gazproms, Alexei Miller, bestätigt, dass Lieferungen an die Ukraine zum 1.1.2006 gestoppt werden. Der Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko die Preise für zehn Tage einzufrieren, um erneut zu verhandeln, wird von Gazprom abgelehnt.
1.1.2006	Gazprom verringert die Einspeisung in die Gaspipelines durch die Ukraine nach Europa um 120 Mio. m ³ . Gazprom erklärt, die Verantwortung für etwaige Lieferausfälle bei europäischen Abnehmern läge bei der Ukraine, wenn sie illegal Gas entnehmen würde.
2.1.2006	Gazprom erklärt, die Ukraine habe innerhalb von vierundzwanzig Stunden rund 95 Mio. m ³ Erdgas aus den Transitpipelines entnommen. Die Lieferungen in einige EU-Länder gehen deutlich zurück. Polen erhält 15% der üblichen Liefermenge, die Slowakei und Ungarn 40%.
3.1.2006	Gazprom erhöht seine Einspeisung in die ukrainischen Gaspipelines, so dass die Lieferungen in die EU wieder auf das vertraglich vereinbarte Niveau erhöht werden. Sowohl die russische als auch die ukrainische Regierung bitten die EU um Vermittlung. Eine ukrainische Delegation reist zu Verhandlungen nach Moskau.
4.1.2006	Aleksej Miller, der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, und Oleksij Iwtschenko von Naftohaz Ukrainy unterzeichnen einen Vertrag über die Gaslieferungen. Darin wird RosUkrEnergio als Zwischenhändler festgelegt. Das Unternehmen soll russisches und zentralasiatisches Erdgas für 95 US-Dollar pro 1000 m ³ in die Ukraine liefern. Der russische Preis von 230 US-Dollar soll dabei durch billigere zentralasiatische Lieferungen ausgeglichen werden.
5.1.2006	Die US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice erklärt, dass das russische Verhalten im Erdgasstreit kritische Kommentare provoziere. Das russische Außenministerium antwortet, dass es sich um eine bilaterale Angelegenheit handele.
6.1.2006	Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Ukrainy, Andrei Lopuschanskij, erklärt, dass sein Unternehmen kein Gas von RosUkrEnergio, dem vorgesehenen Zwischenhändler, kaufen wird. Gazprom antwortet, dass das unterzeichnete Abkommen nicht mehr verhandelbar sei. Gazprom und Naftohaz erklären den Konflikt in einer gemeinsamen Stellungnahme für beendet.
7.1.2006	Der Kommissar der EU für Energiewirtschaft, Andris Piebalgs, fordert in Reaktion auf den Erdgasstreit, dass die EU-Mitgliedsländer Gasreserven für zwei Monate anlegen sollten.

10.1.2006	Das ukrainische Parlament erklärt der Regierung das Misstrauen, nachdem Ministerpräsident Jechanurow das Abkommen mit Gazprom verteidigt hat. Die Regierung bleibt trotzdem bis zu den Parlamentswahlen im März im Amt.
14.1.2006	In Reaktion auf eine Anfrage von Parlamentsabgeordneten des Blocks Julia Timoschenko verteidigt die ukrainische Regierung das Abkommen mit Gazprom und bezeichnet Ros-UkrEnergo als zuverlässigen Lieferanten.
18.1.2006	Im ukrainischen Parlament wird ein Gesetz vorbereitet, dass das Abkommen mit Gazprom als „Vertrag ohne rechtliche Gültigkeit und gegen die staatlichen Interessen“ bezeichnet. Naftohaz erklärt gleichzeitig, dass das Abkommen mit Gazprom nur eine Absichtserklärung sei. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Lopuschanskij erläutert, dass noch die Unterzeichnung von zehn verbindlichen Verträgen erforderlich sei.
23.1.2006	Das ukrainische Parlament richtet eine Untersuchungskommission ein, die die Finanzen und Personalpolitik von Naftohaz Ukrainy und die Regelung der Erdgasversorgung behandeln soll.
23.1.2006	Gazprom beschuldigt die Ukraine, weiterhin unberechtigt Gas aus den Transitlieferungen abzuzweigen, und so für die Lieferausfälle bei mittel- und westeuropäischen Abnehmern verantwortlich zu sein.
25.1.2006	Der ukrainische Ministerpräsident Jechanurow fordert eine Senkung des Gasverbrauchs. Die Versorgung einheimischer Gaskunden wird eingeschränkt. Die Stadtverwaltungen von Kremenschug und Luhansk rufen daraufhin den Notstand aus.
27.1.2006	Gazprom erklärt, die Ukraine habe die für Januar vorgesehenen Erdgaslieferungen bereits verbraucht. In der Ukraine werden 500 Unternehmen von der Erdgasversorgung ausgeschlossen.
30.1.2006	Während Gazprom für den zusätzlichen Verbrauch 230 US-Dollar pro 1000 m ³ fordert, erklärt Naftohaz die Abrechnung erfolge nur halbjährlich und der Zusatzverbrauch werde maximal mit 125 US-Dollar pro 1000 m ³ berechnet.
2.2.2006	UkrGazEnergo, das joint venture zwischen RosUkrEnergo und Naftohaz Ukrainy, das den Vertrieb von Erdgas aus Russland und Zentralasien in der Ukraine übernehmen soll, wird gegründet. Es konnte aber weder über die konkrete Gestaltung des joint ventures noch über die Preispolitik eine Einigung erzielt werden.
6.2.2006	Nach ukrainischen Angaben ist der Preis für Gasimporte in einem Abkommen mit Ros-UkrEnergo für fünf Jahre auf 95 US-Dollar festgeschrieben worden. Gazprom bestätigt diese Meldung nicht. Über den Stand der Verhandlungen mit den zentralasiatischen Gaslieferanten werden keine Angaben gemacht.
8.2.2006	Die ukrainische Regierung setzt eine Preisobergrenze für Erdgas fest. Bis 2010 soll Erdgas in der Ukraine für nicht mehr als 110 US-Dollar pro 1000 m ³ verkauft werden.
8.2.2006	Der russische Präsident Putin erklärt in einem Interview mit spanischen Journalisten, dass die anonymen Eigentümer von RosUkrEnergo die ukrainische Seite vertreten und dass die Ukraine bei den Verhandlungen Anfang Januar die Einbeziehung des Zwischenhändlers vorgeschlagen habe.
14.2.2006	Die ukrainische Regierung beschließt die Preise für die Nutzung der Gasspeicher und der Versorgungspipelines zu erhöhen. Auf diese Weise werden die Kosten für das joint venture UkrGazEnergo erhöht, während die Einnahmen von Naftohaz Ukrainy steigen.
16.2.2006	Ministerpräsident Juri Jechanurow erklärt, dass die Ukraine RosUkrEnergo als Zwischenhändler für die Erdgasimporte des Landes ersetzen möchte und dass er ein entsprechendes Schreiben an seinen russischen Amtskollegen Michail Fradkow geschickt habe.
16.2.2006	Der russische Minister für Industrie und Energiewirtschaft, Viktor Christenko, erklärt während eines Besuchs im vietnamesischen Hanoi, dass eine Erhöhung der Erdgasexportpreise durch Turkmenistan auch das Lieferabkommen mit der Ukraine verändern würde. Der Preis von 95 US-Dollar für die Erdgaslieferung soll nur bis Mitte 2006 vertraglich festgelegt sein.

21.2.2006	Die ukrainische Regierung weist Vorwürfe Turkmenistans zurück, dass die Ukraine mit ihren Zahlungen für turkmenische Gaslieferungen mit 189 Mio. US-Dollar im Rückstand sei. Die tatsächlichen Schulden beliefen sich nur auf 77 Mio. US-Dollar und seien im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass ukrainische Güterlieferungen im Rahmen des Barterhandels vom turkmenischen Zoll nur mit Verzögerungen abgewickelt würden. Außerdem habe Turkmenistan trotz eines verbindlichen Liefervertrages und ukrainischer Vorschusszahlungen seit Januar 2006 kein Erdgas mehr in die Ukraine geliefert.
26.2.2006	Der Gazprom-Vorstand genehmigt den Transfer des Anteils von 50% an RosUkrEnergio von der Gazprombank zu Gazprom. Der Anteil wird mit gut 2 Mio. US-Dollar bewertet.

Zusammengestellt von Julia Kusznir, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Julia Kuszniir

Streitpunkte zwischen Russland und der Ukraine

Die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim

Das Abkommen "Über den Aufenthalt der Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine" zwischen Russland und der Ukraine wurde 1997 geschlossen und sieht die Stationierung der Flotte bis 2017 vor. Um das Abkommen haben sich drei Streitpunkte entwickelt.

1. Die Nutzung von Objekten auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim: Anfang November 2005 teilte der ukrainische Außenminister Boris Tarsjuk auf einer Pressekonferenz mit, dass die Ukraine große Schwierigkeiten wegen der illegalen Nutzung von Immobilien auf der Krim durch die russische Schwarzmeerflotte habe, da trotz bilateraler Vereinbarungen mit Russland keine entsprechenden Pachtverträge mit der Schwarzmeerflotte abgeschlossen worden waren.

2. Die Preise für die Pacht dieser Objekte: Die ukrainische Seite fordert die Überprüfung der Tarife für die Stationierung der Schwarzmeerflotte. Russland zahlte für das gemietete Territorium jährlich 93 Mio. US-Dollar. Die ukrainische Regierung schlug der russischen Seite vor, den Preis an international übliche Preise anzupassen, was die Summe aus ukrainischer Sicht auf etwa 200 bis 400 Mio. US-Dollar erhöhen würde.

3. Die Bewegungen der russischen Militärtruppen auf ukrainischem Territorium, die die ukrainische Seite nicht kontrollieren kann, da für Regulierungen entsprechende bilaterale Verträge fehlen.

Der aktuelle Konflikt um die Stationierung der russischen Flotte begann bereits am 23. März 2005. An diesem Tag führte ein russisches Landungsschiff Landungsoperationen in der Nähe der Stadt Feodosja auf der Krim durch, ohne die ukrainische Seite darüber informiert zu haben. Die russische Marine verließ das Territorium nur nach Intervention des ukrainischen Grenzschutzdienstes. Dies hat heftige Proteste der ukrainischen Regierung ausgelöst. Nach sechs Tagen hat sich die russische Regierung offiziell für diesen Vorfall entschuldigt. Allerdings konnte das die Proteste nicht beruhigen. Im April 2005 gab das ukrainische Außenministerium bekannt, dass die Möglichkeit bestehe, das Flotten-Abkommen nicht über das Jahr 2017 hinaus zu verlängern und die russische Seite schon jetzt anfangen solle, Pläne für den Abzug der Flotte auszuarbeiten.

Der Konflikt verschärfte sich Mitte Januar 2006 im Zusammenhang mit den gespannten Beziehungen der beiden Länder in Folge des Erdgasstreites. Am 13. Januar drangen Vertreter der ukrainischen Staatsverwaltung auf das Territorium des Leuchtturms Jalta vor, das von der russischen Flotte gemietet wird, und besetzen dieses. Gleichzeitig teilte das ukrainische Außenministerium mit, dass sich alle Navigations- und hydrographischen Objekte an der Krim-Küste im staatlichen Besitz der Ukraine befinden und dementsprechend nicht unter russischer Kontrolle stehen könnten. Die russische Seite hingegen erklärte, die Nutzung der Objekte sei im Vertrag von 1997 eindeutig geregelt.

Einige Tage später kündigte das Ministerium an, dass die ukrainische Regierung in den folgenden Monaten die Kontrolle über alle hydrographischen Objekte, die zurzeit von der russischen Flotte genutzt werden, übernehmen würde. Für die Lösung des Problems der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte wurde Anfang Februar 2006 eine bilaterale Kommission geschaffen. Allerdings verliefen die erste Sitzungen Mitte Februar ohne Erfolg.

Bilateraler Handel

Im Herbst 2005 begann ein Handelsstreit zwischen Russland und der Ukraine, der mittlerweile etliche Produkte betrifft. Ende September 2005 hat die zwischenbehördliche Kommission für den Außenhandel der Ukraine eine Antidumping-Untersuchung gegen den Import von Holzfasersplattens aus Russland eingeleitet. Als Antwort darauf hat die russische Regierung Ende Dezember 2005 Antidumping-Zölle für fünf Arten ukrainischer Röhren für die nächsten fünf Jahre eingeführt.

Ende Januar 2006 hat die zwischenbehördliche Kommission für den Außenhandel der Ukraine eine Antidumping-Untersuchung gegen den Import von russischen Streichhölzern eingeleitet. Zur gleichen Zeit hat Russland ein Importverbot für ukrainische tierische Erzeugnisse eingeführt. Die russische Seite hat der Ukraine Verstöße gegen russische Veterinärvorschriften vorgeworfen. Im Ergebnis haben die ukrainischen Produzenten rund 60% ihres Absatzmarktes verloren, dessen Wert auf 50–60 Mio. US-Dollar monatlich geschätzt wird.

Anfang Februar 2006 begann die ukrainische Seite mit drei weiteren Antidumping-Aktionen. Sie betreffen Importe von russischem Eisenerzkonzentrat, Drahtseilen und Kugellagern. Falls die Ukraine Antidumpingzölle einführen sollte, werden russische Metallunternehmen auf dem ukrainischen Markt etwa 370 Mio. US-Dollar jährlich verlieren.

Die Meeresgrenze zwischen den beiden Ländern

Dies betrifft die Aufteilung des Azowschen und Schwarzen Meeres sowie der Kertschenskij-Meerenge. Die bilateralen Gespräche zur Regulierung der Grenze begannen Mitte der 1990er Jahre. Bis Ende 2005 wurden insgesamt 22 Verhandlungsrunden durchgeführt, wobei eine Verständigung über Fragen der Aufteilung des Azowschen und Schwarzen Meeres, der Regulierung der Fischerei und des Naturschutzes sowie der Schifffahrt in diesen Gebieten erreicht wurde.

Allerdings führten die Verhandlungen zur Festlegung der Grenze in der Kertschenskij-Meerenge zu einem Konflikt. Die Grenzfrage ist insofern von Bedeutung, als sich auf der Grenzlinie die Insel Tuzla befindet. Derzeit befindet sie sich unter ukrainischer Rechtshoheit. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in der Kertschenskij-Meerenge spitzte sich im Jahr 2003 zu, als die Administration des Gebietes Krasnodar (Russland) mit dem Bau eines Damms in Richtung der Insel Tuzla begann. Nach bilateralen Verhandlungen zwischen den Präsidenten Leonid Kutschma und Wladimir Putin wurde ein Kompromiss erreicht.

Dementsprechend stoppte die russische Seite den Bau des Damms. Zudem wurde ein Abkommen geschlossen, das die Kertschenskij-Meerenge zum gemeinsamen Binnengewässer der beiden Länder erklärt. Allerdings bleibt die Frage der Grenzenlinie weiterhin offen.

*IV. Westorientierung in der
Außenpolitik als Stabilitätsanker?*

Die Ukraine und die Europäische Union

Der Beitrag gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union (EU). Kernpunkte sind der EU-Ukraine-Aktionsplan sowie die pragmatische Kooperation in etlichen Arbeitsfeldern. Die Frage der Beitrittsperspektive der Ukraine bleibt aber weiterhin offen.

Als erster GUS-Staat unterzeichnete die Ukraine am 16. Juni 1994 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit der EU, das am 1. März 1998 in Kraft trat. Diese Vereinbarung steckte ein breites Feld für die Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Handel, Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Umwelt und Kultur ab. Um die Durchführung des Abkommens zu überwachen, wurde aus den Mitgliedern des Rats der Europäischen Union, der EU-Kommission und den Mitgliedern der ukrainischen Regierung ein Kooperationsrat gebildet, der mindestens einmal jährlich auf Ministerebene tagt. Ferner wurde aus Abgeordneten des Europäischen und des ukrainischen Parlaments ein Parlamentarischer Kooperationsausschuss geschaffen, der in Abständen zusammenkommt, die er selbst festlegt.

Am 27. Dezember 2001 stellte die Europäische Kommission ihr Strategiepapier für die Gestaltung ihrer Beziehungen zur Ukraine für die Jahre 2002 bis 2006 vor. Darin war die Unterstützung bei der institutionellen, administrativen und Rechtsreform, bei der Reform des Privatsektors und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie bei der Abfederung der sozialen Folgen der Transformation vorgesehen. Seit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 ist die Ukraine Teil der neuen Nachbarschaftspolitik der EU, die darauf zielt, wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier Ende Februar 2006 in Kiew erklärte, den „Nachbarschaftsraum zur Europäischen Union auf das Niveau der Europäischen Union selbst zu heben“.

Neue Dynamik

Juschtschenko gewann am 26. Dezember 2004 die Wiederholung der Stichwahl zur Präsidentschaft vor allem wegen seines außenpolitischen Kurses in Richtung EU-Mitgliedschaft seines Landes. Er konnte glaubhaft machen, dass er das bisherige Schwingen der ukrainischen Außenpolitik zwischen Moskau und Brüssel beenden und nicht mehr „nach Brüssel blinken und nach Moskau abbiegen« will. In seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, in den die Ukraine bereits 1995 aufgenommen worden war, betonte er zwei Tage nach seiner Vereidigung am 25. Januar 2005 in Straßburg, dass die EU-Mitgliedschaft das strategische Ziel der Ukraine sei. Am 8. März 2005 fügte er vor dem Deutschen Bundestag in Berlin hinzu, dass die Ukraine ein „unentbehrlicher Teil des vereinten Europa und der europäischen Völkerfamilie“ sei.

Der noch mit der Regierung unter Präsident Leonid Kutschma ausgehandelte EU-Ukraine-Aktionsplan (ohne Beitrittsperspektive) wurde am 21. Februar 2005 von beiden Seiten in Brüssel unterzeichnet. Er enthält 15 Reformvorschläge in einer Vielzahl von Bereichen. Die EU fordert von der Ukraine u.a. die Durchführung demokratischer Wahlen, die Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit, die Stärkung der Stabilität und Effektivität der demokratischen Institutionen und des Rechtsstaats, die Verbesserung des Investitionsklimas, den Kampf gegen Korruption, den effizienteren Umgang mit öffentlichen Geldern sowie Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen. Daneben stellt der Aktionsplan eine engere Kooperation im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit der Europäischen Union sowie Verhandlungen über eine Freihandelszone in Aussicht.

Nach der Wahl Juschtschenkos wurde der sehr allgemein formulierte Aktionsplan durch einen Zehn-Punkte-Plan zur Aufwertung der Beziehungen zur Ukraine ergänzt, der ebenfalls auf der Sitzung des EU-Ukraine-Kooperationsrats am 21. Februar 2005 in Brüssel angenommen wurde. Er enthält folgende Elemente:

- Angebot eines neuen „verstärkten Abkommens“ (upgraded agreement) nach dem Auslaufen

- des derzeitigen PKA;
- Schaffung eines hochrangigen Forums für den Energiedialog;
- Verhandlungen über ein vereinfachtes Visaregime;
- besserer Zugang der Ukraine zu Geldern der Europäischen Investitionsbank;
- Anpassung des EU-Ukraine-Aktionsplans schon 2006 im Falle substantieller Fortschritte bei dessen Implementierung.

In seiner Rede vor dem Europaparlament am 23. Februar 2005 betonte Juschtschenko in Straßburg, man habe zwar den Aktionsplan im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik unterschrieben, sehe die neue Nachbarschaftspolitik aber nicht als adäquate Basis der Beziehungen an, da sich die Ukraine als Teil Europas, nicht als deren Nachbar betrachte. Trotz anfänglicher Skepsis hofft die Juschtschenko-Führung, durch die rasche Umsetzung des Plans die eigene Gesetzgebung an EU-Standards anzupassen und somit die Ernsthaftigkeit der eigenen EU-Ambitionen zu demonstrieren.

Vorbehalte der EU

Wie beurteilen die Mitglieder der EU einen Beitritt der Ukraine? Neben Polen treten die baltischen und skandinavischen Staaten dafür ein, der Ukraine eine klare „europäische Perspektive“ im Sinne einer EU-Mitgliedschaft zu geben. Eine andere Gruppe, allen voran Frankreich und Großbritannien, hält die Diskussion über die Mitgliedschaftsambitionen der Ukraine hingegen für verfrüht. Die südeuropäischen Länder haben an der Frage der ukrainischen Mitgliedschaft keinerlei Interesse, weil Spanien und Portugal bereits jetzt die negativen Folgen der Osterweiterung zu spüren bekommen. Deutschland nimmt eine mittlere Position ein: Berlin möchte der Ukraine helfen, EU-fähig zu werden, macht dem Land aber keinerlei Versprechungen hinsichtlich einer Mitgliedschaft.

Neue ukrainische Führungsmitglieder kritisierten deshalb in persönlichen Gesprächen die EU und insbesondere den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass sie zu wenig Interesse an der Ukraine haben und dass sie ihre Ukrainepolitik nur mit vorherigem Blick nach Moskau betreiben. Außenminister Steinmeier ging am 21. März 2006 vor dem Deutsch-Russischen Forum darauf ein: „Im Dreieck EU-Russland-Ukraine müssen die drei Seiten möglichst gleich lang sein. Gestörte Beziehungen zwischen zwei dieser drei Partner destabilisieren die Region. Die Voraussetzung für regionale Stabilität ist allerdings, dass alle Seiten aufhören, in traditionellen Einflussphären und in Kategorien geopolitischer Rivalität zu denken.“

Konkrete Fortschritte

Anfang Dezember 2005 verlieh die EU der Ukraine formell den Marktwirtschaftsstatus. Damit rückt der Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) in greifbare Nähe. Sobald die Ukraine der WTO beigetreten ist, so kündigte die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner Anfang Mai in Kiew an, werde die Union mit der Ukraine über die Schaffung einer Freihandelszone verhandeln. Diese wird aber – darüber muss sich Kiew im Klaren sein – eine Zollunion der Ukraine mit Russland ausschließen.

Am 1. Mai 2005 schaffte die Ukraine die Visumpflicht für EU-Bürger ab. Inzwischen begannen die Verhandlungen über Visaerleichterungen für ukrainische Journalisten, Kunstschaffende, Unternehmer und Studenten und parallel dazu die damit von der EU inhaltlich verknüpften Verhandlungen über ein Rücknahmeabkommen für illegal aus der Ukraine in die EU Eingereiste.

Ferner verhandelt die Ukraine im Bereich der inneren Sicherheit über ihre Mitarbeit an EUROPOL und an EUROJUST, deren Aufgabe die Bekämpfung der schweren Organisierten Kriminalität ist. Die Ukraine beteiligt sich an den EU-Polizeimissionen in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien. In Kiew wird die Teilnahme der Ukraine an weiteren EU-Polizeimissionen überlegt.

Am 1. Dezember 2005 startete das zweijährige Monitoring der transnistrisch-ukrainischen Grenze durch die Europäische Union, das der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko vorgeschlagen hatte und das zwei Jahre dauern soll. An der Kontrolle der 800 km langen Grenze,

welche die EU sieben Millionen Euro kostet, sind 50 Zoll- und Grenzschutzexperten im Einsatz, die in fünf Arbeitsgruppen eingeteilt sind, von denen drei in der Ukraine und zwei in Transnistrien tätig sind. Das Monitoring wird an den drei wichtigen Eisenbahn- und Straßenübergangspunkten Kutschurgany, Dymkowo und Krasnye Okny durchgeführt. Ferner werden an anderen Teilen der Grenze mobile Überwachungsgruppen eingesetzt. Außerdem führt eine Gruppe von 15 Analytikern eine Dokumentation durch. Offiziell ist die Mission in Odessa stationiert.

Auf dem EU-Ukraine-Gipfel am 1. Dezember 2005 vereinbarten beide Seiten die Erhöhung der Sicherheit der Kernkraftwerke, die Integration der Ukraine in den Energie- und Gasmarkt, die Sicherung der Energieversorgung und des Energietransits, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Strukturreform, die Erhöhung der Sicherheitsstandards und die Verbesserung des Umweltschutzes der Kohlekraftwerke.

Als Erfolg auf dem Weg der Ukraine nach Europa verbuchte der ukrainische Außenminister Boris Tarasjuk Anfang März neben der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus' und dem Beginn der Verhandlungen über Visaerleichterungen die Ratifizierung des Abkommens über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank, das neue Kreditierungsmöglichkeiten für die Ukraine eröffnet. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die EU für die Ukraine seit 1991 eine Milliarde Euro ausgegeben hat für TACIS-Programme, humanitäre Hilfe und andere Projekte.

Perspektive

Die ablehnenden Voten bei den Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden haben die Bereitschaft der EU, neue Mitglieder aufzunehmen, gedämpft. Das ist auch verständlich, denn nur wenn sich die EU durch die Annahme der Verfassung strukturell verändert, um trotz ihrer jüngsten Erweiterung um zehn Mitglieder handlungsfähiger zu werden, kann über Neuaufnahmen erfolgversprechend nachgedacht werden.

Aufsehen erregte in der Ukraine und in Russland die Aussage des stellvertretenden Kommissionspräsidenten Günter Verheugen am 20. Februar in einem „Welt“-Interview, dass in 20 Jahren alle europäischen Länder Mitglieder der EU sein werden mit Ausnahme der Nachfolgerstaaten der Sowjetunion, die heute noch nicht in der EU sind. Das betraf auch die Ukraine.

Eine offener Position vertrat der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Elmar Brok. Ende Februar betonte er, dass bei der Entscheidung über die Aufnahme weiterer Staaten in die EU die Aufnahmefähigkeit der Union „der entscheidende Punkt“ sei. Er regte an, „etwas zwischen Nachbarschaftspolitik und Mitgliedschaft“ zu schaffen. Das könnte der „Europäische Wirtschaftsraum plus oder die Mitgliedschaft Minus sein“, erklärte er, ohne dies zu präzisieren.

Den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bildet die EU mit Norwegen und Island sowie mit der Schweiz, mit letzterer aber nur auf bilateraler Basis. Würde die Ukraine ihm beitreten, wäre das Land der EU als Wirtschaftsgemeinschaft – allerdings ohne die Zollunion und die Euro-Währung – angeschlossen. Am besten wäre wohl das bilaterale Schweizer Modell geeignet, weil die Ukraine mit einem Beitritt zum EWR administrativ und wirtschaftlich überfordert wäre. Sie bräuhete spezielle Regelungen, die Ausnahmen zulassen.

Anfang März kündigte die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik als Ratspräsidentin im Bereich der Außenpolitik an, dass die EU bereit sei, Verhandlungen über ein Abkommen über vertiefte Zusammenarbeit aufzunehmen, welches nach 2008 das PKA ersetzen würde.

Im Jahr 2008 möchte Kiew die Verhandlungen mit der EU über eine Assoziierung aufnehmen. Nach der Beendigung des dreijährigen Aktionsplans möchte Juschtschenko die Beitrittsverhandlungen mit der EU 2009 beginnen, dem letzten Jahr seiner gegenwärtigen Amtszeit. Bis dahin dürfte die EU ihre Verfassungskrise überwunden haben. Im Jahr 2015 hofft er, dass die Ukraine der EU beitreten kann. Für die designierte Regierungschefin Julia Timoschenko – so in einem Interview Ende März – wäre das eine Rückkehr nach Europa. Allerdings hat die Ukraine dazu noch keine geschlossene und langfristige zielführende Strategie formuliert.

Grafik 1: Zustimmung zum EU-Beitritt der Ukraine

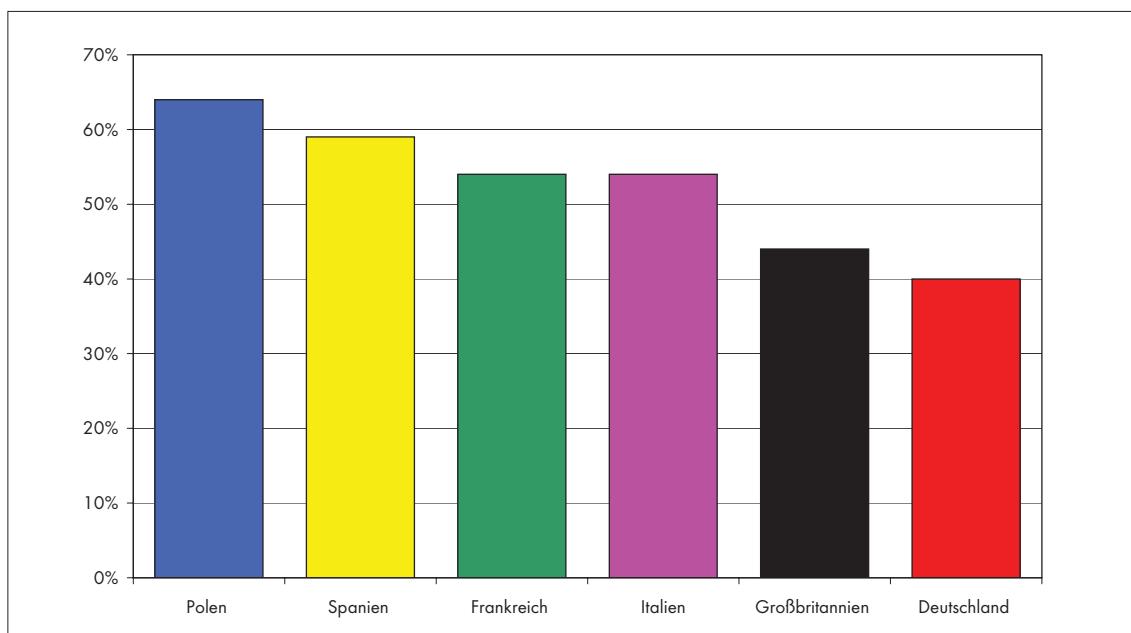


Tabelle 1: Sind sie für oder gegen einen Eintritt der aufgeführten Länder in die Europäische Union?

dafür (in %)	Frankreich	Deutschland	Italien	Polen	Spanien	Vereinigtes Königreich	Alle 6 Länder	Ukraine
Ukraine	54%	40%	54%	64%	59%	44%	51%	47%
Russland	44%	40%	53%	34%	58%	41%	45%	32%
Türkei	36%	33%	42%	44%	49%	43%	40%	23%
Marokko	38%	20%	36%	35%	31%	34%	31%	14%

Quelle: TNS-Sofres im Auftrag von Yalta European Strategy (repräsentative Umfragen vom März 2005).

Tabelle 2: Wann wird die Ukraine Ihrer Meinung nach Mitglied der Europäischen Union werden?

In (%)	Frankreich	Deutschland	Italien	Polen	Spanien	Vereinigtes Königreich	Alle 6 Länder	Ukraine
In 5 Jahren	12%	12%	18%	23%	19%	21%	17%	22%
In ungefähr 10 Jahren	39%	38%	29%	36%	30%	33%	34%	20%
Nicht vor 15 – 20 Jahren	30%	29%	11%	15%	17%	10%	20%	13%
Nie	9%	11%	8%	2%	5%	9%	8%	14%
Weiß nicht	10%	10%	34%	24%	29%	27%	21%	31%

Quelle: TNS-Sofres im Auftrag von Yalta European Strategy (repräsentative Umfragen vom März 2005).

Grafik 2: Ukrainische Handelspartner 2004

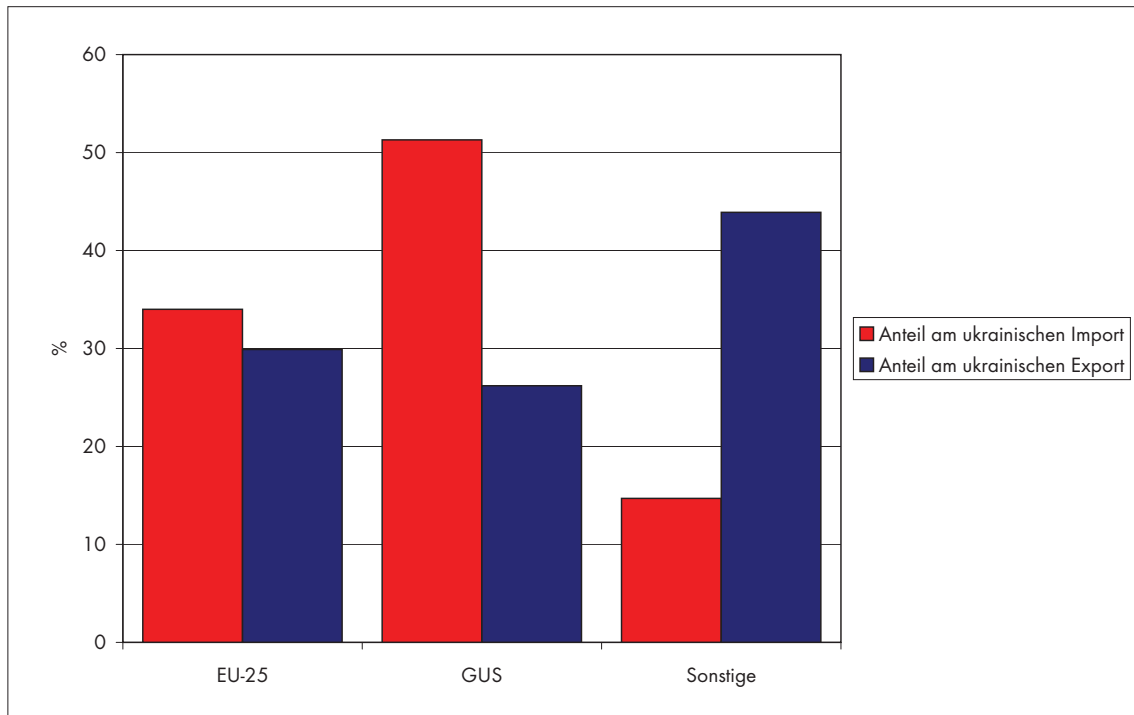


Tabelle 3: Ukrainische Handelspartner: Exporte 2004

Land	Anteil
EU gesamt	29,9%
Davon: Deutschland	5,8%
Italien	5,0%
Polen	3,0%
GUS gesamt	26,2%
Davon: Russland	18%
Türkei	5,7%
USA	4,6%
Sonstige	33,6%

Tabelle 4: Ukrainische Handelspartner: Importe 2004

Land	Anteil
EU gesamt	34,0%
Davon: Deutschland	9,4%
Polen	3,3%
Italien	2,8%
GUS gesamt	51,3%
Davon: Russland	40,7%
Turkmenistan	6,7%
Sonstige	14,7%

Tabelle 5: Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine (akkumuliert)

	1.1.2003	1.1.2004	1.1.2005	1.1.2006	1.1.2006
	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	In Mrd. US-Dollar
Deutschland	5,8%	6,6%	7,6%	33,6% ¹	5,51
Zypern	12,3%	11,7%	12,4%	9,5%	1,6
Österreich	3,9%	3,8%	4,1%	8,7%	1,4
USA	16,3%	16,1%	13,8%	8,4%	1,4
Großbritannien	9,8%	10,3%	10,7%	7,1%	1,2
Russland	5,9%	5,7%	5,5%	4,9%	0,8
Niederlande	7,2%	7,0%	6,6%	4,4%	0,7
Virgin Islands (British)	6,3%	5,7%	6,5%	4,2%	0,7
Schweiz	5,0%	4,8%	4,9%	2,7%	0,4
Polen	1,8%	2,3%	2,3%	1,4%	0,2
Ungarn	1,5%	1,9%	2,1%	1,2%	0,2
Republik Korea	3,1%	2,6%	2,1%	1,1%	0,2
Andere Länder	16,5%	17,0%	21,4%	12,8%	2,1
Gesamt	100%	100%	100%	100%	16,4

Anmerkung: ¹Die Zahlen für Deutschland enthalten den Erwerb des ukrainischen Stahlwerkes KryvorizhStal durch die Mittal Steel Germany GmbH, eine Tochterfirma der indischen Mittal Stahlholding, im Herbst 2005. Der Kaufpreis betrug 4,8 Mrd. US-Dollar.

Quelle: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Ukraine, Russland und EU-Länder im Vergleich: Zentrale Kennzahlen (2003)

	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
Produktion				
BIP in Mrd. US-Dollar	50	433	210	2.403
BIP in Mrd. US-Dollar (Kaufkraftparität)	266	1.324	435	2.291
BIP pro Kopf in US-Dollar (Kaufkraftparität)	5.491	9.230	11.379	27.756
BIP-Wachstumsrate 1990–2003, pro Jahr	- 4,7%	- 1,5%	4,2%	1,3%
Geld und Finanzen				
Staatsausgaben für Bildung (als Anteil am BIP)	5,4%	3,8%	5,0%	4,6%
Staatsausgaben für das Gesundheitswesen (als Anteil am BIP)	3,3%	3,5%	4,4%	8,6%
Ausgaben für Forschung & Entwicklung (als Anteil am BIP)	0,9%	1,0%	0,7%	2,5%
Außenwirtschaft				
Exporte (als Anteil am BIP)	53%	32%	21%	36%
Importe (als Anteil am BIP)	48%	21%	26%	32%
Ausländische Direktinvestitionen (als Anteil am BIP)	2,9%	1,8%	2,0%	k.A.
Anteil an den weltweiten Rüstungsexporten (1998–2002)	2,9%	22,4%	0,3%	5,4%
Ökologie				
Anteil am weltweiten CO ₂ -Ausstoß	1,6%	6,1%	1,3%	3,3%
Stromverbrauch pro Kopf (in Kwh)	2.293	4.181	2.511	5.963
Energieverbrauch pro BIP-Einheit (Kaufkraftparität)	0,7	0,6	0,25	0,16
Soziales				
Arbeitslosenquote	10,1%	9,0%	19,6%	9,1%
Bevölkerungsanteil mit einem Tageseinkommen von weniger als 4 US-Dollar (1996–99)	25%	53%	10%	0%
Anteil der reichsten 20% am Gesamtkonsum	38%	39%	42%	37%
Gesundheit				
Lebenserwartung	66,1	65,3	74,3	78,7
Bevölkerungsanteil mit gutem Zugang zu Medikamenten	50–79%	50–79%	80–94%	95–100%
Anteil der Tuberkulose-Kranken an der Bevölkerung	0,133%	0,157%	0,034%	0,007%

Quelle: UNDP Human Development Report 2005

Steven Pifer, F. Stephen Larrabee, Jan Neutze und Jeffrey Simon

Die Euro-atlantischen Ambitionen der Ukraine. Entwicklung einer effektiven Politikkoordination

Der Atlantic Council of the United States (Washington, D.C.) und das Rasumkow-Zentrum (Kiew) haben als Teil des politischen Nichtregierungsdialogs zwischen den USA und der Ukraine eine Arbeitsgruppe zu „Außenpolitik und nationaler Sicherheit“ gegründet. Ein Hauptthema während des Treffens der Arbeitsgruppe im November 2005 war die Politikkoordination zwischen Regierungsbehörden. Dieser Bericht fasst die Beobachtungen und Empfehlungen zusammen, die die amerikanischen Teilnehmer der Arbeitsgruppe bezüglich des ukrainischen Prozesses zur Koordination der euro-atlantischen Politik gemacht haben.

Die Integration in europäische und euro-atlantische Institutionen, d.h. in die EU und NATO, ist eindeutig das prioritäre Ziel von Präsident Juschtschenkos Außenpolitik. Juschtschenko hat seine außenpolitische Agenda schon zu Anfang seiner Amtszeit als Präsident dargelegt. Bei seiner Ansprache vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 25. Januar 2005, nur wenige Tage nach seiner Amtseinführung, machte er klar, dass er letztendlich für die Ukraine die Mitgliedschaft in der EU anstrebt. Am 21. Februar 2005 beschloss der Kooperationsrat der EU und der Ukraine einen neuen Aktionsplan EU-Ukraine. Bei einem Gipfeltreffen von NATO und Ukraine am 22. Februar 2005 unterstrich Juschtschenko, dass die Ukraine daran interessiert ist, der Allianz durch einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft (Membership Action Plan) beizutreten. Am 21. April 2005 begannen die Außenminister der NATO und der Ukraine einen „Intensivierten Dialog“ über eine Mitgliedschaft; dieser ist normalerweise der Vorläufer für einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft. Parallel dazu kündigten die NATO und die Ukraine eine Reihe von Initiativen zur Vertiefung der Kooperation im Kontext des NATO-Ukraine-Aktionsplans von 2002 an.

Der „Beitritt zu Europa“, im Sinne eines Beitritts zu NATO oder EU, ist eine außerordentlich komplexe Angelegenheit. Unabdingbar hierfür ist, dass die politische Führung des Landes einen Konsens zur euro-atlantischen Politik erzielt. Erforderlich ist weiterhin, dass es eine effektive und zusammenhängende Organisationsstruktur zur Koordinierung von Politik gibt. Wie die Erfahrung von anderen mittel- und osteuropäischen Ländern gezeigt hat, sind nicht nur das Verteidigungs- und das Außenministerium für die Integration in die EU oder NATO verantwortlich, ein Beitritt verlangt auch Koordination mit dem Wirtschafts-, Justiz-, Landwirtschafts-, Transport und Kommunikations- sowie dem Innenministerium, also praktisch mit jedem Ministerium der ukrainischen Regierung.

Die notwendige Beteiligung so vieler Ministerien stellt eine große bürokratische Herausforderung dar. Im Fall der Ukraine ist der Mangel eines angemessenen Koordinationsmechanismus eine der zentralen Schwächen, die bis jetzt deutlich geworden sind. Nach den Verfassungsänderungen, die 2006 in Kraft getreten sind, wird es wohl noch schwieriger werden, einen Konsens zur euro-atlantischen Politik zu erreichen. Diese Veränderungen werden dem Premierminister ein bedeutendes Maß an Unabhängigkeit vom Präsidenten wie auch wesentlich erweiterte Vollmachten garantieren, was zu einem System der *Kohabitation* führen und somit den Bedarf für einen effektiven Mechanismus zur Koordinierung und Integrierung der Politik erhöhen wird.

Ziele der Politikkoordination

Ein erfolgreicher Prozess zur Koordinierung zwischen den Behörden – sei es in der Ukraine, den Vereinigten Staaten oder einem westeuropäischen Land – muss mehrere Aufgaben erfüllen. Das sind insbesondere:

- Klare Kompetenzabgrenzungen. Ministerien und Behörden sollten genau wissen, welcher Teil des Koordinationssystems für ein bestimmtes Problem zuständig ist.
- Jedes Ministerium und jede Behörde mit Interesse an einem bestimmten Problem muss die Möglichkeit haben, die eigene Position vorzutragen. Wenn bürokratische Akteure in einen gemeinschaftlichen Prozess einbezogen werden, stehen die Chancen besser, dass sie poli-

tische Entscheidungen auch dann akzeptieren, wenn ihre eigenen Präferenzen nicht berücksichtigt wurden.

- Politischen Entscheidungsträgern sollten alle umsetzbaren Alternativen gleichberechtigt und ausgewogen vorgelegt werden, ohne dass die eine oder andere Empfehlung zu sehr unterstützt wird. Dies trägt dazu bei, dass politische Entscheidungsträger fundierte Entscheidungen treffen können.
- Sobald politische Entscheidungen gefällt sind, sollte das System ihre Implementierung überwachen können. Dieses Vorgehen sorgt für die notwendige Nachverfolgung und stellt sicher, dass höhere Vorgesetzte informiert werden, wenn der Zeitplan bei der Umsetzung nicht eingehalten wird.
- Lösung von Konflikten zwischen Behörden auf der unteren Ebene, um Beamte höherer Ebenen für andere Aufgaben zu entlasten. Dieses Verfahren lässt höheren Vorgesetzten die Zeit, um wichtige politische Entscheidungen zu prüfen, die auf der unteren Ebene gefällt werden, aber aufgrund ihrer Bedeutung die Bestätigung durch höhere Vorgesetzte erfordern.

Das ukrainische System

Die Mechanismen der Koordinierung der euro-atlantischen Integration haben sich weiterentwickelt seitdem Juschtschenko Präsident geworden ist. Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat ist nach der ukrainischen Verfassung das führende Gremium für die Koordination von ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Artikel 107 der Verfassung schreibt vor, dass der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten im Bereich der nationalen Sicherheit und Verteidigung Behörden der Exekutive „koordiniert und kontrolliert [überwacht]“. Artikel 107 gibt dem Sicherheits- und Verteidigungsrat nicht die Hauptverantwortung für die Koordinierung der Außenpolitik. Hierfür ist das Außenministerium verantwortlich. Mitglieder des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates sind der Premierminister, die Verteidigungs-, Innen- und Außenminister, der Direktor des Sicherheitsdienstes der Ukraine und weitere Mitglieder, die vom Präsidenten ernannt werden. Im Dezember 2005 ernannte Juschtschenko den Generalstaatsanwalt Alexander Medwedko, den Leiter des Präsidialen Sekretariates Oleg Rybatschuk und Gesundheitsminister Juri Poljatschenko zu Mitgliedern des Sicherheits- und Verteidigungsrates.

Der Sicherheits- und Verteidigungsrat untersteht dem Präsidenten, ist aber nicht Teil des Präsidialen Sekretariats. Das Sekretariat hat Berater des Präsidenten sowohl für die Außen- wie für die Verteidigungspolitik. Sie fungieren in diesen Bereichen als persönlicher Stab des Präsidenten, indem sie Analysen erstellen, Vorschläge für politische Entscheidungen machen und bei der Koordinierung von Außen-, Verteidigungs- und nationaler Sicherheitspolitik helfen.

In der Praxis erstreckt sich der Aufgabenbereich des Sicherheits- und Verteidigungsrates auch auf Bereiche, die außerhalb der traditionellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegen. Im April 2005 schätzte ein höherer Beamter des Sicherheits- und Verteidigungsrates, dass das Personal des Rates etwa die Hälfte seiner Arbeitszeit für nationale Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik aufwendet und den Rest der Zeit für innenpolitische Angelegenheiten. Zu letzteren gehörten die Verwaltungsreform, der Staatshaushalt und die Reform des Energiesektors. Obwohl dies teilweise die Präferenzen von Petro Poroschenko widerspiegelt haben mag, der von Februar bis September 2005 Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates war, hat sich der Sicherheits- und Verteidigungsrat in der Vergangenheit regelmäßig mit innenpolitischen Angelegenheiten befasst und wird dies wahrscheinlich auch unter Anatoli Kinach, dem jetzigen Sekretär (und ehemaligen Premierminister) tun.

Neben dem Sicherheits- und Verteidigungsrat hat das Regierungskomitee zur Europäischen und Euro-Atlantischen Integration die explizite Aufgabe, die euro-atlantische Integrationspolitik zu koordinieren. Dieses Gremium wurde geschaffen, um sicherzustellen, dass sich alle Teile der Exekutive mit euro-atlantischer Integration befassen, d.h., dass z.B. die Haushaltsanträge jedes Ministeriums und jeder Behörde euro-atlantische Anforderungen berücksichtigen. Das Regierungskomitee ist dem Ministerkabinett untergeordnet und soll Politik gemäß der vom Kabinett umrissenen Strategie definieren und implementieren. Der Außenminister hat den Vorsitz dieses Komitees inne, in dem auch der Verteidigungs-, Wirtschafts-, Innen-, Finanz- und Justizminister

sowie der Direktor des Staatlichen Zolldienstes einen Sitz haben.

Im Januar 2006 erwog das Ministerkabinett, dem Präsidenten den Vorschlag zu unterbreiten, eine Zwischenbehördliche Kommission Nationaler Koordinatoren zur Euro-Atlantischen Integration zu errichten. Der Vorsitzende dieses Komitees sollte ein Stellvertretender Außenminister sein, was bedeuten würde, dass es in der bürokratischen Hierarchie unter dem Regierungskomitee zur Europäischen und Euro-Atlantischen Integration rangieren würde. Dieses Gremium würde sich schwerpunktmäßig mit NATO-Ukraine-Themen beschäftigen. Eine Reihe von Arbeitsgruppen mit Mitgliedern aus verschiedenen Behörden, jeweils unter dem Vorsitz eines stellvertretenden Ministers, würde zur Bearbeitung von Schlüsselfragen zur NATO gebildet werden.

Es ist jedoch nicht klar, ob die Zwischenbehördliche Kommission der Regierungskommission direkt unterstehen würde. Bei einer Besprechung im November 2005 schlug ein höherer Beamter des Verteidigungsministeriums vor, dass die Zwischenbehördliche Kommission dem Präsidenten unterstellt werden könnte (vermutlich über den Sicherheits- und Verteidigungsrat), während die Regierungskommission dem Ministerkabinett untersteht. Andere ukrainische Beamte haben vorgeschlagen, dass die Kommission direkt dem Ministerkabinett untersteht, dabei aber nicht unbedingt dem Regierungskomitee untergeordnet wird.

Daraus kann man schließen, dass die Struktur zur Koordination der euro-atlantischen Integrationspolitik zurzeit nicht klar definiert ist. Juschtschenko hat die Verwirrung noch vergrößert, indem er Erlasse unterzeichnet hat, die dem Außenministerium wesentliche Verantwortung für Koordination (und Implementierung) der Außenpolitik zuweisen. Zum Beispiel übertrug ein Erlass vom November 2005 dem Außenministerium die Verantwortung für die Koordinierung von Maßnahmen von Behörden der Exekutive hinsichtlich der euro-atlantischen Integration. Darüber hinaus ist die rechtliche Grundlage für die Gestaltung der Außenpolitik veraltet, da das zugrunde liegende Gesetz „Über die grundlegenden Richtungen der ukrainischen Außenpolitik“ noch aus dem Jahr 1993 stammt.

In der Struktur der Exekutive hat jedoch in den letzten Monaten ein gewisser Konsolidierungsprozess stattgefunden. Juschtschenko hat die Position des Stellvertretenden Premierministers für Europäische Integration, die er im Februar 2005 geschaffen hatte, wieder abgeschafft. Dieses Amt, das zuerst von Rybatschuk (jetzt Leiter des Präsidialen Sekretariats) besetzt wurde, hatte die Verantwortung für die Überwachung des EU-Annäherungsprozesses für die gesamte Regierung, während das Außenministerium unter Boris Tarasjuk hinsichtlich der NATO die gleiche Position innehatte. Diese Unterteilung war nicht eindeutig. Das Außenministerium behielt wichtige Zuständigkeiten bei der Koordination hinsichtlich der EU.

Das Sekretariat des Kabinetts der Ministeriellen Abteilung für Europäische Integration unterstand von Februar bis September 2005 dem Stellvertretenden Premierminister Rybatschuk. Nach der Abschaffung des Amtes dieses Stellvertretenden Premierministers ist das Sekretariat jetzt dem Ministerkabinett untergeordnet. Eine weitere Konsolidierungsaktion ist der Erlass von Juschtschenko zur Abschaffung des Staatlichen Rates zur Europäischen und Euro-Atlantischen Integration der Ukraine. Dieser Rat hatte direkt dem Präsidenten unterstanden, parallel zum Sicherheits- und Verteidigungsrat, und war diesem also nicht unterstellt.

Schwächen des jetzigen Systems

Ein Vergleich des heutigen ukrainischen Systems mit den fünf Aufgaben, die oben als notwendig für ein effektives Koordinierungssystem zwischen den Behörden definiert wurden, offenbart eine Reihe von Schwächen.

Erstens definiert das ukrainische System keine klaren Verantwortungsbereiche, so dass nicht klar ist, welches Gremium für die Behandlung eines bestimmten Problems zuständig ist. Es scheint, als ob es eine Wahlmöglichkeit zwischen dem Regierungskomitee zur Europäischen und Euro-Atlantischen Integration und der Zwischenbehördlichen Kommission von Nationalen Koordinatoren zur Euro-Atlantischen Integration geben wird. Während letzteres Gremium, unter dem Vorsitz eines Stellvertretenden Außenministers, anscheinend einen niedrigeren Status als ersteres, unter dem Vorsitz des Außenministers, hat, ist es nicht klar, ob die Kommission dem

Komitee auch wirklich direkt unterstellt wird. Dieses könnte dazu führen, dass es parallele, rivalisierende Strukturen gibt. Darüber hinaus ist nicht klar, wie die Arbeit dieser behördenübergreifenden Gremien sich auf die Koordinierung der Politik auswirken werden, die dem Außenministerium zugewiesen wurde. Eine unklare Aufteilung der Verantwortlichkeiten und/oder überlappende Verantwortungsbereiche können zu Zeitverschwendung, Entscheidungslücken und sogar widersprüchlichen Entscheidungen führen.

Zweitens könnte die jetzige Struktur dem Außenministerium auch zuviel Verantwortung für die Koordinierung der Behörden geben. Es steht außer Frage, dass das Außenministerium bei der Implementierung der Außenpolitik eine führende Rolle spielen soll. Darüber hinaus ist die Verlagerung der relativen Gewichtung bei der Formulierung der Außenpolitik vom Präsidialen Sekretariat hin zum Außenministerium, die während Juschtschenkos erster Monate im Amt stattfand, ein kluger Schachzug für eine vernünftige Politikgestaltung. Es wäre aber eventuell besser, wenn ein Gremium, das etwas über dem Tagesgeschäft der Regierung steht wie der Sicherheits- und Verteidigungsrat – und nicht das Außenministerium, das auch Politik implementieren muss – die Verantwortung für die Koordinierung aller Ministerien und Behörden hätte. Es dürfte einem Ministerium, das sich für seine eigene bevorzugte Sicht der Politik einsetzt, schwer fallen, eine gleichberechtigte und ausgewogene Weitergabe aller Optionen an die politische Führung sicherzustellen.

Drittens ist nicht klar, ob die jetzige Struktur allen Ministerien und Behörden, mit Interesse an einer bestimmten Frage, die Möglichkeit gibt, ihre Ansichten dazu vorzustellen. Natürlich sind im Regierungskomitee die Chefs von Schlüsselministerien und -behörden vertreten: die Verteidigungs-, Wirtschafts-, Innen-, Finanz- und Justizminister, der Direktor der Zollbehörde und der Außenminister. Es ist aber fraglich, ob das Komitee auch die Bemühungen zur euro-atlantischen Integration anderer Ministerien koordinieren wird. Dazu gehören das Ministerium für Landwirtschaft (die Landwirtschaft wird im Kontext der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU eine große Rolle in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine spielen), das Ministerium für Brennstoffe und Energie (ein weiteres wichtiges Thema, wie der jüngste Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland mit seiner potenziellen Wirkung auf Gaslieferungen nach Westeuropa zeigt) und das Ministerium für Arbeit und Soziales (in Anbetracht der wachsenden Harmonisierung von Arbeits- und Sozialrecht in der EU). Diese und andere Ministerien müssen als ständige Beteiligte in den Koordinierungsprozess eingebunden werden, damit es keine kritischen Lücken bei den Bestrebungen der Ukraine zur euro-atlantischen Integration gibt.

Viertens bleibt es fragwürdig, ob die jetzige ukrainische Struktur sicherstellen kann, dass Politikgestalter im Falle eines Konfliktes zwischen Behörden eine ausgewogene Darstellung aller vorhandenen und durchführbaren Optionen erhalten. Der Präsident bzw. der Premierminister wird letztendlich über die Optionen entscheiden, die ihm vorgelegt werden. Viel wird vom Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates und seiner Herangehensweise abhängen: Wird er alle Optionen gleich behandeln oder werden seine Präsentationen die Wahl zugunsten seiner eigenen Präferenzen beeinflussen? Während Poroschenkos Amtszeit als Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates schien es, als ob der Rat und die Regierung einander als Rivalen und nicht als Partner bei der Gestaltung der Regierungspolitik ansahen, was den Machtkampf zwischen Poroschenko und Premierministerin Julia Timoschenko widerspiegelte. Der Sicherheits- und Verteidigungsrat lancierte einige Initiativen ohne viel Koordination. So erarbeitete und startete der Rat im Frühjahr 2005 einen Versuch, den lange schwelenden Transnistrien-Konflikt im Nachbarland Moldau zu lösen, anscheinend ohne dass das Außenministerium viel hierzu beigetragen hatte.

Fünftens fördert das ukrainische System nicht die Lösung von Konflikten zwischen Behörden auf den unteren Ebenen der Bürokratie, da die niedrigste hierfür vorgesehene Ebene die der Stellvertretenden Minister ist. Hohe Beamte des Außenministeriums haben versucht, Autorität auf die Ebene der Abteilungsleiter zu übertragen, aber andere Ministerien bestanden darauf, dass die Koordinierung auf der Ebene der Stellvertretenden Minister stattfindet. Dies bedeutet, dass das ukrainische System keine Diskussion und Vorbereitung von Politikoptionen auf einer Ebene unterhalb der Stellvertretenden Minister erlaubt. Dieses führt zu einer Situation, in der Stellvertretende Minister (und ihre Chefs) sich mit Koordinierungsaufgaben beschäftigen müssen, die auf niedrigeren Ebenen durchgeführt werden könnten und dadurch viel Zeit verlieren.

Die Verfassungsänderungen

Das ukrainische System zur Koordinierung der Behörden wird durch die Verfassungsänderungen, die am 1. Januar 2006 in Kraft traten, noch mehr unter Druck gesetzt. Diese Änderungen verschieben die Machtbalance zwischen dem Präsidenten und der Obersten Rada (Parlament) sowie zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister deutlich. In beiden Fällen wird die Autorität des Präsidenten geschwächt. Dieses Abrücken von dem Modell der Superpräsidentschaft, das sich während der Kutschma-Jahre herausbildete, wird zu mehr „*checks and balances*“ im politischen System führen.

Dies könnte sehr wohl eine positive Entwicklung für die euro-atlantische Integration sein, wie die Erfahrung der Länder Ostmitteleuropas zeigt, die kürzlich der NATO und der EU beigetreten sind, nachdem sie weitreichende demokratische und wirtschaftliche Reformen durchgeführt hatten. In den meisten Fällen war das Parlament der dominante Akteur, im Gegensatz zum Modell des starken Präsidenten, das im postsowjetischen Raum eher zu finden ist. Vor den Verfassungsänderungen des Jahres 2006 ernannte der ukrainische Präsident den Premierminister, der dann durch das Parlament bestätigt werden musste und dann alle Minister ernannte. Jetzt wird das Parlament den Premierminister wählen. Der Premierminister wird nicht nur unabhängig vom Präsidenten sein, er wird auch mehr Autorität haben. Er wird alle Minister und höheren Behördenleiter ernennen, mit Ausnahme des Außen- und Verteidigungsministeriums, der Direktoren des Sicherheitsdienstes und der ukrainischen Nationalbank, des Generalstaatsanwalts und des Sekretärs des Sicherheits- und Verteidigungsrates. Damit werden die meisten Minister vom Premierminister ernannt und daher wahrscheinlich ihm auch mehr verpflichtet sein.

Diese Art der *Kohabitation* zwischen Präsident und Premierminister wird die Koordination von Regierungsbehörden in der Ukraine noch komplexer machen. So verlangt z.B. die Verfassung, dass viele der Erlasse des Präsidenten vom Premierminister und vom zuständigen Minister gegengezeichnet werden. Dies stellte kaum ein Problem dar, als Premierminister und Minister vom Präsidenten ernannt wurden. Die Ergebnisse der Rada-Wahlen im März lassen eine *Kohabitation* jedoch wahrscheinlicher werden.

Juschtschenko wird Wege finden müssen, die Unterstützung des Premierministers für seinen politischen Kurs und die Zustimmung zu den präsidentialen Erlassen zu sichern. Wenn es keine völlige Übereinstimmung zwischen Juschtschenko und dem Premierminister über die euro-atlantische Integration gibt, könnte die neue Machtaufteilung sich als Formel für einen Stillstand entpuppen, den kein Koordinationsmechanismus überwinden könnte.

Eine klare Übereinkunft zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister in der Frage der euro-atlantischen Integration wird daher noch wichtiger für einen einheitlichen politischen Kurs in Richtung NATO und EU sein. Ein Schlüsselement, um eine solche Übereinkunft zu realisieren, ist eine effektive Koordinationsstruktur zwischen Präsident und Premierminister wie auch zwischen den verschiedenen Ministerien und Behörden.

Resümee

Der „Beitritt zu Europa“ erfordert eine gemeinsame Vision von Präsident und Premierminister hinsichtlich der Probleme der euro-atlantischen Integration. Es ist auch notwendig, dass sie im Parlament von einer Koalition unterstützt werden, die diese Vision teilt und über eine funktionsfähige Mehrheit verfügt, um die nötigen Gesetze zu verabschieden. Der „Beitritt zu Europa“ wird auch die Unterstützung eines wachsenden Teils der ukrainischen Bevölkerung benötigen. Weder die EU noch die NATO wird letztendlich einen Beitritt der Ukraine erwägen ohne den Beweis, dass eine Mitgliedschaft von einem beträchtlichen Teil des ukrainischen Volkes unterstützt wird. Die Erfahrung der ostmitteleuropäischen Staaten ist hierbei eine Mahnung, die nicht außer Acht gelassen werden sollte. In allen diesen Staaten herrschte ein parlamentarischer und nationaler Konsens über die strategischen Ziele eines Beitrittes zu NATO und der EU. Dieser Konsens muss in der Ukraine erst noch entstehen.

Wenn eine gemeinsame Vision für eine euro-atlantische Integration geschmiedet, diese Vision dann in die erforderlichen unzähligen politischen Entscheidungen umgesetzt und diese Entschei-

dungen dann effektiv implementiert werden sollen, dann ist eine klar definierte, robuste und mit ausreichenden Vollmachten versehene Struktur zur Koordinierung der Arbeit der Regierungsbehörden notwendig.

Ohne eine Reform des Prozesses der Politikkoordination wird sich der „Beitritt zu Europa“ für die Ukraine als langsamerer, beschwerlicherer und schmerzlicherer Prozess herausstellen als eigentlich nötig wäre, selbst wenn der Präsident und der Premierminister hinsichtlich der euroatlantischen Integration nach der Regierungsbildung einer Meinung sind.

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: Matthias Neumann

Jan Zofka

Tödliche Wirtschaftsblockade oder transparente Zollregelung? Die neue Zollverordnung der Ukraine und der Transnistrien- Konflikt

Die von den ukrainischen Behörden seit dem 3. März 2006 angewendeten Zollbestimmungen haben eine neue Zuspitzung des seit dem Zerfall der Sowjetunion schwelenden Konflikts zwischen der (ehemaligen Sowjet-)Republik Moldova und dem de facto unabhängigen Landesteil, der selbsternannten „Transnistrischen Moldau Republik“ (Pridnjestrovskaja Moldovskaja Respublika – PMR), ausgelöst. In Übereinstimmung mit einem Abkommen mit der Republik Moldova vom Herbst 2005 lassen die ukrainischen Zöllner an der transnistrischen Grenze nur noch Waren passieren, die vom moldavischen Zoll abgefertigt worden sind. Die Regierung der PMR, deren Gebiet nur einen schmalen Streifen entlang des Dnjestr zwischen der ukrainischen Grenze und Rest-Moldova umfasst, reagierte daraufhin ihrerseits mit einer Blockade ukrainischer Güter und drohte mit einer Suspendierung der internationalen Gespräche für eine friedliche Beilegung des Konflikts. Die Ukraine, die Republik Moldova und die OSZE sehen in der Regelung, die in ähnlicher Form bereits von Sommer 2003 bis Sommer 2004 in Kraft gewesen war, dagegen eine Normalisierung und Verrechtlichung der moldavisch-ukrainischen Grenzbeziehungen. Die Außenpolitik Kiews unter der westlich orientierten „orangenen“ Führung macht damit weitere Schritte in Richtung EU und stellt sich erstmals mit Moldova gegen die von Russland unterstützte PMR. Diese eindeutige Positionierung im Widerstreit zwischen den Vorgaben der „internationalen Gemeinschaft“ (hier vertreten durch die OSZE und die EU) einer normierten Staatlichkeit und systematisch kontrollierter Grenzen einerseits sowie den Realitäten post-sowjetischer „failing borders“ andererseits begünstigt zunächst eine Verschärfung des Konflikts, könnte aber, dadurch dass Breschen in die scheinbar so geschlossenen PMR-Eliten geschlagen werden, neue Anknüpfungspunkte für eine dauerhafte Regelung der Frage nach dem Status Transnistriens ergeben.

Nicht nur die Regierung der PMR und die von ihr mobilisierten Demonstranten an der Grenze, sondern auch die sowjetnostalgische, panslawistisch oder sogar großrussisch-nationalistisch gestimmte Opposition in der Ukraine (und in der Russischen Föderation) sind sich sicher: Der Westen und Moldova wollen mit der neuen Zollregelung die junge Republik „wirtschaftlich ersticken“ und das „transnistrische Volk“ „aushungern“. Zusammen mit der drastischen Maßnahme der PMR-Führung in Tiraspol, im Gegenzug die Einfuhren aus der Ukraine zu blockieren, bedeuten Handels- und Lieferungsausfall für die vom Außenhandel abhängige Wirtschaft ohne Zweifel einen schweren Schlag. Die Ukraine und Moldova können jedoch kein Problem erkennen und sehen in der Neuregelung eine längst vereinbarte Formalie und eine transparentere Gestaltung ihrer Grenzbeziehungen, die der Eindämmung des Schmuggels diene. Sie verweisen darauf, dass die Regelung nur eine Neuauflage der Verfahrensweise sei, die die Transnistrier 2003/2004 auch schon akzeptiert hatten. Die Tiraspoler Regierung beruft sich dagegen auf das hauptsächlich aus Absichtserklärungen bestehende „Moskauer Memorandum“ von 1997, das der PMR das Recht auf eine eigenständige außenwirtschaftliche Tätigkeit zusichere.

Die wirtschaftliche Bedeutung der „Blockade“

Die Behörden der PMR beziffern den Schaden der Blockade nach 6 Wochen auf über 102 Millionen US-Dollar. 2,8 Millionen Dollar am Tag verliere die PMR, rechnet die Wirtschaftsministerin Elena Tschernenko vor. Von der für März geplanten Industrieproduktion im Wert von 44 Millionen Dollar wurden nur gute 35% realisiert. Sind solche Zahlen im internationalen Vergleich nicht unbedingt atemberaubend, bedeuten sie für die ca. 600 000 Einwohner kleine Minirepublik, deren Zentralbankstatistik für 2004 ein Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet 400 Millionen Dollar ausweist, jedoch einen mehr als spürbaren Verlust.

Die wirtschaftliche Struktur in der Region am Dnjestr ist seit den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg geprägt von großen Industriebetrieben, die die Sowjetführung in gezielten Industrialisierungskampagnen dort angesiedelt hat. 10 dieser Großbetriebe haben nach Angaben der

Wirtschaftsministerin die Arbeit eingestellt, weitere 20 arbeiteten schon Mitte März nur noch auf 3-Tage-Wochen und nur diejenigen mit großen Lagerkapazitäten laufen noch auf vollen Touren.

Dabei hatte sich die transnistrische Wirtschaft nach der schweren Krise im Zusammenhang mit dem Zerfall des sowjetischen Wirtschaftsgeflechts erst in den letzten Jahren nach der russischen Währungskrise etwas erholt. Die neue wirtschaftspolitische Strategie der PMR-Führung, die sich ideologisch pro-sowjetisch und staatswirtschaftlich orientiert gibt, erzielte mit Privatisierungen, Joint Ventures und einer verstärkten Förderung von Investitionen auch aus „dem Westen“ einige punktuelle Erfolge auf dem Exportsektor. Die für Investoren sicherlich abschreckenden unsicheren politischen Verhältnisse werden durch ein extrem niedriges Lohnniveau von unter 70 US-Dollar im Monat aufgewogen. Der Großteil der Bevölkerung hat an den Fortschritten (besser gesagt, Gewinnen), die die PMR-Eliten mit ihrem Privatisierungskurs erwirtschaften, keinen Anteil, an den negativen Folgen der derzeitigen Eskalation allerdings schon. Die niedrigen Löhne werden bei längerem Andauern der Unterbrechung des Güterflusses gar nicht mehr ausbezahlt werden. Einige populistische Maßnahmen, wie die Senkung der Preise für kommunale Dienste, die die Wirtschaftsministerin angekündigt hatte, werden das nicht auffangen können.

Zudem gefährdet vor allem auch die Blockade ukrainischer Waren durch die transnistrischen Zollbehörden die Versorgung der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung der Produktion. Die durch eine deutlich negative Handelsbilanz belastete Republik ist nicht nur abhängig von den Einkommen aus ihren Exporten (v.a. Metallurgie), sondern auch vom Import von Konsumgütern, Rohstoffen und Maschinen.

Die reaktive Blockade der transnistrische Führung richtet auch bei der Ukraine und der Republik Moldova Schaden an – selbst Güter aus Rumänien und Moldova mit Bestimmungsziel Ukraine müssen über Tiraspol. Die Versuche eine Infrastruktur aufzubauen, die eine Umgehung der langgezogenen Republik links des Dnjestr möglich macht, stecken bisher noch in Kinderschuhen.

Ob für die missliche Lage tatsächlich die neue Zollverordnung der Ukraine verantwortlich ist, bleibt eine politische Frage. Einige der transnistrischen Unternehmer sind nach Chisinau gereist und verhandeln mit der Regierung der Republik Moldova. Eine umstrittene Anzahl von PMR-Unternehmen ist bereits bei den moldavischen Behörden registriert. Die PMR-Führung übt dagegen Druck auf die Unternehmern aus, keine Registrierung in Chisinau vorzunehmen.

Nachdem in den ersten Tagen der Blockade sich tatsächlich Lastwagen und Züge an den ukrainischen Grenzübergängen stauten, ist derzeit unklar, ob nicht informelle Lösungen zwischen einzelnen Unternehmern und Chisinauer Behörden die reale Situation jenseits der lautstarken Anschuldigungen aus Tiraspol deutlich entdramatisieren könnten.

Machtkonsolidierung in der PMR

Während sich in der engen politischen und wirtschaftlichen Verbundenheit Transnistriens mit Russland die langjährige Zugehörigkeit zu ein und demselben Staat weiterhin widerspiegelt, hatte sich die sozioökonomische Struktur der Region links des Dnjestr und des Rests der moldavischen Sowjetrepublik bereits in den Jahrzehnten vor dem Ende der Sowjetunion auseinanderentwickelt. Während das ehemalige Bessarabien bis auf einige wenige Zentren wie Chisinau weitgehend agrarisch geprägt blieb, betrieb die Moskauer Führung im heutigen Transnistrien eine forcierte Industrialisierungspolitik. Die entstehenden Großbetriebe unterstanden nicht der Republikführung in Chisinau, sondern den Moskauer Ministerien. Sowohl die Masse der Arbeits- als auch nicht zuletzt die Führungskräfte kamen aus allen Teilen der Sowjetunion. Da die Eliten sowjettypisch die Positionen in Partei, Verwaltung und Fabriken munter tauschten, bildeten sie informelle Beziehungen heraus, die ihnen zu dem Zeitpunkt, als Unabhängigkeitsbestrebungen in der Moldawischen Sowjetrepublik sichtbar wurden, die Eigenständigkeit gaben, diesen Prozess nicht nachzuvollziehen. So stellten sich die späteren Staatsgründer der PMR auf den Standpunkt, der Austritt aus der Sowjetunion durch die moldavische Führung sei nicht rechtens und die Separatisten stünden auf der anderen Seite des Dnjestr.

Wahlsiege der pro-rumänischen moldawischen Volksfront, gegenüber dem Russischen wenig tolerante Sprachgesetze und die darauf gründende Angst der russischsprachigen Bevölkerung

vor einem Statusverlust in einem Großrumänien, gaben der Elite ein starkes Mobilisierungsinstrument an die Hand. Die Bedeutung der Sprachpolitik als Auslöser und Anlass von Mobilisierungen haben viele Forscher und Beobachter dazu verleitet, den Konflikt als „ethnisch“ zu kodieren, inzwischen haben sich jedoch Deutungen, die die Interessen der transnistrischen Eliten ihren Besitz und ihre Privilegien zu verteidigen, betonen in den Vordergrund geschoben.

Faktisch existiert jedenfalls nicht nur die PMR seit 15 Jahren, sondern haben sich auch ihre Eliten konsolidiert. Trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung hat es das autoritäre Regime um Präsident Igor Smirnov bisher geschafft, die nötige Zustimmung zu organisieren. Zum einen wird Opposition nur in dem Maße zugelassen, soweit sie nicht den Dogmen der Eigenstaatlichkeit und der Russlandorientierung widerspricht. Zum anderen hat die Staatsführung hart daran gearbeitet, die Verunsicherung der städtischen Bevölkerungsschichten, die im Zuge des Zusammenbruches des Realsozialismus von Statusverlust, Zerfall des Industriearbeitermilieus und wirtschaftlichem Abstieg bedroht waren, durch eine aktive Identitätspolitik in eine Akzeptanz des Staates PMR und seiner Regierung umzumünzen. Mit den Nationalhelden Lenin, Smirnov und dem Napoleon-Gegner und „Befreier Transnistriens“ General Suvorov, Hammer und Sichel im Staatswappen und einer Mythisierung des Kurzkrieges gegen die Republik Moldova 1992 wurde eine transnistrische Identität geschaffen. Untrennbar verbunden ist diese mit einer Russlandorientierung, die der Eigenstaatlichkeit zwar irgendwie widerspricht, aber als Basis für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft im Sinne einer Wiederkehr des mächtigen Imperiums (egal ob Zarenreich oder Sowjetunion) für die Führung der verarmten Minirepublik unverzichtbar ist.

In diesem Kontext der Machtkonsolidierung unter prekären Verhältnissen sind auch die aktuellen Mobilisierungen gegen die Blockade zu sehen. Hier treffen sich die „Internationale Jugendkooperation Durchbruch“ („Proryv“), die an die Kreml-nahen Jugendorganisationen in Russland erinnert, der transnistrische Ableger der Zhirinovskij-Partei LDPR oder die „Jugendvereinigung Che Guevara“ mit Veteranenverbänden und der Frauenunion zum „Piket“ an der Grenze oder zur Demonstration in Tiraspol.

Als die Sowjetunion zerfiel, war Transnistrien noch die stärkste Wirtschaftsregion der Sowjetrepublik und somit für Chisinau kein leicht verschmerzbarer Verlust: Auf 12% der Fläche der MSSR produzierten 15% der Bevölkerung ein Drittel der Industrieerzeugnisse, 40% des Brutto sozialproduktes und 90% der Energie. Mit dem Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft haben sich die Vorzeichen verändert – mit einer maroden und großteils stillgelegten Industrie und einem noch aus den Zeiten der Sowjetunion herrührenden hohen Anteil an Rentnerinnen und Rentner hat das „Museum des Kommunismus“ deutlich an wirtschaftlicher Attraktivität verloren.

Vielmehr haben für die Republik Moldova, abgesehen von einigen exportfähigen Großbetrieben, Fragen der staatlichen Integrität Vorrang. Gerade die Aspirationen in Richtung EU machen es für Chisinau unabdingbar, eine Klärung herbeizuführen und die PMR in ihr Staatsgebiet zu reintegrieren. Ein EU-Beitritt Moldaviens, der allerdings im Moment nicht zur Debatte steht, würde wiederum den „Vertretern des transnistrischen Volkes“ eine Kompromisslösung in der Statusfrage schmackhafter machen als das unter den gegebenen Umständen der Fall ist.

Die Position der „internationalen Gemeinschaft“

So spielt nicht nur Russland mit seinen Friedenstruppen und den Verbindungen zur PMR, sondern ebenso die EU eine Rolle als äußere Macht mit Einfluss auf den Konflikt. Im Rahmen des Ukraine-EU-Aktionsplan 2005 drängte die europäische Staatengemeinschaft auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Kiew auf dem Gebiet der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“. Ein gemeinsames Vorgehen zur Lösung des Transnistrienkonflikts wird von Experten seit der Orangen Revolution angemahnt. Auf Anfrage aus Kiew und Chisinau führt die EU seit vergangendem Oktober eine „border assistance mission“, in deren Rahmen der Grenzverkehr an dem umstrittenen Abschnitt von 50 Experten observiert wird.

Die EU-Organe begrüßten in zahlreichen Erklärungen uneingeschränkt die Vorgehensweise der Ukraine, sehen darin eine geeignete Maßnahme, um den illegalen Warentransfer aus Transnis-

trien zu unterbinden, und sprechen von einer Steigerung der „Transparenz“ der Grenzregulation. Dieselbe Sicht vertritt die seit 1993 arbeitende OSZE-Mission in Moldova.

Die Interessen der EU sind klar: mit dem Beitritt Rumäniens wird die Republik Moldova zum direkten Nachbarn. Ein Nachbar dessen offizielles Staatsgebiet einen für die „internationale Gemeinschaft“ wenig kontrollierbaren Warenumschnlagplatz, ungesicherte Grenzabschnitte und russische Truppen beherbergt, ist für die EU nicht zu akzeptieren. Deshalb wird der Druck auf die Konfliktparteien verstärkt.

Die ukrainische Transnistrien-Politik: Schritte in Richtung EU

Bei der ukrainischen Führung stößt die „internationale Gemeinschaft“ mit ihren Konzepten derzeit auf offene Ohren. Versuchte sich Kiew im vergangenen Jahr noch mit dem von beiden Seiten wenigstens nicht rundherum abgelehnten Juschtschenko-Plan eher als Schlichter im Transnistrienkonflikt zu profilieren, drückt sich in der neuen Abfertigungsregelung eine eindeutige Positionierung auf der Seite von EU/OSZE und Moldova aus. Die PMR reagierte darauf mit der Androhung einer Suspendierung der internationalen Verhandlungen und mit einer verbalen Aberkennung des Vermittler-Status' der Ukraine.

Ebenso heftig war der Aufschrei in der (radikaleren) ukrainischen Opposition. Die Moskauenahen, teils panslawistisch-orientierten, teils sowjetnostalgischen Kräfte mobilisierten auf den Kiewer Straßen und an der Grenze für ein Ende der „Blockade“, die sich schließlich auch gegen die Landsleute in der PMR richte. Ein weiterer Streitpunkt war die geringe Bereitschaft der orangenen Führung den ukrainischen Staatsbürgern in der PMR infrastrukturelle Möglichkeiten für die Beteiligung an der Parlamentswahl zur Verfügung zu stellen. Allerdings blieben die Protestaktionen mit einigen Tausend Teilnehmern begrenzt. Die erhoffte Unterstützung durch die größte Organisation der Opposition „Partei der Regionen“ Janukowitschs und der Wirtschaftsführer im Osten blieb aus.

Wie für die politische Lage insgesamt waren die Proteste auch für die führenden Politiker der „orangenen Revolution“ wenig relevant. Die Frage nach Sieg oder Niederlage bei der Parlamentswahl entschied sich für Juschtschenko und Timoschenko im orangenen Lager und nicht durch Versuche in die Russland-orientierten Wählerpotentiale einzubrechen. Timoschenko gewann schließlich mit der (verbal) entschiedeneren Positionierung gegen Moskau und die Oligarchen im Osten des Landes.

Insgesamt scheint der ökonomische Verlust der ukrainischen Investoren in der PMR im Vergleich mit der Zukunftsaussicht auf eine engere Anbindung an die EU eine geringe Rolle gespielt zu haben. Das und der Versuch Juschtschenkos sich bei der EU als zuverlässiger Partner zu profilieren sind die zentralen Faktoren der entschiedeneren Politik der Ukraine gegenüber der PMR. Im Hintergrund stehen die Verschlechterung der Beziehungen mit der Russischen Föderation und möglicherweise das separatistische Potential auf der Krim, das aus der Sicht Kiews kein Vorbild in einer anerkannten, unabhängigen PMR finden soll.

Türkise Revolution in Tiraspol?

Darauf, dass Gewinne auf dem europäischen Markt den ökonomischen Eliten letztendlich eine attraktivere Perspektive bieten als das Aufrechterhalten postsozialistischer Netzwerke, setzt die EU auch zur Lösung des Transnistrien-Konflikts. Die OSZE hat die transnistrischen Unternehmer direkt aufgerufen sich bei den moldavischen Behörden registrieren zu lassen. Die „internationale Gemeinschaft“ scheint zu versuchen, die im Zuge von Privatisierung und Internationalisierung stärkere Differenzierung der Machtstrukturen in der PMR für eine Spaltung der Eliten zu nutzen. Eine auf den europäisch-westlichen Markt orientierte Fraktion der Unternehmerschaft mitsamt einer Unterstützung durch Mobilisierungen dazugehöriger „zivilgesellschaftlicher“ Organisationen stellt ein probates Mittel für den Sturz unliebsamer Regime dar.

Davon sind die Verhältnisse in der PMR aber ein gutes Stück entfernt. Die PMR-Führung hat die Zügel fest in der Hand und Demonstrationen finden derzeit nur in Unterstützung des Regimes und nicht gegen es statt. Das Grundproblem der „internationalen Gemeinschaft“ ist, dass die

Konzepte von systematisch kontrollierten Grenzen und Staaten nach EU-Norm im post-sowjetischen Raum auf krisenhafte Transformationsrealitäten stoßen, so dass die Ergebnisse von Eingriffen oft anders aussehen als vorgesehen. So hat die EU-gestützte Maßnahme des ukrainischen Zolls den Konflikt am Dnjestr vorerst angeheizt und den PMR-Eliten eine Gelegenheit zur Mobilisierung ihrer Anhänger gegeben. Unter den prekären wirtschaftlichen Bedingungen gefährden zudem „transparente Regelungen“ an den neuen Staatsgrenzen weniger die mafiös wirtschaftenden Oligarchen, als vielmehr das Gros der vom kleinen Grenzverkehr abhängigen Händler und der Armuts- und Arbeitsmigranten.

Wilfried Jilge

Die Zollregelung an der ukrainisch-moldauischen Grenze: Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Schmuggel, Betrug und grenzüberschreitender Kriminalität

Das neue Zollregime

Am 3. März 2006 wurde an der ukrainisch-moldauischen Grenze ein Zollregime wieder in Kraft gesetzt, das zwischen Sommer 2003 und Sommer 2004 existierte und auf ein Protokoll zwischen den Zollbehörden der Ukraine und der Republik Moldau vom 15. Mai 2003 zurückgeht. Gemäß der Vereinbarung, die in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Premierminister Juri Jechanurow und Wasile Tarlew vom 30. Dezember 2005 bekräftigt wurde, können nur Waren mit offiziellen Zollpapieren die gemeinsame Grenze passieren. Die EU-Grenzmission (EU Border Assistance Mission), die seit dem 1. Dezember 2005 auf Einladung der beiden Regierungen an der ukrainisch-moldauischen Grenze präsent ist, hat auf die Wiedereinführung des einheitlichen Zollregimes hingearbeitet: Eine moderne Grenze kann nur dann wirksam kontrolliert werden, wenn ein intensiver Informationsaustausch und eine entsprechende Risikoanalyse stattfinden. Die Wiedereinführung des Grenzregimes trägt zur Bekämpfung von Schmuggel, Korruption und grenzüberschreitender Kriminalität bei – und verhindert nicht zuletzt millionenschwere Steuerausfälle. Sie ist also im ukrainischen und moldauischen staatlichen Interesse.

Für Firmen aus dem transnistrischen Landesteil der Republik Moldau bedeutet das Zollregime, dass sie sich in Chisinau registrieren und ihre für den Export bestimmten Waren von den offiziellen moldauischen Behörden abfertigen lassen müssen. Dies verschafft ihnen sogar Vorteile im internationalen Handel: Während transnistrische Güter sonst als Waren aus „unbekanntem Drittland“ behandelt und mit hohen Einfuhrzöllen belegt werden, erhalten transnistrische Firmen bei permanenter Registrierung in Chisinau Ursprungszertifikate, die ihnen weltweite Handelspräferenzen sichern, bei vorläufiger Registrierung zumindest entsprechende Präferenzen für den Export in die Ukraine. Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund, warum die transnistrischen Firmen die neuen Zollregelungen nicht einhalten sollten. Für die derzeitigen Exportbeschränkungen und die dadurch hervorgerufenen Produktionsausfälle in Transnistrien ist allein das Smirnov-Regime verantwortlich, das sich aus politischen Gründen gegen die Regelung sperrt.

Reaktionen

Direkt nach Wiedereinführung des Zollregimes protestierte das Regime in Tiraspol gegen die angeblich von Kiew und Chisinau verhängte „Wirtschaftsblockade“, blockierte selbst die Grenze zur Ukraine und mobilisierte Demonstrationen, über die auch in den ukrainischen Medien breit berichtet wurde. Schon am 16. März 2006 allerdings öffnete die transnistrische Führung die Grenze für Importe aus der Ukraine und erlaubt seit Ende März auch einer begrenzten Anzahl von derzeit 15 Firmen, Exporte zu tätigen. Die Mehrheit der transnistrischen Firmen wird jedoch weiter daran gehindert, die für den Export nunmehr notwendigen moldauischen Papiere zu erlangen. Es sieht so aus, als plane das Smirnov-Regime, seine selektive Selbstblockade bis Mitte Juli, also bis zur Bildung der neuen ukrainischen Regierung, aufrecht zu erhalten – in der Hoffnung, bei einer eventuellen Koalition der Partei der Regionen und der „orangefarbenen Oligarchen“ auf mehr Verständnis zu stoßen.

Das russische Außenministerium verurteilte das Grenzregime in mehreren Erklärungen, wobei es sich den Duktus der Führung in Tiraspol zu eigen machte. Die scharfen Reaktionen aus Moskau und Tiraspol sind auch vor dem Hintergrund der ukrainischen Parlamentswahlen am 26. März 2006 zu sehen. Außenpolitik im Allgemeinen und das Verhältnis zu Russland im Besonderen spielten im Wahlkampf eine Rolle. Die Verschärfung des Konflikts konnte dazu benutzt werden, die pro-westliche ukrainische Regierung und Präsident Viktor Juschtschenko bei den Wählern zu diskreditieren. Dass ein solcher Versuch unternommen wurde, illustriert der Konvoi mit „Humanitärer Hilfe für Transnistrien“, den die Kreml-Partei „Einiges Russland“,

das russische Katastrophenministerium und die Moskauer Stadtverwaltung ausrüsteten und der unmittelbar vor den ukrainischen Wahlen, am 24. und 25. März 2006, die Ukraine durchquerte. Die Wirkung blieb allerdings gering: Abgesehen von der linkspopulistisch-radikal eingestellten Natalja Witrenko, die bei den Wahlen knapp unter drei Prozent der Wählerstimmen erhielt, griff keine der Parteien das Thema aktiv auf. Vertreter der „Partei der Regionen“ äußerten vereinzelt Kritik an der durch das Zollregime verursachten neuerlichen Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland, blieben allerdings die Antwort auf die Frage schuldig, warum die Regelungen unter Premierminister Viktor Janukowitsch problemlos funktionierten.

Verhandlungsperspektiven

Zwar wäre es falsch, schnelle Fortschritte bei der Lösung des Transnistrienproblems zu erwarten, denn zu viele Faktoren greifen hier ineinander. Genauso irrig ist es aber, die Wiedereinführung des Grenzregimes für mangelnde Fortschritte verantwortlich zu machen. Die Wiedereinführung lieferte lediglich denen einen willkommenen Vorwand, die daran interessiert sind, den Status quo aufrecht zu erhalten: dem Regime Smirnow, das Machtverlust fürchtet; dem Kreml, der seinen militärischen „Vorposten“ nicht verlieren will und dem außerdem derzeit fast jedes Mittel recht scheint, die „unbotmäßigen“ früheren Sowjetrepubliken zurück in den eigenen Einflussbereich zu holen; und denjenigen russischen, ukrainischen und moldauischen Geschäftsleuten, die vom ungeklärten Status Transnistriens finanziell profitieren. Die Proteste gegen das Zollregime bauten allerdings darauf, dass die Ukraine in der Vorwahlsituation „einknicken“ und der massiven Propaganda nicht würde Stand halten können. Je länger die Regelungen in Kraft sind, desto deutlicher zeigt sich aber, dass ihre Gegner über keine stichhaltigen Argumente verfügen.

Die Ukraine hat bewiesen, dass sie ihre eigenen staatlichen Interessen (Bekämpfung von Schmuggel, Korruption und grenzüberschreitender Kriminalität) auch in einem schwierigen Umfeld durchsetzen kann. Dies wird ihr – wenn sie dabei bleibt – auf Dauer bei allen Seiten Respekt eintragen.

Vordergründig hat die Wiedereinführung des Zollregimes an der ukrainisch-moldauischen Staatsgrenze zu einer Krise im Vermittlungsprozess zur Lösung des Transnistrienproblems geführt. Transnistrien und auch Moskau machten eine Rücknahme der Zollregelungen zur Vorbedingung für die nächsten Gespräche im Format 5+2. Die für Anfang April geplante Runde fand nicht statt. Aber auch wenn Transnistrien – und Russland – kaum einlenken werden, bevor die politische Ausrichtung der neuen ukrainischen Regierung feststeht, zeichnet sich schon jetzt Bewegung ab: Am 19. April trafen in Moskau die Vermittler OSZE, Russland und Ukraine sowie die Beobachter USA und EU (3+2) zusammen und loteten Möglichkeiten für die Wiederaufnahme der Gespräche unter Beteiligung der Konfliktparteien aus. Wenn – wie von der ukrainischen Regierung gefordert – eventuell noch bestehende Probleme bei der Registrierung transnistrischer Firmen auf Expertenebene besprochen und gelöst werden, wird auch Tiraspol wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Eine Schlüsselfrage des weiteren Verhandlungsprozesses könnte die Frage der Anerkennung der in Transnistrien durchgeführten, von Chisinau bisher angefochtenen Privatisierungen werden.

Die Gespräche, die seit Ende Oktober 2005 im Format 5+2 stattfinden, brachten bisher wenig inhaltlichen Fortschritt. Sie könnten jetzt sogar in eine neue, produktivere Phase eintreten, da Russland und Tiraspol daran interessiert sein werden, aus der politischen Defensive zu kommen und die Initiative nicht den anderen Teilnehmern des Prozesses zu überlassen. Im Jahr seiner G8-Präsidentschaft wird es Russland außerdem vermeiden, als bloß destruktiv wahrgenommen zu werden.

Tabelle 1: Moldova und Transnistrien (PMR) im Vergleich

	Republik Moldova	PMR
Territorium	33 700 qkm	4 163 qkm
Bevölkerung	4,3 Mio	660 000
„Ethnische Zusammensetzung“	Moldavier: 64%, Ukrainer: 11,7%, Russen: 10,7%	Moldavier: 33%, Ukrainer: 29%, Russen: 29%
Bevölkerungsdichte	127 Pers./qkm	160 Pers./qkm
Datum der Unabhängigkeit	27.8.1991 (Annahme der Unabhängigkeitserklärung)	2.9.1990 (Bildung der PMSSR*)
Währung	Lej (seit Nov. 1993)	Transnistrischer Rubel (seit Sept. 1994)
Administrative Unterteilung	9 Kreise	5 Rajone, Städte Tiraspol und Bendery
Staatsform	„Unitäre“ Parlamentarische Republik (seit 1995 mit gagausischer Autonomie)	„Unitäre“ Präsidentialrepublik
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	GUS, UNO, WTO, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, Stabilitätspakt Südosteuropa	„Gemeinschaft nicht-anerkannter Staaten“ (mit Abchasien, Süd- Ossetien, Berg-Karabach)

* Pridnestrowskaja Moldawskaja Sowjetskaja Sozialistischeskaja Respublika

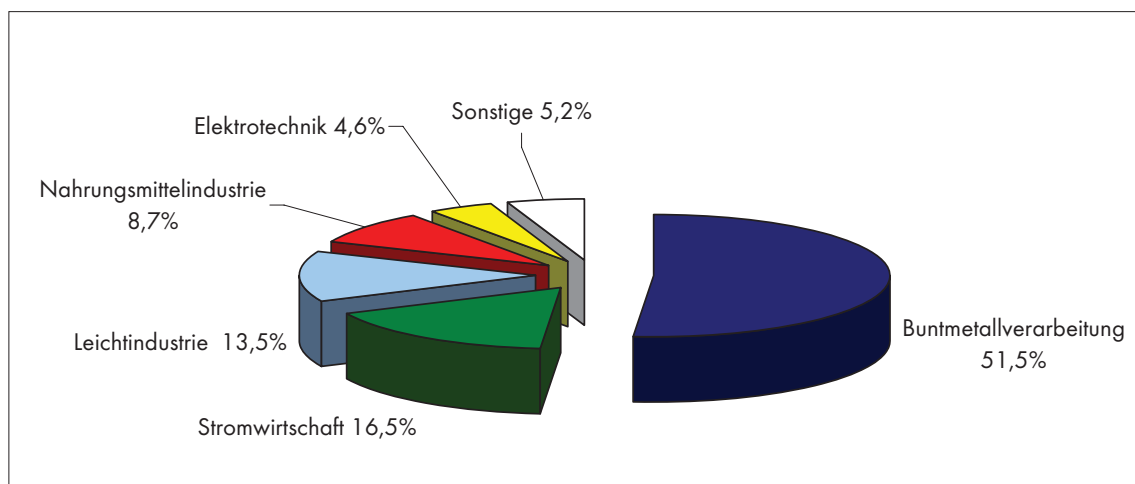
Quelle: Koshokina, E.M: Moldawia – Sowremennye tendenzii raswitija, Moskau, 2004, S. 338

Tabelle 2: Das transnistrische Bruttoinlandsprodukt (BIP)

	2003	2004	2005
BIP, Mio. US-Dollar	318,4	417,6	517,5

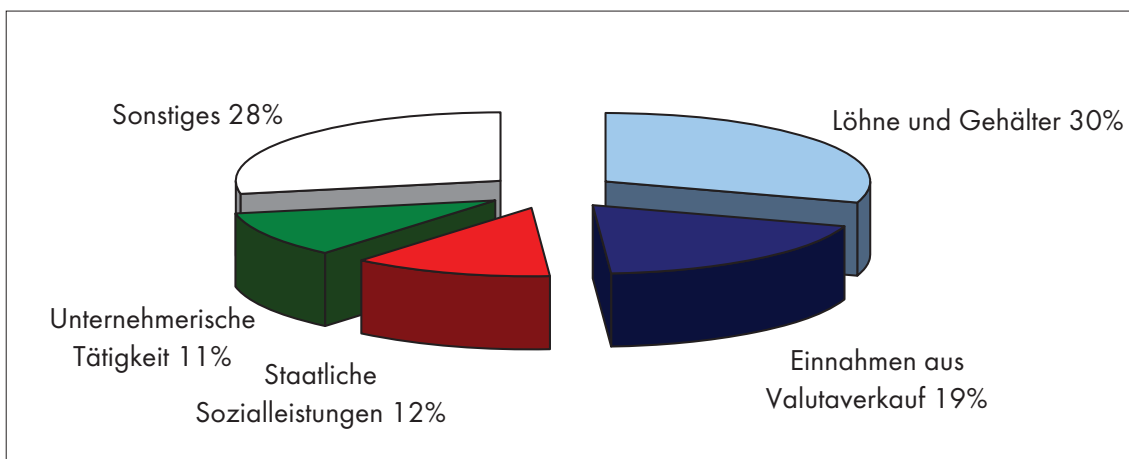
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 2 (81) 2006, www.cbpmr.net

Grafik 1: Die transnistrische Industrieproduktion nach Branchen



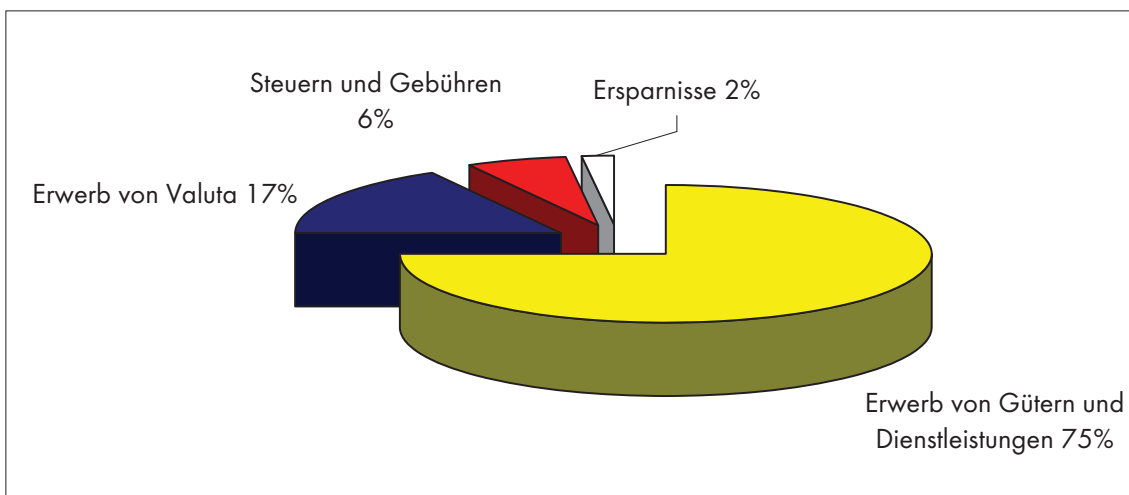
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 2 (81) 2006, www.cbpmr.net

Grafik 2: Einkommensquellen der transnistrischen Bevölkerung (2005)



Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 4 (83) 2006, www.cbpmr.net

Grafik 3: Ausgabenstruktur der transnistrischen Bevölkerung (2005)



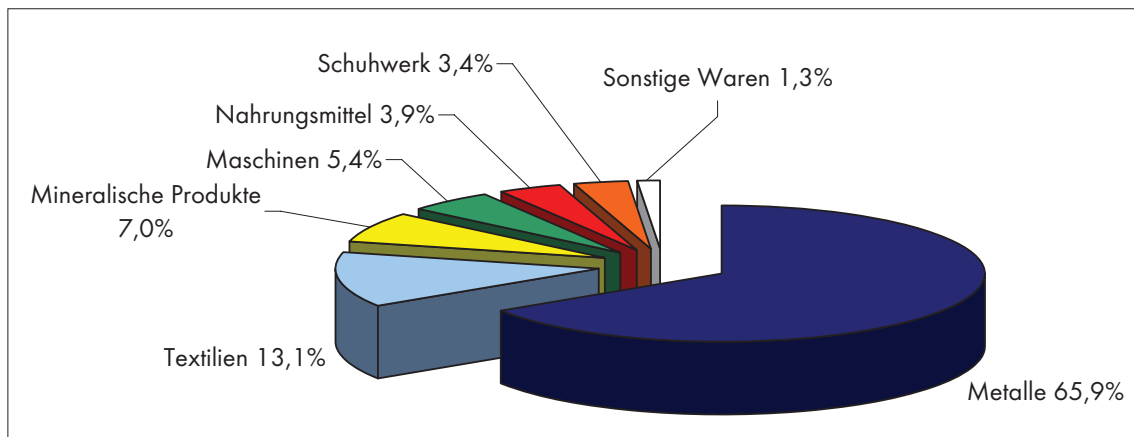
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 4 (83) 2006, www.cbpmr.net

Tabelle 3: Der transnistrische Außenhandel

	2003	2004	2005
Export, Mio. US-Dollar	432,8	535,1	579,7
Import, Mio. US-Dollar	592,9	758,3	855,6
Saldo, Mio. US-Dollar	-160,1	-223,2	-275,9

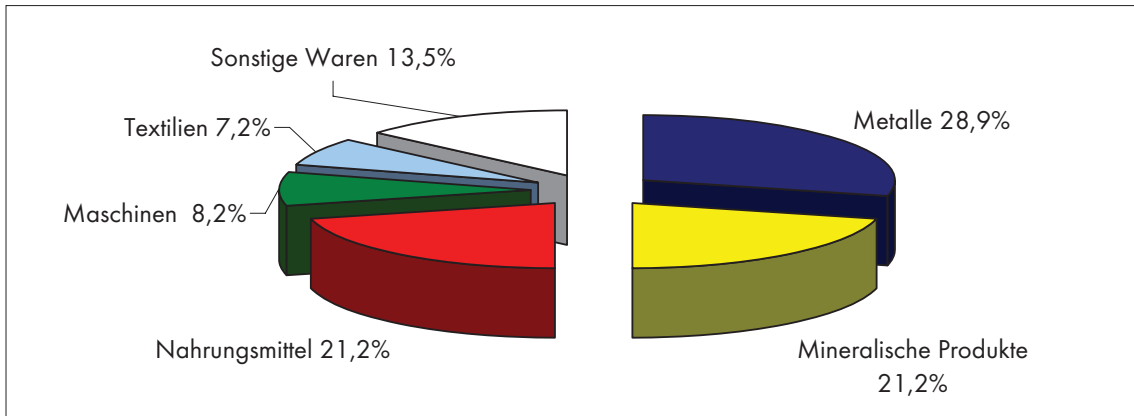
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 2 (81) 2006, www.cbpmr.net

Grafik 4: Transnistrische Exporte nach Gütergruppen (2005)



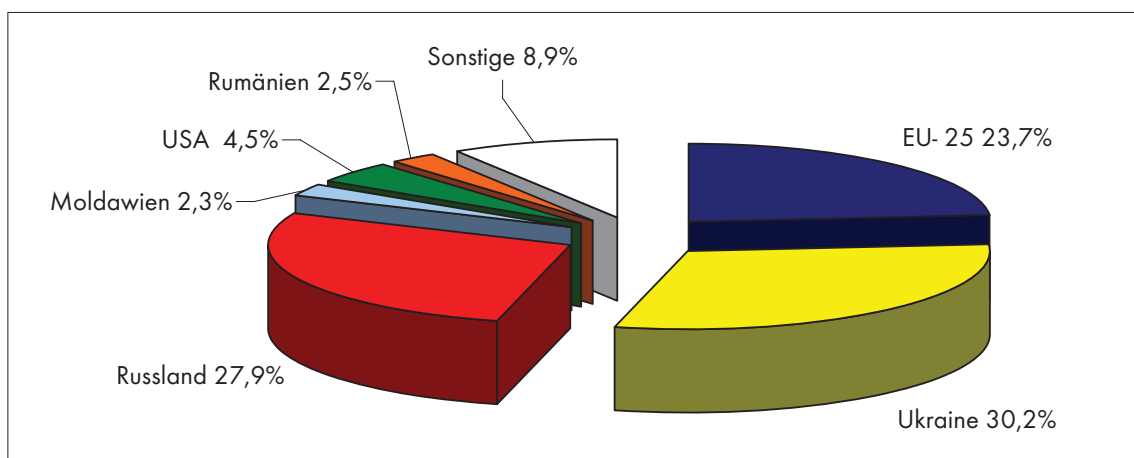
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, www.cbpmr.net

Grafik 5: Transnistrische Importe nach Gütergruppen (2005)



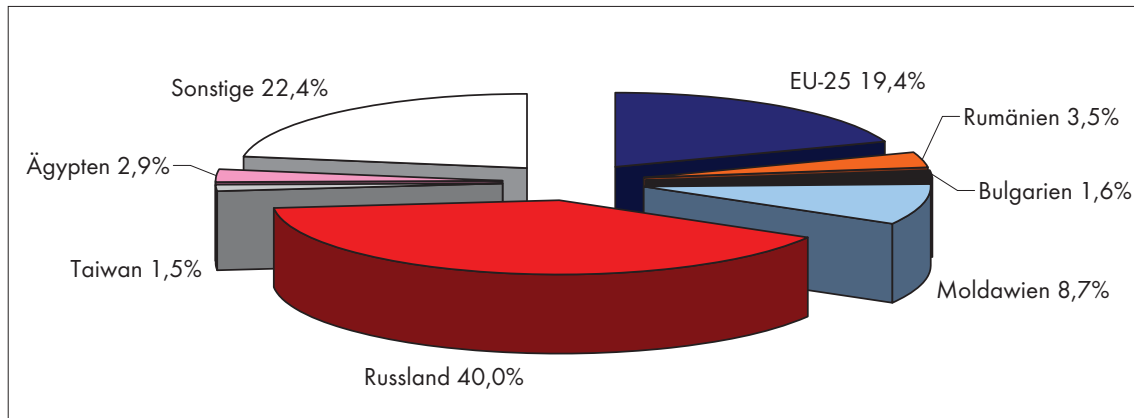
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, www.cbpmr.net

Grafik 6: Transnistrische Handelspartner: Importe 2005



Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, www.cbpmr.net

Grafik 7: Transnistrische Handelspartner: Exporte 2005



Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, www.cbpmr.net

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. Josephine Bollinger-Kanne	ist unabhängige Osteuropaexpertin in München.
Dr. Roland Götz	ist Leiter der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.
Wilfried Jilge	ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig.
Julia Kusznir	ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa.
Dr. Taras Kuzio	ist Visiting Professor am Institute for European, Russian and Eurasian Studies der George Washington University in Washington, DC.
David Lane	ist Senior Research Associate an der University of Cambridge.
F. Stephen Larrabee	ist Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der RAND Corporation. Er hat im Nationalen Sicherheitsrat der USA gearbeitet.
Jan Neutze	ist Stellvertretender Direktor des Programms für Transatlantische Beziehungen im Atlantic Council der USA.
Steven Pifer	pensionierter Diplomat, war Botschafter der USA in der Ukraine und hat im Nationalen Sicherheitsrat der USA gearbeitet.
Dr. Heiko Pleines	ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa.
Prof. Dr. Eberhard Schneider	ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und apl. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen.
Jeffrey Simon	ist Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institute for National Strategic Studies an der National Defense University.
Thomas Stiglbrunner	studiert Geschichte und Slavistik an der Universität Wien.

Dr. Sarah Whitmore

ist Senior Lecturer in Politics an der Oxford Brookes Universität, Oxford, Großbritannien.

Dr. Kerstin Zimmer

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Philipps Universität Marburg.

Jan Zofka

arbeitet an der Universität Leipzig an einem Dissertationsprojekt über die Separatismen in Transnistrien und auf der Krim in und nach dem Zerfall der Sowjetunion.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 66 **Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs in Russland**
Am Beispiel von KPRF und Jabloko
Von Jin-Sook Ju
(April 2005) – Druckfassung vergriffen –
- No. 67 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance**
The Case of the New EU Member States
Part 1: The State of Civil Society
By Heiko Pleines (ed.)
(May 2005)
- Nr. 68 **„Stiller als Wasser, tiefer als Gras“**
Zur Migrationsgeschichte der russischen Displaced Persons
in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg
Von Anne Kuhlmann-Smirnova
(Juli 2005)
- No. 69 **How to explain Russia's post-Soviet Political and Economic System**
By Heiko Pleines (ed.)
(August 2005)
- Nr. 70 **Integration und Ausgrenzung im Osten Europas.**
Beiträge für die 13. Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Osteuropa-Institut
der Freien Universität Berlin, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische
Akademie Berlin
(September 2005)
- Nr. 71 **Die Mittel- und Osteuropa-Aktivitäten der Universität Bremen im Überblick**
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen,
International Office der Universität Bremen (Hg.)
(Oktober 2005)
- Nr. 72 **Russlands Regionen auf dem Weg nach Europa?**
Von Galina Michaleva (Hg.)
(November 2005)
- Nr. 73 **Die russische Außenpolitik unter Putin**
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2005)
- No. 74 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance**
The Case of the New EU Member States
Part 2: Questions of Accountability
By Heiko Pleines (ed.)
(February 2006)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle-osteuropa.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Keghel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen - Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2006 (in Vorbereitung), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, Euro 24,90
- Bd. 20 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Nur ein Ölboom?
Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung
LIT-Verlag (Münster) 2005, 304 S., br., ISBN 3-8258-8284-5, Euro 29,90
- Bd. 19 **Heiko Pleines:**
Ukrainische Seilschaften
Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004
LIT-Verlag (Münster) 2005, 208 S., br., ISBN 3-8258-8283-7, Euro 19,90
- Bd. 18 **Wolfgang Schlott:**
Polnische Prosa nach 1990
Nostalgische Rückblicke und Suche nach neuen Identifikationen
LIT-Verlag (Münster) 2004, 224 S., br., ISBN 3-8258-7916-x, Euro 19,90
- Bd. 17 **Silvia Miháliková:**
Zwischen Kreuz und Europastern
Politische Symbolik in der Slowakei
LIT-Verlag (Münster) 2004, 208 S., br., ISBN 3-8258-7623-3, Euro 24,90
- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Grävingsholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:**
Geschäfte mit der Macht
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):**
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik

- Bd. 39 **Jin-Sook Ju:**
Konstituierung der Programmatik russischer Parteien
Programmatische Differenzierung als Element der Parteibildung im post-sowjetischen Russland
LIT Verlag (Hamburg) 2005, 312 S., ISBN 3-8258-8537-2, Euro 24,90
- Bd. 38 **Isabelle de Keghel:**
Konstruktionsversuche neuer historischer Identitäten im Russland der Transformationszeit
LIT Verlag (Hamburg) 2006 (im Druck), 678 S., ISBN 3-8258-8201-2, Euro 44,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

RussiaWeeklyInfo

RussiaWeeklyInfo ist eine wöchentliche ca. 10-seitige Zusammenstellung aktueller Nachrichtenmeldungen zur russischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse. Abonnenten von RussiaWeeklyInfo erhalten die Russlandanalysen automatisch.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de Archiv unter: <http://www.russlandanalysen.de>

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de Archiv unter: <http://www.ukraine-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: http://www.kices.org/publication_0E.php

FSO-Fernsehtipps

Die FSO-Fernsehtipps bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de